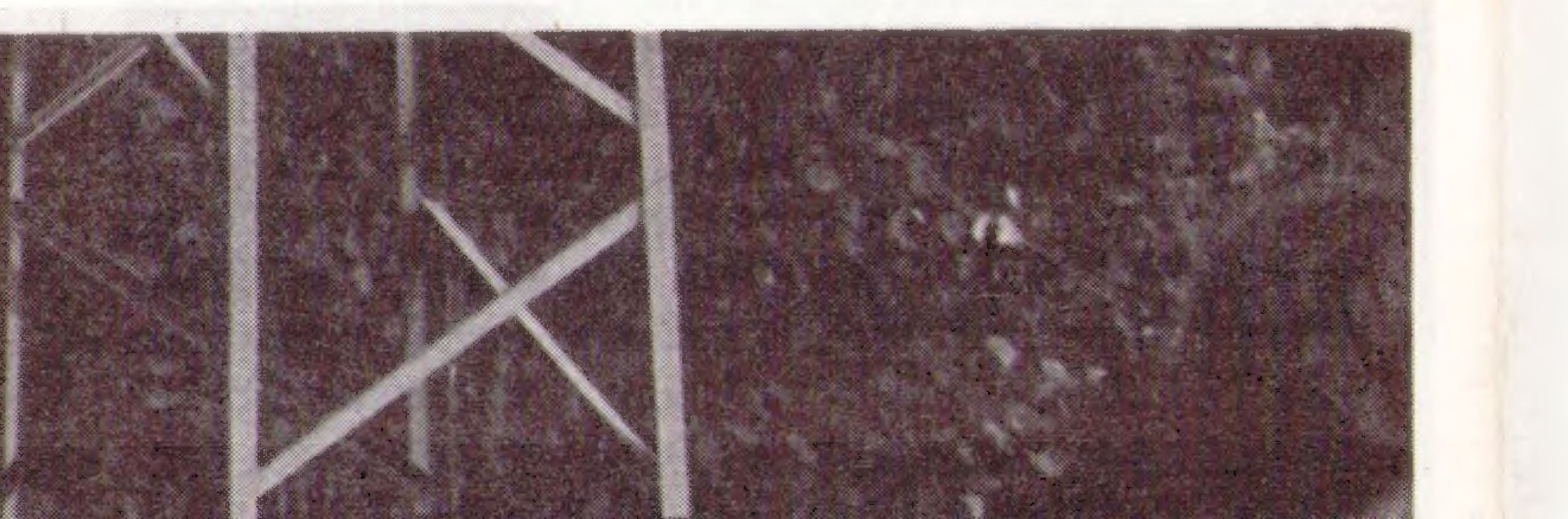
Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare
3842 W		3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag*, Nr. 197



Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 197 30. SEPTEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52
postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20

VERWIRRUNG IM COMPUTER

Seit der letzten Nummer des ID erhalten viele Abonnenten wieder den ID, die ihn vorher aufgrund mangelnder Bezahlung nicht mehr erhalten haben. Außerdem werden alle Abonnenten feststellen können, daß die auf der Adressetikette angegebene Zahl der bezahlten Exemplare sich um 4 erhöht hat. Beides lag nicht in unserer Absicht. Wir haben einen Fehler gemacht, den wir allerdings erst im Oktober wieder korrigieren können. Die Korrektur wird so aussehen, daß wir die Zahl der gutgeschriebenen Exemplare wieder um 4 heruntersetzen. Wer in der Zwischenzeit allerdings Geld nachreicht erhält dann auch weiterhin den ID. Also: wenn ihr wissen wollt, bis wann ihr bezahlt habt, müßt ihr etwas rechnen. Wenn die angegebene Zahl wieder stimmt, werden wir das mitteilen.





BROSCHÜRE ÜBER MALVILLE

HANNOVER
September

Mitglieder der Bürgerinitiative Rund ums Lichtenmoor und der Bürger-Aktion Stop Atomenergie Kassel waren in Malville zur Demonstration gegen den Schnellen Brüter. Sie schreiben: „Einer von uns wurde festgenommen, deshalb waren wir auch bei den Prozessen. Über das alles haben wir eine Broschüre gemacht. Wir finden es wichtig, daß sie weit verbreitet wird, damit Malville nicht in Vergessenheit gerät. Auch uns drohen die Schnellen Brüter (Kalkar) und Prozesse gegen AKW-Gegner gibt es bei uns auch (siehe Kurt Sommer, Grohnde-Prozesse usw.). Außerdem sitzen noch drei Demonstranten, darunter zwei Deutsche, unschuldig im französischen Gefängnis

Der Erlös aus dem Verkauf der Broschüre (1.50DM) ist für die Rechtshilfe der Gefangenen (Anwalts- und Prozeßkosten) bestimmt. Bitte legt die DM 1.50 und das Rückporto in Briefmarken bei. Ab 10 Stück zahlt ihr auf das Postscheckamt Hannover, Leonore Hildebrandt, Nr. 779 15-306, BLZ 250 100 30, Stichwort "Malville"; Versand nördlich von Kassel: Albert Blahusch, Neumühlen, 3030 Altenboiken; südlich von Kassel: Irmgard Kötter, Pettenkoferstr. 34, 3500 Kassel.

AMAK SUCHT INFORMATIONEN

BREMEN
September 77

Der AMAK (Antimilitaristische Arbeitskreis) Bremen bittet alle antimilitaristischen und Friedensorganisationen, ihm bei der Sammlung von Material gegen Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden zu unterstützen.
Gesucht wird Material über Unterdrückung der freien Handlung, Meinungsäußerung und Gewissensentscheidung, insbesondere strafrechtliche Verfolgung, Versuche politischer Disziplinierung, Strafversetzungen sowie Folgeschwierigkeiten der Verweigerung z.B. im Beruf. Das Material der seit Mai '77 laufenden Aktion soll in einer umfassenden Dokumentation über Broschüren, Video und Foto zum Einsatz in Schulen, Jugendgruppen und Bürgerinitiativen verwandt werden. Eine Beteiligung interessierter Personen als Zeugen am Russell-Tribunal in der BRD ist ebenfalls vorgesehen. Einsendeschluß ist der 31.12.77.
Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Für Anfragen und Einsendungen gilt folgende Adresse:
AMAK Bremen, Heinrichstraße 21, BDP Haus, 28oo Bremen 1
Tel.: 0421/324002

JAGDSZENEN AUS NIEDERSACHSEN

GÖTTINGEN
September 1977

Der Göttinger AStA – zur Zeit suspendiert – hat eine Dokumentation mit dem Titel "Jagdszenen aus Niedersachsen" herausgegeben. Die Sammlung enthält den Gang der Ereignisse – nachhaltig dokumentiert – seit dem Erscheinen des denkwürdigen Flugblatts des Undogmatischen Frühlings.
Die Doku kostet zwei Mark, die auf die Städtische Sparkasse zu Göttingen, Kto. 1800 1081, BLZ. 260 500 01, überwiesen werden können. Die Einnahmen kommen auf das Solidaritätskonto des Göttinger AStA. Das Geld soll die weitere politische Handlungsfähigkeit des AStA ermöglichen und den Kampf gegen die Suspendierung finanzieren.

BÜRGERAKTION PLANT GROSSDEMONSTRATION GEGEN KKW

SCHWEINFURT
21. September

Die Schweinfurter Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz e.V. plant für den 22.10 eine Großdemonstration gegen den Weiterbau am Kernkraftwerk Grafenrheinfeld und gegen die in etwa zwei Jahren anstehende Betriebsgenehmigung.
Der BA kommt es vor allem darauf an, zahlenmäßige Stärke zu demonstrieren, eine Konfrontation am Bauzaun mit der Polizei soll auf alle Fälle vermieden werden.
Die Demo ist bereits angemeldet (ein Bescheid des Landsratsamts liegt noch nicht vor), sie soll in dem vom Bauplatz ca. 3 km entfernten Ort Grafenrheinfeld stattfinden. Geplant ist ein Sternmarsch aus Schweinfurt, Bergrheinfeld und Schwebheim/Röthlein nach Grafenrheinfeld.

Kontaktadresse:
K. Riederer, Am Klößberg, Schweinfurt

AUFKLÄRUNGSVERANSTALTUNG ÜBER DIE BRD

FRANKFURT,
29. September

Am letzten Oktoberwochenende (28.–30. Oktober) veranstaltet die belgische Regierung in Zusammenarbeit mit der BRD-Regierung eine Schau zur Verbesserung des Deutschland–Bildes im Ausland.
Parallel dazu wird eine Alternativschau stattfinden, auf der die westdeutschen politischen und kulturellen Gruppen über ihre Situation berichten sollen. Vorläufiger Kontakt für Teilnehmer: Informationsdienst, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90.

KONGRESS ALTERNATIVE LEBENSFORMEN

SAARBRÜCKEN
September 77

"Zur besseren Kommunikation und zum Austausch von Ideen unter den verschiedenen Gruppen und Einzelnen, die alternative Lebensmodelle ausprobieren und leben, will der AStA Saarbrücken (Uni des Saarlandes, Im Stadtwald 11, 66 Saarbrücken) im nächsten Frühjahr einen mehrtägigen Kongreß durchführen. Insbesondere Initiativen aus dem südwestdeutschen Raum sowie aus Frankreich und Luxemburg sollen angesprochen werden. Das Programm und die Zielsetzung ist eigentlich noch ganz offen. Ideen können also frei fließen. Wer an solch einem Koordinations-, Informations- und Festekongreß mitmachen und mitplanen möchte, schreibe bitte an Herbert Euschen unter obiger Adresse. Wir sind auch für französische und luxemburger Kontaktadressen dankbar."

RICHTIGSTELLUNG : KEIN KOMMERZ BEI ARAGON

In der ID-Bibliographie haben wir auf den Aragon-Buchvertrieb hingewiesen. Dabei ist uns ein Fehler untergekrochen, wir haben übersehen, daß Aragon nur Einzelkunden, nicht aber Buchläden beliefert. Aragon bittet alle Wiederverkäufer, ihre Briefflut einzudämmen und ermuntert dagegen die Einzelkunden, Kataloge und Bücher zu bestellen.

Kontaktadresse:
Aragon Buchvertrieb, Willi Klauke, Arnulfstr. 41, 4130 Moers 1



ZUR KALKAR-BERICHTERSTATTUNG:

Ein Schwerpunkt dieses Heftes ist die Berichterstattung über die größte bundesdeutsche Anti-KKW-Demo mit über 50.000 Teilnehmern und das sie begleitende größte Polizeiaufgebot der Nachkriegszeit. Dies in einer Zeit, in der die Polizeimaschinerie wegen der Schleyer-Entführung auf Hochtouren läuft und die gesamte Linke unter dem Verdacht der Sympathie für Terroristen kriminalisiert und überwacht wird. Genauso wird die KKW-Bewegung kriminalisiert und von der Polizei terrorisiert.

Total gefilzt und total übermüdet konnte die Demo nur noch friedfertig sein. Für militantere KKW-Gegner war die Friedfertigkeit erzwungen. Für andere war sie freiwillig und resultiert aus ihrem Verständnis des Widerstandes. Dieser Gegensatz kommt in den letzten beiden Berichten aus Frankfurt zum Ausdruck.

Außer den abgedruckten Bildern sind noch viele Fotos von Kalkar angekommen, die beim Bilderdienst im ID bestellt werden können!

LIED ZUR FAHRT NACH KALKAR

– Nach dem Lied von Tommi: „Jupheidi - jupheida" Gedichtet von Kasseler AKW-Gegnern zu einem Theaterstück zu den Vorfällen in Kalkar

Du fährst zum demonstrieren
nach Kalkar an den Rhein
doch plötzlich auf der Autobahn
strahlen dich grelle Leuchten an
dir wird auf einmal angst und bang
wer mag denn das bloß sein

Refrain:

Jupheidi, jupheida
Busdurchsuchung, Razzia
Jupheidi, jupheida
sie sind wieder da

Du öffnest sacht die Bustür
da stürzen sie herein
du glaubst, daß dich der Affe laust
ne Hundertschaft mit Panzerfaust
damit du dich nicht lachen traust
du bist nicht mehr allein

Sie nehmen Personalien auf
durchwühlen deinen Bus
sie tauchen im Benzintank rum
sie krempeln deine Stiefel um
sie schnüffeln in den Kleidern rum
du wunderst dich nur still

Und wenn sie nichts gefunden haben
sind sie sehr frustriert
dann müssen Helm, Zitronen, Wein
gleich Waffen und auch Mollies sein
das ziehen sie dann alles ein
und du wirst inhaftiert



REISE MIT HINDERNISSEN

6 Leute vom ID wollten in Kalkar einen Stand machen, um den ID zu verbreiten, noch übrige KKW–Nr. 156/57 zu verkaufen und um mit möglichst vielen Leuten IDeen über Aktionen gegen KKWs auszutauschen – doch daraus wurde nichts.
Da wir mit zeitraubenden Polizeikontrollen rechneten, aber rechtzeitig in Kalkar sein wollten (um den Stand am Marktplatz aufzubauen), reihten wir uns mit unserem VW-Bus nicht in einen der zahlreichen Konvois ein, sondern fuhren alleine über Landstraßen. Das werden wir nie wieder tun – denn wir kamen nicht weit.
Morgens um 5.30 Uhr stoppte uns eine Kontrolle bei Erkelenz, 80 km vor Kalkar, wo uns 30 Bullen besonders viel Zeit widmeten, da wir anscheinend die einzigen passierenden Demonstranten waren. Nachdem unsere 9 ID-Kisten entdeckt und sorgfältig am Straßenrand aufgereiht worden waren und einige Jungbullen im Rahmen strenger Bewachung unserer Stellwände deren Inhalt interessiert studierten (da der ID wohl interessanter als der Polizei–Digest ist), kümmerte man sich plötzlich intensiv um unseren Bus
Nachdem der Häuptlingsbulle stundenlang an unserem linken Vorderrad geschüttelt hatte,(wodurch sich die nach Angaben der Bullen defekte Hupe zu einem minutenlangen Dauerton entschloß), mußten wir schließlich unsere in einem Bullenauto konfiszierten IDs zur nächsten Wache folgen.
Dort kamen wir um 10.00 Uhr nach dem üblichen Untersuchungs–tra-ra wieder heraus – allerdings zu Fuß.
Die Weiterfahrt mit dem VW-Bus wurde uns mit der Begründung erheblicher verkehrstechnischer Mängel am Bus, untersagt.
Mit dem Auto behielt man gleich noch die 600–800 IDs und 100–200 Frankfurter Pflasterstrände da, eine Begründung für diese Sicherstellung (bis auf den Hinweis, daß ein Richter erst die nächsten drei Tage mit deren genauerem Studium verbringen müßte) wurde uns trotz heftigem Widerspruch nicht gegeben.
Am Spätnachmittag kamen wir mit einem Abschleppwagen angetuckert. Als wir ankamen, sagten uns die Bullen grinsend, das wäre doch nicht nötig gewesen.
Ziel der Bullenaktion war natürlich, uns und die IDs von Kalkar fernzuhalten. Aber die Rechnung der Bullen ging nicht ganz auf, der größte Teil fuhr mit dem Zug hin und kam schon um 13 Uhr an – Bäh!

Wir waren fast bei den ersten, denn durch die perfekte Verzögerungstaktik der Bullen waren nur etwa 2–3000 bis zu diesem Zeitpunkt auf dem Marktplatz. Erst abends (bei Demo und Dunkelheitsanbruch) waren es gut 50 000.

Anmerkung; fast privat:
Es war einmal ein Gymnasiast namens Mäuschen, der hatte so einen schlechten Notendurchschnitt, daß er nicht studierte oder einen vernünftigen Beruf annahm, sondern zu den Bullen ging. Durfte das Mäuschen erst nur Demonstranten beobachten, so durfte er jetzt sogar die Autos auswählen, die durchsucht werden. Ja, ja , ein wahrhaft glücklicher Aufstieg und war das Mäuschen früher traurig, weil es nicht mehr an unserem Biertisch sitzen durfte, so war es heuer wieder froh, denn es hat ja jetzt neue Freunde.

SICHERSTELLUNG VON HONIG

GÖTTINGEN 23. September *Folgenden Bericht erhielten wir von der Gewaltfreien Aktion Göttingen:*

„An das Polizeipräsidium Duisburg

Betr.: W i d e r s p r u c h gegen die Sicherstellung von in unserem Auto vorgefundenen Straßentheater-Requisiten vom 22.9.77, 17.00 Uhr in Kalkar-Hoennepel durch den Beamten Rehmann, Dienstfahrzeug Kennzeichen: DU-3356

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident!

Wie schon am 22.9., ca. 21.30, telefonisch eingelegt, erheben wir Widerspruch gegen diese Sicherstellung u.a. von „Sägespäne(n) (ca. 1kg) 1 Kiste Flugblätter mit angehefteten sägespangefüllten Beuteln. 1 Tüte dito. 1 kl. Wassertonne Aufschrift Gronde (soll heißen: Grohnde). ... 3 Blatt Liedtexte und Laken (zum Umhängen)".

Die gestern Abend gestellte Frist für die Rückgabe verlängern wir um 24 Stunden bis 24.9., 8.00 Uhr. Bei späterer Rückgabe sehen wir uns gezwungen, die uns durch die Ersatzbeschaffung entstandenen Unkosten Ihnen auferlegen zu lassen. In diesem Fall geben Sie uns bitte Ihre Kontonummer an und legen Sie Ihrer Antwort eine Einzugsermächtigung bei.

Die sichergestellten 5 Flaschen können Sie ersatzweise auch der Altglas-Wiederverwendung zuführen bzw. die Pfandflaschen einlösen. Das erlöste Pfand lassen Sie in diesem Fall bitte dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz als Spende zukommen.

Die ebenfalls sichergestellten 3 Marmeladengläser (genauer: 2 Marmeladen- und ein Honigglas) können Sie ersatzweise auch den Eltern von Herrn Karbach, Fam. Karbach, Oberheckerweg 37, 5420 Lahnstein, zur Wiederverwendung zustellen. Gegen das eventuelle Beseitigen der anhaftenden Marmeladenreste haben wir nichts einzuwenden, von einer Säuberung des Honigglases bitten wir jedoch Abstand zu nehmen, da die Bienen der Familie Karbach - zumal in dieser Jahreszeit - für jeden Honigtropfen dankbar sind, den sie noch irgendwo auslecken können.

In der Tatsache, daß weder Herr Rehmann noch der gestern abend am Telefon erreichbare diensttuende Beamte in Duisburg uns eine Rechtsmittelbelehrung, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist, geben konnten und daß wir uns um unsere Requisiten bei dieser sehr weit abgelegenen und uns nur postalisch zugänglichen Dienststelle bemühen müssen, sehen wir eine starke Beeinträchtigung unserer rechtsstaatlich garantierten (?) Meinungs- und Kunstfreiheit.

In Freundlichkeit aber mit allem Nachdruck"

ZUGÜBERFALL BEI KALKAR

FRANKFURT 28. September *Augenzeugenbericht zum Zugüberfall auf den Personenzug Duisburg - Kalkar am 24.9.77:*

„Als ich in den Zug, der um 8.41 von Duisburg abfuhr, einstieg, fiel mir auf, daß wir auf dem Bahnsteig von vielleicht sieben Bahnpolizisten beobachtet wurden. --- Kurz vor Kalkar hielt der Zug auf freiem Feld. Wir sahen, wie sich draußen Bahnpolizisten postierten und aus VW-Bussen vielleicht 15 Polizisten mit Hunden, die Körbe um die Schnauzen trugen, auf unsern Zug zugingen. Kurz, nachdem sie Aufstellung genommen hatten, landeten insgesamt wohl acht größere Hubschrauber auf der Wiese neben dem Zug, aus denen je ca. zehn Polizisten in voller Kampfmontur, also mit aufgesetzten Helmen, vorgehaltenen Schildern, mit Schlagstöcken und automatischen Waffen, herausstürzten. Die Hubschrauber landeten so dicht an unserem Zug und in so rascher Reihenfolge, daß die Waggons vibrierten und die Pfeifgeräusche einem beinahe der Sinne beraubten. Anfangs hatten wir noch gespottet über den Aufwand, den da die Grenzer und die Bullen trieben. Aber wie wir im Zug dann immer mehr eingekreist wurden, bestimmt waren zum Schluß etwa 150 Grenzer und Bullen aufmarschiert, verflog die angespannte Neugier und wich einer allgemeinen Unsicherheit und bedrückten Stimmung. Immer wieder riefen wir einander zu, nur ja nicht die da draußen zu provozieren. Wir schlossen die Fenster, aus Angst, mit Tränengas ausgeräuchert zu werden.
Dann mußten wir waggonweise aussteigen. Mich fummelte ein vielleicht knapp zwanzigjähriger Bulle ab, guckte ins Portemonaie, beäugte kritisch einen Plastikkamm mit Stiel, auf mein Angebot, die Schuhe auszuziehen, verzichtete er. Einem Mädchen nach mir wurde eine kleine Blockflöte abgenommen. In einer Diskussion erzählte uns ein Polizist, wieviele Stahlkugeln, Beile und Mollotows in vorherigen Aktionen beschlagnahmt worden waren.
Der Zug fuhr dann ohne uns ab, und wir mußten uns, bevor wir dann den halben Kilometer zur nächsten Straße nach Kalkar gehen konnten, an der gleichen Stelle von anderen Bullen noch einmal untersuchen lassen. Die ganze Sache hat vielleicht eine knappe Stunde gedauert. Unsere Empörung zeigten wir nur in Diskussionen, weil uns die vielen Schlagstöcke und schräg nach vor gerichteten automatischen Waffen zeigten, daß wir uns auf die Provokationen nicht einlassen durften."

ZUR „FRIEDLICHEN" DEMO IN KALKAR

GÖTTINGEN 26. September „Wir, ca. 300 AKW-Gegner aus Göttingen und anderswo, zogen zwischen 14.00 und 15.00 Uhr, gefolgt von vier Sanitätswagen, vom Ortsrand Kalkars Richtung Marktplatz.

Das friedliche Bild änderte sich schlagartig, als neben uns auf einer Grünfläche inmitten von Wohnblocks mit ohrenbetäubendem Lärm ein Bundesgrenzschutzhubschrauber landete, aus dem etwa 20 behelmte, mit Knüppeln und Schildern bewaffnete Bereitschaftspolizisten heraussprangen, auf uns zustürmten und die letzten beiden Saniwagen umstellten.
Für uns war völlig unklar, welchen Zweck dieser Polizeieinsatz haben sollte, denn nach kurzer Zeit ließen sie von den Saniwagen ab und liefen zur Spitze des Zuges.

Als wir gerade dabei waren, uns wieder in Bewegung zu setzen, landeten weitere fünf Hubschrauber zwischen den Wohnblocks. Das ganze Viertel machte jetzt den Eindruck eines

Kriegsschauplatzes: staubaufwirbelnde Hubschrauber, aus denen uniformierte und bewaffnete Typen Richtung Schlachtfeld stürmten.
Ein erster Trupp stellte sich vor einen der Saniwagen, der inmitten der Demonstranten stand. Die nachfolgenden prügelten ohne Vorwarnung so lange auf die darumstehenden wehrlosen Demonstranten ein, bis die Straße geräumt war. Ohne daß sich noch jemand für uns oder unsere Saniwagen interessierte, konnten wir uns anschließend wieder aufstellen und weiterziehen.

Bei diesem Überfall hat es sich nur um einen der zahllosen Willkürakte der Polizei an diesem Tage gehandelt, die laut NRW-Innenminister Hirsch notwendig waren, um den „friedlichen" Ablauf der Demonstration zu gewährleisten. Wer diesen Überfall mitangesehen hat, wird jeden Demonstranten verstehen, der nur noch mit Helm zur Demo geht, um zumindest seinen Kopf zu schützen.
Zur Bewaffnung der Polizisten ist noch anzumerken, daß sie neben der üblichen Ausrüstung auch auf Gewehrläufe aufgesetzte Tränengasgeschosse mit sich führten."

KALKAR: GROSSER ERFOLG DER ANTI–ATOM–BEWEGUNG

Frankfurt
28. September

Folgenden Bericht erhielten wir wir von der Bürgerinitiative Frankfurt gegen Atomkraftwerke:

GROSSER ERFOLG DER ANTI–ATOM–BEWEGUNG

Zu einer machtvollen und friedlichen Demonstration gegen den „Schnellen Brüter" versammelten sich am Samstag 60.000 – 80.000 Menschen in Kalkar. Nach der Kundgebung auf dem Marktplatz zogen die AKW-Gegner in einem mehrere Kilometer langen Zug auf die Wiese vor dem Baugelände. Der Auszug aus Kalkar dauerte über 2 Stunden. Die versammelten Deutschen, Holländer und Franzosen zeigten damit ihre Entschlossenheit das Atomprogramm der Bundesregierung zu bekämpfen, trotz provozierenden, bewaffneten Auftretens der Polizei, trotz massiver Einschüchterungsversuche bei der Anreise durch Schikanen auf den Autobahnen, Einsatz von Hubschraubern und Kriminalisierung.

Die Busse der Frankfurter Bürgerinitiative gegen Atomanlagen wurden 7mal (!) kontrolliert. Maschinenpistolenbewaffnete Polizisten führten diese Kontrollen durch – beschlagnahmt wurden Helme und die Sanitäterausrüstung.

In Köln, dem Sammelplatz der Süddeutschen und französichen AKW-Gegner, wurden wir am Verlassen des Platzes gehindert und gezwungen, uns diskriminierenden „Kontrollen" durch die Polizei zu unterwerfen. Ein paar Kilometer weiter die nächste Sperre: wieder schwer bewaffnete Polizeieinheiten. Wir verließen die Busse und besetzten die Autobahn. Trotzdem nahm die Durchsuchung über eine Stunde in Anspruch.

Die Demonstranten aus Nürnberg wurden 6 Stunden auf einer Raststätte im Spessart festgehalten.

Schon auf der Anfahrt nach Kalkar wurden 100 Leute festgenommen, gegen drei ist ein Haftbefehl erlassen. Fadenscheinige Begründungen, wie der angebliche Besitz von gefährlichen Werkzeugen und Waffen wurden dazu angeführt. Tatsächlich handelte es sich dabei ausnahmslos um Sachen wie Helme etc. und die „Bombe", für jeden klar erkennbar, war eine Sprühdose!

Nordrhein-Westfalen: Ein von Duisburg nach Kalkar fahrender Zug, in dem sich 250 AKW-Gegner befanden, wurde auf offener Strecke von einer Bundesgrenzschutz-Einheit, die mit 4 Hubschraubern landete, etwa 1 Stunde lang festgehalten und durchsucht, obwohl die anwesenden Zugschaffner gegen diese Maßnahme protestierten.

Viele unserer Freunde aus Holland und Frankreich wurden an der Einreise in die BRD gehindert.

Besonders übel erging es AKW-Gegnern aus Frankreich, die versuchten über Holland einzureisen. In der holländischen Grenzstadt Waals wurden sie von der deutschen Polizei angegriffen und zusammengeknüppelt.

Es ist eine freche Lüge, wenn Innenminister Hirsch, Landesregierung NRW, und die Presse den Eindruck erwecken wollen, es sei „nur dem besonnenen und defensiven Verhalten der Polizei zu verdanken, daß es nicht zu den befürchteten Auseinandersetzungen gekommen ist." (Rundfunknachrichten vom Sonntag) Tatsächlich ist es so, daß die polizeilichen Bürgerkriegsmaßnahmen voll und ganz darauf angelegt waren, diese in Wirklichkeit von den staatlichen Stellen gewünschten Auseinandersetzungen, die gegen die Bürgerinitiativen „gut zu vermarkten" sind, systematisch zu provozieren.

Die Lüge von den „gewalttätigen K-Gruppen" mußte (wiedermal !) herhalten, um zum einen vom eigentlichen Ziel der Demonstration abzulenken und zum anderen den größten Polizeieinsatz gegen die junge AKW-Bewegung seit ihrem Bestehen in der BRD zu rechtfertigen!

Auch die IG-Metall-Führung schloß sich der wochenlangen Hetze an und riet ihren Mitgliedern, der Demonstration fernzubleiben.

Taktik der Polizei war es, durch ein Bürgerkriegsmanöver mit einem dichten Netz von Straßensperren auf allen Zufahrtswegen die Anreise der AKW-Gegner zu verzögern und damit ein einheitliches und geschlossenes Auftreten in Kalkar zu verhindern.

Presse und Polizeiführung unterstellen den AKW-Gegnern, sie hätten eine Bauplatzbesetzung geplant. Daraus leitet die Polizeiführung ab, wir hätten uns für eine militärische Konfrontation ausgerüstet. Jetzt feiern sie einen trügerichen Sieg, weil es uns nicht gelungen sei, den Platz zu besetzen.

Erklärtermaßen hatten aber alle Bürgerinitiativen beschlossen, am 24.9. auf den Versuch einer Bauplatzbesetzung zu verzichten.

Aus allen Veröffentlichungen der BI's geht eindeutig hervor, daß die BI's allerdings dazu aufgerufen haben, das Recht auf Demonstration am Bauplatz zu verteidigen. Diese Kundgebung war auf dem Feld des Bauern Maas angemeldet, das gegenüber dem Bauplatz des Schnellen Brüters liegt. Die Polizeiführung hatte die Kundgebung dort verboten. Durch unser geschlossenes Auftreten erzwangen wir dennoch den Zugang zum Kundgebungsort.

Damit haben wir unser Ziel erreicht und einen großen Sieg errungen! Die Einheit der AKW-Gegner konnte durch kein Manöver der Atomlobby gespalten werden!

Angesichts der angeführten Tatsachen ist es ein Hohn, von der „Besonnenheit der Polizei" zu reden – umgekehrt, angesichts der Provokation im Massenumfang ist es der Besonnenheit der AKW-Gegner zu verdanken, daß die Polizei und Landesführung nicht das von ihnen gewünschte Blutbad anrichten konnte!

Wir betonen das deshalb, weil mit derart infamen „Kontrollmethoden" der Eindruck erweckt werden soll, als ginge die Gefahr für die „öffentliche Sicherheit" von den AKW-Gegnern aus, als handele es sich hier um besonders gewalttätige Schwerverbrecher, was es gerechtfertigt erscheinen lassen soll, das Grundrecht auf Freizügigkeit (Grundgesetz Art. 11, Abs. 1) für diesen Teil der Bevölkerung außer Kraft zu setzen.

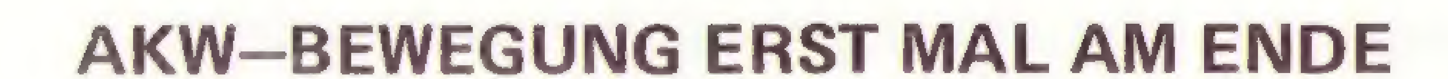
Diesen Abbau demokratischer Rechte verurteilen wir auf das Schärfste!.

Unser besonderer Protest gilt dem Angriff gegen unsere französichen Freunde, die sich sogar noch auf holländischem Gebiet befanden – erinnern diese Methoden des westdeutschen Staatsapparates doch fatal an die Methoden des faschistischen „Reichs".

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Die untenstehenden drei Photos sollen einen Eindruck der totalen Kontrolle in und um Kalkar vermitteln (Günther Zint)





AKW–BEWEGUNG ERST MAL AM ENDE

Frankfurt 29.9.77 Eine Gruppe aus Frankfurt schreibt:

Was bleibt nach Kalkar ist das Gefühl, die AKW-Bewegung ist in der Form der versuchten Bauplatzbesetzung und der zentralen, bundesweiten Aktion erst mal am Ende.
Wir gehören zu denen, die 'nur' 3 mal kontrolliert wurden. Je näher wir an Kalkar kamen, desto gezielter die Kontrollen, desto aufdringlicher das Bullenaufgebot.
Bei der ersten Kontrolle, 100 km hinter Frankfurt (Autobahnsperre) noch die Legitimation: ‚Verkehrskontrolle'. Später hieß es dann nur noch: Ausweise, aussteigen.
Beschlagnahmt wurden Helme und Halstücher, aber auch ein Taschenmesser, eine leere Weinflasche, aus dem Urlaub mitgebrachte Steine für ein Terrarium usw. Das ganze wurde auf der Straße drapiert und als Waffenarsenal fotografiert. Wir wurden gründlich nach Waffen abgetastet, hinter uns MP-bewaffnete Polizeischüler, die mit dem Tölpelgesicht und dem unruhigen Zeigerfinger. Fotografiert wurde in Permanenz, aus allen Winkeln.
Fazit: der Staat probte den Notstand. Noch bevor Teile der KKW-Bewegung offiziell zu Terroristen erklärt wurden, hat der Bullenapparat den Feind dort geortet. Aus der innerstaatlichen Feinderklärung gegenüber der RAF 1972 wurden Bürgerkriegsmanöver gegen KKW-Gegner.
Der Markt in Kalkar und die anschließende Demo waren für uns nur noch die organisierte Langeweile. Nahezu jeder Redner hielt es für notwendig, sich vom ‚Terrorismus' und all seinen Ausuferungen abzugrenzen, eine lächerliche Farce angesichts des gerade noch erlebten Bürgerkriegsmanövers. Im Kontext dazu dann später die Absage der Demonstrationsleitung an die Militanten und der offene Aufruf zur Denunzi ation „ einige von uns haben sich mit Knüppeln bewaffnet (? ? ?), wir werden manns genug sein, diese Provokateure aus der Demo zu entfernen."
Wir haben keinen gesehen, der die Feste Kalkar stürmen wollte; wir haben allerdings die Schnauze voll von den hilflosen Zukunftsvisionen eines Robert Jungk und der Wandervogelmentalität grosser Teile der KKW-Bewegung. Wenn Bauplatzbesetzungen schon nicht mehr möglich sind, dann darf und kann das nicht heißen, daß wir angesichts des Bürgerkriegs- und Vernichtungspotentials von Bullen und KKWs unsere massenhafte Friedfertigkeit demonstrieren. Kalkar w unsere letzte, große Anti-KKW-Demo. Wir werden uns neue Formen des Widerstands überlegen und uns die Militanz nicht verbieten lassen.





RADIOAKTIVITÄT ZERSTÖRT NICHT NUR ZIERGÄRTEN

BRAKE
26. September

Umweltschützer aus Brake sandten uns die folgende Nachricht:
"Bevor wir alle sterben – werden wir uns wehren, AKW – Nee. (Dies ziert die Hauswand des Oberkreisdirektors Bernhard).

Seit gestern ist der Vorgarten des OKD Bernhard in Brake etwas verändert. D.h. durch unsachgemäße Handhabung chemischer Stoffe ist der Pflanzenwuchs zerstört worden. Das soll eine Warnung vor der unweigerlichen Zerstörung unserer Umwelt und unseres Lebens durch Atomkraftwerke sein!

"Die Spaltung des Atoms kann immer nur der Zerstörung dienen" – Albert Einstein

Der OKD Bernhard ist maßgeblich dafür verantwortlich, daß das Atomkraftwerk in Esenshamm gebaut wurde und in kurzer Zeit womöglich in Betrieb genommen wird. Er kungelte heimlich mit dem Energiekonzern NWK einen Standort aus für das größte Atomkraftwerk unseres Planeten'.Bernhard ist dabei Vertreter der NWK-Tochter EWE und oberster Genehmigungsbeamter für die wasserrechtlichen Genehmigungen für das AKW in einer Person.

Diese Aktion ist ein Ausdruck unserer Erfahrung, daß weder Unterschriftensammlungen, Erörterungstermine, Demonstrationen noch Gerichtsprozesse zu einer Erfüllung der berechtigten Forderungen der Bevölkerung nach Streichung des Atomenergieprogrammes geführt haben. Stattdessen werden Menschen, die gegen die Zerstörung ihres Lebens kämpfen, kriminalisiert und die Bevölkerung mittlerweile mit riesigem Werbeaufwand durch bewußte Fehlinformation irregeführt (Nichtveröffentlichung des Katastrophenschutzplanes – 1980 gehen die Lichter aus usw., usw.)

– Keine Inbetriebnahme des AKW Esenshamm !!!
– Weg mit dem Atomprogramm !!!
– Radioaktivität zerstört nicht nur Ziergärten !!!

Unser Widerstand lebt !!!

KLÄGER GEGEN AKW's GESUCHT

WETZLAR
September 1977

Eine Kampagne "über den Rechtsweg" gegen den Rechtsstaat plant der Staatswissenschaftler Walther Soyka in Bremen, Wendtstr. 22, Institut für Biolog. Sicherheit. Er sammelt Unterschriften von Leuten, die bereit sind, gegen die Betreibung und Errichtung von Atomkraftwerken in der BRD gerichtlich zu klagen.

Er schreibt in einem Brief an seine Mitbürger u.a.:
"Wenige nur klagen bereits gerichtlich. Hier jedoch muß 'geklotzt' werden! Kleckern schindet bei den Richtern keinen Eindruck. Nur eine Massenklage hat die beste Aussicht auf Erfolg! Dieser Weg ist juristisch einwandfrei möglich. Nur wenn Tausende von Bürgern vereint klagen, sind die Richter gezwungen, die Meinung des Volkes zu respektieren."

Es gibt für diese Klagen Klagevollmacht-Vordrucke (uff!). Damit das mögliche finanzielle Risiko für den einzelnen nicht zu hoch wird, gilt die Unterschrift unter diesem Formular erst, wenn mindestens 1.000 Kläger pro Einzelklage zusammen sind. Die Dinger gibt's bei:

Arbeitskreis gegen Kernenergie Wetzlar
Dr. med. W. Bohn
Frankfurter Str. 37

6330 Wetzlar

ANGEKLAGT SIND WENIGE – GEMEINT SIND ALLE

HAMBURG
26. September

Nachmittags am 19.3.77 vor dem Bauplatz des Atomkraftwerks Grohnde. Die Polizei greift an und treibt, von gepanzerten Fahrzeugen und berittenen Einheiten unterstützt, die Demonstranten in Richtung Grohnde. Der endlos lange Zug setzt sich in Bewegung und die Polizei läßt von ihren Übergriffen ab. Die größte Angst und Spannung fällt von den Demonstranten ab und abends dann zu Hause ist für viele von ihnen Grohnde mehr oder weniger "gelaufen". Siebenundzwanzig Atomkraftgegner dagegen sind nicht zurück, sondern sitzen im Polizeigefängnis in Hameln. Sie sind bei dem Einsatz willkürlich festgenommen worden und wissen nicht, was sie erwartet. Die Rechte der Festgenommenen werden von der Polizeiführung in massiver Weise mißachtet. Fast ausnahmslos wird ihnen untersagt, mit Rechtsanwälten in Verbindung zu treten. Vier von ihnen werden erst am nächsten Morgen dem Haftrichter vorgeführt, der entscheidet, daß sie erst mal wieder nach Hause fahren können. Gegen zwei von ihnen wird ein Haftbefehl erlassen und nur gegen Auflagen ausgesetzt. Bernd Löwe muß sich jede Woche dienstags bei der Polizei melden (Siehe ID 170).

Inzwischen ist fast ein halbes Jahr vergangen, in dem die schnell gebildete Sonderkommission der Kripo nicht geschlafen hat. Umfangreiches Fotomaterial wurde ausgewertet, Polizisten und Mitglieder von Bürgerinitiativen (!) befragt und nicht zuletzt wurde auch das Bundeskriminalamt in Wiesbaden bemüht.

Jetzt, nach einem halben Jahr, rücken die Prozesse gegen die in Grohnde Festgenommenen in greifbarer Nähe. Es ist schon bekannt, daß die meisten Verhandlungen vor der großen Strafkammer in Hannover stattfinden sollen. Das heißt, nach Planung der Justiz sind Haftstrafen von über einem Jahr zu erwarten. Das heißt auch, daß von juristischer Seite aus hier die bisher schwersten Angriffe auf die Anti-AKW-Bewegung geführt werden sollen. Bernd Löwe muß im schlimmsten Fall mit bis zu fünfzehn Jahren Knast rechnen. Gegen ihn wird ermittelt wegen versuchten Totschlags, schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Die Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der Festgenommenen dagegen kann im Augenblick kaum mit gutem Gewissen "Bewegung" genannt werden. Trotzdem sind schon einzelne Aktionen durchgeführt worden, die versuchen, in der Öffentlichkeit Druck zugunsten der Angeklagten zu erzeugen. Am verkaufsoffenen Samstag fliegt in der Hamburger Innenstadt ein Transparent von Luftballons getragen mit der Aufschrift "Schluß mit den Strafverfolgungen von AKW-Gegnern". Flugblätter werden verteilt und Unterschriften gesammelt. Das Interesse der Vorbeikommenden ist relativ groß. Ein vierzehn Meter langes Transparent wird an eine Fußgängerbrücke gehängt. Im übrigen sind an alle Bürgerinitiativen in der BRD Unterschriftenlisten verschickt, die alle Gruppen zur Solidaritätsarbeit nutzen sollten.

Es sind im Augenblick wenig Leute, die solche Aktionen durchführen. Es scheint, als sei vielen, die an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde mit großem persönlichen Einsatz beteiligt waren, nicht klar, daß die Angriffe, die im Augenblick von juristischer Seite aus gegen die Bewegung geführt und vorbereitet werden, eine große Gefahr für den weiteren Kampf gegen Atomkraftwerke darstellen. Es ist klar, daß hier nicht einzelne Verbrecher verurteilt werden sollen, sondern daß versucht wird, jeden Gegner von Atomanlagen zum Gewalttäter abzustempeln und vom weiteren Kampf abzuschrecken.

Jeder, der gegen Atomkraftwerke kämpft, ist aufgefordert, sich an einer Kampagne zum Schutz der Angeklagten zu beteiligen. Nicht zuletzt hieran wird sich die Stärke oder Schwäche der Bewegung erweisen.
Daß öffentliche Aktionen Erfolg haben können, hat sich gezeigt, als Bernd Löwe sich jede Woche melden mußte. Jeden Dienstag kommen zwischen 50 und 700 Atomkraftgegner zusammen. Sie singen, verteilen Flugblätter, malen Parolen aufs Pflaster, tragen Transparente und begleiten Bernd durch die Innenstadt bis vor die Revierwache. Schon nach wenigen Wochen wird daraufhin der Haftbefehl aufgehoben und die Meldeauflage entfällt. Durch politischen Druck erreicht die Bevölkerung von Wyhl, daß keiner wegen seiner Teilnahme an der Bauplatzbesetzung oder an anderen Aktionen weiter verfolgt oder verurteilt werden darf.
Jetzt gilt es, in ähnlicher Form mit den Angeklagten Solidarität zu üben und für die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren zu kämfen.

Informationen und Unterschriftenlisten bei:
Sybille Krüger, Gilbertstr. 31, 2000 Hamburg 50
Spendenkonto: Westbank HH 11/18413, BLZ 20030000
(Rechtshilfekonto der BUU)

DIE WEISSE WOLKE ÜBER BRAMBAUER

LÜNEN-BRAMBAUER
September

Über einen Fluor-Giftunfall im Ruhrgebiet und die Folgen berichtet AMOS, kritische Blätter aus Westfalen in der September-Doppelausgabe (AMOS, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum 1):

Brambauer ist ein Teil von Lünen, eine der vielen Industriestädte im Ruhrgebiet. In dem Teil des Ruhrgebiets liegt Lünen-Brambauer, der allerdings bereits erheblich über der Ruhrgebietsnorm luftverschmutzt ist, das i st der Norden von Dortmund und Castrop-Rauxel. Hier passierte am 8.Juli 1977 ein Fluor-Giftunfall. Blätter wie die „Neue Revue" berichteten auf ihre Weise darüber, immerhin unter der Schlagzeile: „ AN DER RUHR DROHT EIN NEUES SEVESO!" (25.7.77.). Und „Bild" am 14.7.77. „GIFTWOLKE VON LÜNEN: VIELE MENSCHEN IN SCHRECKLICHER GEFAHR".

Was ist dort passiert?

Früh am 8.7.77 rutschte der Schlauch, durch den flüssige Flußsäure aus einem Eisenbahnwaggon in einen Produktionsbehälter des Aluminiumwerks geht, wegen einiger alltäglicher Zufälle beim Rangieren auf dem Werksgelände ab. Etwa 18 Tonnen Flußsäure strömten daraufhin ins Freie. Dabei entstand in der freien Luft eine chemische Reaktion, wobei Fluß-Fluor-Wasserstoff entstand. Dieses Fluor ist hochgradig giftig (im 1.Weltkrieg war Fluor Kampfgift und löste bekannte Diskussionen über Kampfgasverbot aus). Werksangehörige dieses Aluminiumwerks versuchten daraufhin, statt mit Kalk mit Wasser zu löschen. Das hatte offenbar die chemische Reaktion, d.h. die Bildung von Fluor—Wasserstoff noch verstärkt. Das städtische Ordnungsamt Lünen verließ sich auf die Maßnahmen des Alu-Werkes, statt selber unverzüglich eigene Untersuchungen - z.B. Fluor usw. im Urin von betroffenen Menschen - zu veranlassen und Katastrophenalarm im benachbarten Ort - Brambauer - zu geben. Der Wind trieb die Giftwolke vom Werksgelände fort, über den Kanal und einige Bauernhöfe hinweg; die Giftwolke bewegte sich in ca 5-10 m Höhe und einer Breite von mindestens 500 m über das 2 km vom Werk entfernte Brambauer hinweg. Beobachter sahen eine weiße Wolke am Himmel - und wunderten sich, als Tannennadeln zu rieseln begannen, Baumblätter abfielen, pflanzliches Grün braun wurde.

Das Unglück im Werk passierte morgens gegen 5 Uhr. Erst viele Stunden später am Vormittag fuhren Lautsprecherwagen auf Veranlassung der Behörden durch den Ort, gaben den Vorfall bekannt und riefen dazu auf, Fenster zu verschließen und kein Gemüse oder Obst aus dem Garten zu holen.

Abgesandte der Stadtverwaltung sollen Fallobst gegessen haben, um zu demonstrieren, daß wirklich kein Grund zur Sorge oder Panik bestände. Im Kontrast dazu stellten sich allerdings im Laufe der Zeit weitere Schäden ein: Fenster von parkenden Autos und an Wohnungen hatten sich verfärbt ins Bläuliche, waren nicht mehr sichtklar. Metallbeschläge oder Keramikteile änderten ihre Oberflächenstruktur.

Menschen stellten Beschwerden fest wie Hautreizungen, Jukken, Kopfschmerzen, Unwohlsein, Übelkeit, Erbrechen, Reizungen der Atemwege, Halsschmerzen, Augenentzündungen. Diese Beschwerden hielten mehrere Tage an. Uns ist ein Fall bekannt, wo Anfang September noch Beschwerden da sind.

Als die Betroffenen in Brambauer sich am nächsten folgenden Montag - 11.7. - ans Dortmunder Universitätsinstitut für Umweltschutz wandten, wurden von den dort erreichbaren Chemikern ihre Befürchtungen verstärkt: Fluor - damit ist nicht zu spaßen! Von den Bewohnern, nicht von den Behörden, veranlaßte Urinproben ergaben kritische Fluorgiftspuren bei den untersuchten Menschen. Sie - die „Interessengemeinschaft der Flußsäuregeschädigten in der Heinrichstraße in Brambauer" - schlugen über die Presse und Rundfunk/Fernsehen Alarm. Sie wurden von Meldungen des Dortmunder Universitätsinstituts bestärkt und erhielten außerdem Unterstützung von Umweltschützern in Lünen, Dortmund usw.

Auf die Pressemeldungen hin setzten sich auch Bewohner aus der Nachbarschaft des Aluminiumwerks in Essen-Borbeck mit ihnen in Verbindung. Sie berichteten, sie hätten zwar vermindert, doch vergleichbare Beschwerden seit Jahren beobachtet:

Das Alu-Werk in Lünen hat selber zugegeben, daß Fluor-Wasserstoff an jenem Morgen freigetreten sei. Das Werk unternahm einige Schritte: so mietete es für das Jungvieh, der von der Giftwolke betroffenen Bauernhöfe auf einem weit entfernt liegenden Bauernhof vorübergehend Unterbringungsmöglichkeiten fürs Jungvieh. Es akzeptierte Schadenersatzansprüche für verdorrte Bäume und Pflanzen und leistete relativ schnell Ersatzzahlungen - auch mit der Hoffnung, dadurch die empörten Brambauer zu beschwichtigen. Das Werk zahlte auch neue Autoscheiben. Sachschäden an Häusern sind im Prinzip ebenfalls anerkannt.

Aber die Gesundheitsschäden bei den Menschen werden nicht akzeptiert. Die Fluor-Belastung sei so, daß keine dauerhaften Schäden entständen.

Die Vereinigten Aluminiumwerke werden darin von den amtlichen Stellen unterstützt - vom Ordnungsamt in Lünen, nach anfänglichem Schwanken auch von der SPD-Fraktion, von den beiden anderen Ratsfraktionen, ohnehin, vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in Soest, von der Staatlichen Immissionsanstalt des Landes in Essen bis hin zur Landesregierung in Düsseldorf.

Denn das Presse- und Informationsamt der Regierung in Düsseldorf gab am 18.7.77. nach einer Anhörung und Besprechung mit den beteiligten Gruppen beim Staatssekretär Nelles im Ministerium für Arbeit, Gesundheit (!) und Soziales bekannt: „ Rasches und verantwortungsbewußtes Handeln aller Verantwortlichen beim Fluor-Unglücksfall in Lünen". Im einzelnen stellt die Regierung fest, das Unglück ginge auf „Mißachtung von Vorschriften und auf Fehlverhalten des Bedienungspersonals zurück". Es seien auch „Vorkehrungen" getroffen, ..die eine Wiederholung derartiger Vorfälle ausschließen". Vegetationsschäden würden vom Werk reguliert. „Gesundheitsschäden für die Bevölkerung durch die Gaswolke waren - auch über die Nahrungskette - ... nicht zu befürchten", stellt diese Re-

gierungsmittelung fest. Und weiter: „ ... daß den örtlichen Behörden kein Versäumnis vorgeworfen werden kann. Die Empfehlung, Gartenerzeugnisse nur nach gründlichem Waschen zu genießen und bei Beschwerden unverzüglich den Arzt aufzusuchen, hat sich als richtig erwiesen".

Dann sagt dieselbe Erklärung aufgrund allgemeiner Berechnungen statt aufgrund konkreter Urin- und anderer Untersuchungen unter den betroffenen Menschen: „ Die Rekonstruktion des Schadenherganges führte zu dem Ergebnis, daß die Fluor-Wasserstoff- Konzentration in Brambauer im ungünstigsten Fall höchsten 1 mg pro Kubikmeter Luft betragen hat", also wohl oberhalb von dem Grenzwert von 0,2 mg, wie es von der VDI-Kommission Reinhaltung der Luft vorgeschlagen wird. Aber ..bei der einmaligen und kurzzeitigen Einwirkung (können) Gesundheitsschäden ausgeschlossen werden", denn „ Reizungen der Schleimhäute und Atemwege (seien) erst bei Konzentrationen von 6 - 10 mg Fluor pro Kubikmeter Luft zu erwarten".

Selbstverständlich folgt ein Hinweis, daß an Arbeitsplätzen noch miesere Verhältnisse erträglich seien: „ Wie unbedenklich die geschätzte Schadstoffkonzentration in Brambauer tatsächlich ist, zeigt sich auch daran, daß für die Arbeitnehmer am Arbeitsplatz eine Konzentration von 2 mg Fluor pro Kubikmeter Luft über die DAuer der gesamten Arbeitszeit als unschädlich angesehen wird". Und die Regierungsmeldung schließt mit einem ausführlichen Rüffel (1/4 des Umfangs der ganzen Erklärung!) an die Adresse des Dortmunder Universitätsinstituts für Umweltschutz:„ Die eigenmächtige und inkompetente Handlungsweise des Instituts erscheint im Hinblick auf die dadurch eingetretene erhebliche Beunruhigung der Bevölkerung unverantwortlich".

Seitdem ist es für die Betroffenen unmöglich, offizielle Gutachter für ihre Forderungen zu finden. Sie sind nicht so unabhängig gegenüber dem Staat, als daß sie sich über das Wort aus Düsseldorf hinwegsetzen können oder zu können glauben, nachdem Düsseldorf so am 18.7. gesprochen hat. Die Akten sind offiziell damit geschlossen.

Dennoch läuft nicht nur unter den direkt Betroffenen die Diskussion weiter; Fragen werden in Brambauer gestellt wie „wer hat denn nun Recht: wir mit unseren Beobachtungen, Messungen, Schädigungen oder die andere Seite? " „Wann passiert so was wieder? " „Wie ist das mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen? " usw.

Notizen nach einem Gespräch mit einer Frau mittleren Alters in Brambauer:
Sie war am Unglückstag viel draußen im Freien. Sie hat kaum Kontakte in der Nachbarschaft und hat nichts von der Fluor-Sache gehört. Aber sie erinnert sich, daß am 8.7. ihre Augen, Nase, Rachen stark gereizt waren. Ihre Haut schmerzte bei jeder Berührung und bei Kleidungsreibungen. Kopfschmerzen. Sie suchte keinen Arzt auf, weil sie häufig unter Migräne leidet und hochallergisch ist. Sie ist daher auch hart im Erleiden von Beschwerden.
Am 14.7. kommt Besuch und erzählt von der Giftwolke. Sie fühlt sich noch ganz schlecht, hat Gelenkschmerzen.

Am 15.7. sucht sie den Hausarzt auf, der ihr sagt, es könnte ein Zusammenhang zum Giftunglück vorliegen, vielleicht aber auch nicht. Nach Feststellung von Gallenfarbstoff im Urin tippt er auf Leberkrankheit und überweist sie ins Krankenhaus.
Im Krankenhaus werden weitere Untersuchungen angestellt, auch auf Gicht und Rheuma. Schließlich wird Depression diagnostiziert. Sie verläßt empört das Krankenhaus.

Ein Allergietest Ende August in der Universitätsklinik: sie ist allergisch auf 90 verschiedene Stoffe. Die Ärztin sagt, daß allerdings ein toxisches Erscheinungsbild vorliege oder vorlag, sie ist aber nicht Experte auf dem Gebiet von Fluor-Vergiftungen. Gelenkschmerzen noch am 31.8.77.

DEMOKRATIE ODER ENERGOKRATIE ?

BERGISCH-GLADBACH
September 77

Ende August/Anfang September haben Betriebsräte aus der Atomindustrie sich brieflich an die Herren Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und Heinz Kühn gewandt und diesen Herren die Vorstellungen der "Arbeitnehmervertreter in der Kernindustrie" zum weiteren Ausbau dieser Technologie unterbreitet. Ein Leser hat aus dem genannten Schreiben, das uns nicht vorliegt, die seiner Meinung nach besonders wichtigen Stellen rausgeschrieben und kommentiert. Wir haben seinen Bericht etwas gekürzt, an den Zitaten aus dem Betriebsrätebrief aber nichts verändert.

"Selbstverständlich kommt der totale Atomstaat nicht von einem Tag auf den andern. Und natürlich nicht durch einen Staatsstreich, sondern streng legal. In Frankreich, England, der Bundesrepublik, den USA wurde und wird jede Freiheitsbeschränkung möglichst schon vorher, schlimmstenfalls nachträglich durch Aufhebung alter oder Formulierung neuer Gesetze abgesichert. Wer meint, es werde möglich sein, die Gefahr für die Demokratie zu begrenzen, gibt sich einer Illusion hin. Die Bürger der ersten deutschen Republik wurden einst mit dem demagogischen Schlagwort 'Volk ohne Raum' dazu gebracht, ihre Freiheit aufzugeben. Sollen nun die Bürger der zweiten Republik mit der Panik-Devise 'Volk ohne Strom' abermals zur Aufgabe ihrer Freiheiten überredet werden? "

Soweit Robert Jungk. Inzwischen sieht es so aus, als ginge es den Befürwortern der Atomenergie nicht schnell genug auf diesem Weg. Sehen sie sich doch bemüßigt, die für die Änderung von Gesetzen zuständigen Stellen zu einer weniger gemächlichen Gangart als bisher aufzufordern, als reiche all das in der Vergangenheit Geschehene immer noch nicht. Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der Lektüre von Briefen, die von den Betriebsräten der Atomindustrie an Herrn Helmut Schmidt (z. Z. Bundeskanzler der BRD) und Herrn Heinz Kühn (z. Z. Ministerpräsident in NRW) gerichtet sind. Schreibt man da doch an einer Stelle, die Arbeitnehmer in der Atomindustrie könnten sich des Eindrucks nicht wehren, die Energiepolitik in diesem Lande ließe sich in zunehmendem Maße von den "Argumenten der Straße beeinflussen, wie sie in Grohnde und Brokdorf vorgebracht wurden und ... am 24. September ... in Kalkar zu erwarten sind. Wir sind der Meinung, daß diesen Kräften Einhalt geboten werden muß, die das Ergebnis unserer langjährigen Arbeit zunichte machen und darüber hinaus mit der Störung der Energieversorgung unseres Landes einen wesentlichen Grundpfeiler unseres Staatsgefüges angreifen."

Mal abgesehen von der Tatsache, daß die Art der Formulierung ungute Erinnerungen bei mir aufkeimen läßt, was mag real damit gemeint sein? Will man etwa ausdrücken, alle, die Kritik am Ausbau der Atomindustrie äußern, seien als Verfassungsfeinde anzusehen, eventuell gar als Saboteure und Terroristen und müßten dementsprechend einer besonderen Behandlung durch den Staat unterzogen werden? Soll etwa auch auf das Gebiet der Energiediskussion das Wort von Herrn Schmidt (z. Z. Bundeskanzler) ausgedehnt werden, welches er aus Anlaß der Entführung von Herrn Schleyer prägte, demzufolge sich der, "der jetzt noch nach Entschuldigungen sucht, von der Gemeinschaft aller Bürger isoliert, die sich mit unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung identifizieren und die sie erhalten wollen", damit alle, die diese Gesellschaftsordnung, in voller Übereinstimmung mit dem Grundgesetz , ändern wollen, zu Unbürgern erklärend?

Ferner sei folgendes zu bemerken: Es findet sich im Grundgesetz nicht der geringste Hinweis auf die Behauptung, die Energieversorgung sei als wesentlicher Grundpfeiler des Staatsgefüges anzusehen. Zwar kann man aus Artikel 14, Absatz 2 (Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen) und Artikel 20, Absatz 1 (Die Bun-

desrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat) die Verpflichtung entnehmen, alles zu tun, um eine auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte ruhende menschliche Gemeinschaft sicherzustellen, daraus aber den grundgesetzlich postulierten Auftrag zum Bau von Atomkraftwerken zu entnehmen, ist schon mehr als abenteuerlich. Im Gegensatz zu dieser Auffassung vertreten ernstzunehmende und keineswegs der linken Szene zuzurechnende Verfassungsjuristen die Meinung, die Atomindustrie und ihre Produkte seien als verfassungswidrig einzustufen, da ihre Anwendung und damit zwangsläufig verbundene Folgen gegen, um nur ein Beispiel zu nennen, das in Artikel 2 Absatz 2 GG postulierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in nicht mehr zu akzeptierender Weise eingreifen, ja es auf Dauer aufheben. Daß unter solchen Umständen die Begründung des Beschlusses des OVG Münster in Sachen "Schneller Brüter" bei den Verfechtern der Atomindustrie kein Verständnis findet, verwundert bereits nicht mehr. Verwunderung stellt sich allerdings ein, wenn man hört, daß viele Bundestagsabgeordnete, z. B. Herr Carstens und Frau Renger, gleiches Unverständnis durch Unterstützung der Argumente der Befürworter der Atomenergie bekunden und damit deutlich machen, was sie von der Gewaltenteilung in diesem Lande halten.

Es kommt aber noch toller. In dem Schreiben an Herrn Schmidt (z. Z. Bundeskanzler) heißt es an anderer Stelle, nachdem die Verfasser ihre entgegensehende, ernste Sorge über die Demonstration am 24. September in Kalkar aufs Papier haben fließen lassen:
"Wer ist es, der solche Demonstrationen international organisiert und welche Ziele werden damit verfolgt? Unsere Beobachtungen weisen aus, daß es bei den bisherigen Aktionen vorwiegend, wahrscheinlich noch nie im harten Arbeitsleben gestandene Menschen sind oder die von unrealistischen Ideen über Demokratie, Wachstum, Arbeitsplatz und menschenwürdiger Gestaltung der Umwelt verführt wurden und die derzeitige Energiesituation nicht realistisch einschätzen."

War es weiter oben nur ein Verdacht, hier wird der Verdacht zur Gewißheit. Dies ist die Sprache des Unmenschen.



ZUR SUSPENDIERUNG DES GÖTTINGER ASTA

GÖTTINGEN 26. September — *Der zur Zeit suspendierte Allgemeine Studentenausschuß der Universität Göttingen schreibt:*

„Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß der Angriff auf den Göttinger Asta ähnlich wie die geplante Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes (LHG) in Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle einnimmt bei demVersuch, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen und das politische Mandat zu liquidieren. Von daher ist es sowohl für unsere Arbeit hier in Göttingen als sicher auch für Eure Arbeit notwendig, wenn eine möglichst gute Zusammenarbeit an dieser Frage entsteht. Wir möchten Euch daher bitten, sofern noch nicht geschehen, an Euren Unis so schnell wie möglich über die Suspendierung unseres Astas zu berichten...

Außerdem möchten wir Euch bitten, uns Solidaritätsadressen zu schicken, und uns auch alle Flugblätter und Erklärungen, die Ihr zu dieser Frage herausgebt, zuzuschicken. (Wir werden mit unseren Publikationen das gleiche tun). Außerdem werden wir eine kleine Dokumentation über den Göttinger Konflikt herstellen, die wir zu einem Solidaritätspreis verkaufen wollen. Die Dokumentation kann Euch gleichzeitig als Arbeitsunterlage dienen. Da uns gleichzeitig mit der Suspendierung sämtliche Gelder gesperrt sind, sind wir für die Fortführung unserer Arbeit dringend auf Spenden angewiesen.

Unsere neue Kontonummer ist: Städtische Sparkasse Göttingen, Konto-Nr. 18 001 081

Adresse: Asta Uni Göttingen (z.Zt. suspendiert)
c/o Fachschaft Medizin
Kreuzbergring 22
34 Göttingen
Tel. 0551/ 39 61 37

Zur Suspendierung heißt es in einer Presseerklärung des Asta:

"Am Donnerstag, den 15.9., erreichte den AStA der Uni Göttingen mit Postzustellungsurkunde eine Verfügung des Rektors der Universität, den AStA auf Weisung des niedersächsischen Wissenschaftsministers sofort amtszuentheben.

Ab sofort darf der AStA seine Dienstgeschäfte nicht mehr wahrnehmen, der Zugang zum AStA und zur AStA-Druckerei ist den AStA-Mitgliedern untersagt, die Geschäftsräume des AStA und die Druckerei werden bis auf weiteres geschlossen, ein Beauftragter des Rektors sorgt für die Durchführung der Verfügung.
Eine halbe Stunde nach Zustellung der Verfügung erschien der Beauftragte des Rektors, setzte ein neues Schloß ein und verschloß AStA und Druckerei. Falls der AStA diesen Maßnahmen auch nur passiven Widerstand entgegen gesetzt hätte, wäre der Einsatz großer Polizeikräfte, die den AStA weiträumig umstellt hatten, angeordnet worden. Dies geht aus Äußerungen des Beauftragten des Rektors eindeutig hervor.

In der Begründung zur Verfügung heißt es u.a.: "Unter dem 10.9. ist ein Flugblatt mit dem Kopf BUF-INFO Nr. 3 verbreitet worden, das sich mit der Entführung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Schleyer befaßt und ausschließlich allgemeinpolitischen Inhalts ist" (s. ID 196).
Weiter wird behauptet, daß "... mit der Herausgabe dieses Flugblattes Straftatbestände erfüllt (sind)." In der am Tage vorher vorgenommenen polizeilichen Durchsuchungsaktion in AStA und AStA- Druckerei führte die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Beleidigung als Grund für die Strafverfolgung an. Der Rektor behauptet in der Begründung zur Verfügung deshalb:"Die von der zuständigen Strafverfolgungsbehörde eingeleiteten Ermittlungen haben ergeben, daß der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Göttingen an der Herstellung und Verbreitung des Flugblattes beteiligt war."

Dazu erklärt der AStA:

Sämtliche von Minister, Rektor und Staatsanwaltschaft aufgestellten Behauptungen, die zur Amtsenthebung geführt haben, sind unwahr. Dies wird sich in den Prozessen, die jetzt folgen werden, eindeutig erweisen.

Die BUF ist eine selbständige politische Hochschulgruppe, die das INFO in eigenem Namen herausgegeben hat. Aus dem Impressum geht eindeutig hervor, daß es sich bei dem Impressum "BUF c/o AStA" um die postalische Adresse handelt, die nach dem Pressegesetz unter Publikationen angegeben werden muß. Es ist Sache der politischen Organisation BUF, den Arbeitsplatz der BUF-Referenten als postalische Adresse anzugeben. Wir weisen noch darauf hin, daß diese Praxis des Umgangs mit der postalischen Adresse in

Göttingen seit Jahren von den verschiedensten Organisationen ausgeübt wird, ohne daß dies jemals zu Verwechslungen oder Beanstandungen geführt hätte. Die Staatsanwaltschaft will wissen, daß das Flugblatt in der AStA-Druckerei hergestellt wurde. Richtig ist vielmehr, daß bei der Durchsuchungsaktion nur ein Druckauftrag für die BUF beschlagnahmt wurde, aus dem nicht ersichtlich ist, um was für ein Flugblatt es sich dabei handeln sollte. Dieses Druckauftragsformular wurde jedoch von der BUF in der AStA-Druckerei nicht eingelöst. Wo die BUF ihr INFO Nr. 3 hat drucken lassen, ist dem AStA nicht bekannt. Ein Vergleich des INFO's mit dem in AStA-Druck vorhandenen Maschinen wird zweifelsfrei ergeben, daß dies nicht im AStA-Druck geschehen ist.

Die Staatsanwaltschaft hält die Tatsache, daß in dem Vorraum des öffentlich zugänglichen und für den Publikumsverkehr bestimmten Sekretariats des AStA 11 der beschlagnahmten Flugblätter gefunden wurden für Beweis genug, der ASTA habe das Flugblatt der BUF verbreitet. Wie der Staatsanwalt aus der nicht vom AStA zu verantwortenden Auslage eines Flugblattes den Tatbestand der Verbreitung desselben konstruiert, ist uns schleierhaft. Der AStA hat weder das BUF-Flugblatt zu verantworten, noch ist es über AStA-Einrichtungen gedruckt oder von AStA-Mitgliedern verbreitet worden. Sowohl der "Vorwurf" der Wahrnehmung des politischen Mandats als auch der Vorwurf strafbarer Handlungen sind also völlig aus der Luft gegriffen. Aus diesem Grunde sind auch die weiteren Passagen der Begründung "... daß es zur Wiederherstellung eines dem gelten(den) Recht entsprechenden Zustandes geboten (sei), die Dienstgeschäfte des AStA bis zur Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände an einen Beauftragten zu übertragen", unbegründet und gegenstandslos.

Ferner wird uns die Wahrnehmung des allgemein-politischen Mandats als wiederholter Rechtsbruch vorgeworfen. Die Mehrheit der Studenten - nicht nur in Göttingen - vertritt die Ansicht, daß das politische Mandat für die verfaßte Studentenschaft unverzichtbar ist.

Die Maßnahmen von Wissenschaftsminister, Rektor und Staatsanwaltschaft sind reine Willkürakte. Die zuständigen Instanzen glauben offenbar in der gegenwärtigen Situation nach der Schleyer-Entführung zu einem großen Schlag gegen linke ASten und andere fortschrittliche Kräfte ausholen zu können, wo noch nicht einmal der Schein von Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird. Die Amtsenthebung des AStA, die, wie gesagt, der rechtsstaatlichen Grundlage entbehrt, kann nur im Zusammenhang mit einer Atmosphäre der gezielten Hysterie in der BRD gesehen werden. Es ist kennzeichnend für die augenblickliche politische Situation, daß offensichtlich jede - auch zutiefst undemokratische - Maßnahme erlaubt und sogar propagiert wird. Der Angriff gegen uns stellt sich in eine Reihe mit den Maßnahmen gegen so international anerkannte demokratische und liberale Persönlichkeiten wie Böll, Gollwitzer und Albertz, denen auf Grund eines Appells an die Entführer von Herrn Schleyer vorgeworfen wurde, mitschuldig am Terrorismus zu sein.
Überlegterweise haben wir uns als AStA jeder politischen Äusserung zur Schleyer-Entführung enthalten. Daß diese Enthaltsamkeit bereits Anlaß für unsere Amtsenthebung ist, sagt wohl alles über die Probleme, denen Demokraten und Sozialisten in der BRD augenblicklich gegenüberstehen."

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR SUSPENDIERUNG DES GÖTTINGER ASTA

Die unterzeichnenden Organisationen sind empört über die Suspendierung des AStA durch Rektor Beug und die Landesregierung am 15.9.77. Mit diesem Willkürakt wird versucht, die Gunst der Stunde auszunutzen: man rechnet damit, eine solche Maßnahme auf dem Hintergrund der systematisch geschürten Hysterie reibungslos durchsetzen zu können. Nachdem der erste Anlauf im vergangenen Semester nicht geklappt hat, ist man sicher, daß die Verhetzung inzwischen weit genug gediehen ist, um auch offensichtliche Rechtsbrüche gegenüber der Bevölkerung legitimieren zu können. Diese Maßnahmen sind nur der Auftakt für weitergehende Pläne der Landesregierung mit der Hochschule: Durchsetzung des HRG und NHG, Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft wie in Baden-Württemberg und Bayern.
Diese Angriffe sind Teil der verschärften Repression gegen immer weitere Teile der linken und liberalen Öffentlichkeit.

Wenn Albrecht sagt, „das eigentliche Problem des Staates sind nicht die Terroristen selbst, sondern die Sympathisanten", und wenn man sich vergegenwärtigt, wer alles als Sympathiesant bezeichnet wird, Heinrich Böll, der Theologe Helmut Gollwitzer, kurz: alle diejenigen, die noch in irgendeiner Form auf die Gefahr hinweisen, die durch den umfassenden Ausbau des Staatsschutzes droht, so deutet er damit selbst an, daß die Liquidierung einer demokratischen und linken Öffentlichkeit sein eigentliches Ziel ist. Jeder, der sich gegen Verteidigerausschlüsse, Ausbau des Verfassungsschutzes, Zensurparagraphen, Erweiterung der Polizei, des BKA etc. wendet, wird eben selbst schon als Sympathisant des Terrors oder gar als potentieller Terrorist diffamiert und mundtot gemacht.

Die These von den Sympathisanten des Terrors an der Hochschule soll durch Beispiele belegt werden, die einfach nicht den Tatsachen entsprechen:

Im Sommersemester wurde der 'Buback-Nachruf' zum Vorwand für die versuchte Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft genommen; heute ist es ein Flugblatt der 'BUF' zur Schleyer- Entführung, das dem Kultusministerium als Vorwand zu seinem politischen Willkürakt, die Studenten ihres Vertretungsorganes zu berauben, dient. Der Allgemeine Studentenausschuß hat mit diesem Flugblatt nichts zu tun; er hat es weder geschrieben, noch drucken lassen, noch vertrieben. Sämtliche Behauptungen, die den AStA in einen Zusammenhang mit diesem Flugblatt bringen, sind dreiste Lügen! Konstruktionen!! Außerdem ist es nicht Aufgabe des AStA, Flugblätter und Meinungsäußerungen politischer Organisationen zu zensieren!
Diese Konstruktionen sollen den AStA erneut in die Nähe des Terrorismus bringen, obwohl der AStA - ebenso wie die unterzeichnenden Gruppen – wiederholt die RAF und ihre Strategie des individuellen Terrors grundsätzlich verurteilt und abgelehnt haben. Der Terrorismus hat den linken und demokratischen Kräften schweren Schaden zugefügt.

Gleichzeitig halten die unterzeichnenden Organisationen daran fest, daß nicht bei der moralischen Verurteilung von Personen stehengeblieben werden darf, sondern daß darüber hinaus die gesellschaftlichen Verhältnisse , unter denen sich individueller Terror herausbildet auf ihre Verantwortlichkeit für diese Herausbildung hinterfragt werden müssen.
Ein politisch unkluges und unüberlegtes Flugblatt der 'BUF', das diese Organisation in einer völligen Verkennung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse herausgegeben hat, wird zum Anlaß genommen, den AStA zu suspendieren.

Wir halten es für eine gefährliche Unterschätzung der Möglichkeiten des Staates und für dümmliche Kraftmeierei, wenn die 'BUF' teilweise schreibt: "Je lauter ihr (der Staat, d. V.) zetert, desto kraftloser werden eure Worte."Die Auseinandersetzung mit diesen und ähnlichen gefährlichen Phrasen und mit der Politik der BUF ist Aufgabe der demokratischen Studentenbewegung. Es ist ein Charakteristikum dieser Politik, daß sich die 'BUF' nach einer Provokation des Staatsapparates – wie durch ihr Mescalero-Info – der Auseinandersetzung entzieht und bisher keinen Beitrag zur Verteidigung des AStA geleistet hat.

Als ungeheuerlich verurteilen wir aber die Verbotsdrohung, die Aberkennung der Meinungsfreiheit und ähnliche Repressalien gegenüber der 'BUF'. Wir wissen, daß der Vorwurf der Unterstützung des Terrorismus durch die 'BUF' infam und demagogisch ist.
Die unterzeichnenden Organisationen rufen mit dieser Erklärung alle Fachschaftsräte und politischen Organisationen, die die Suspendierung des AStA nicht hinnehmen wollen, auf, gemeinsam einen Ausschuß zu bilden, dem folgende Aufgaben zukommen:
— gemeinsam mit dem suspendierten AStA eine Solidaritäts- und Aufklärungskampagne zu organisieren und zu koordinieren, die das Ziel hat, die Suspendierung des AStA so bald wie möglich aufzuheben.
— die wesentlichen Schritte zur Vorbereitung des nächsten Semesters einzuleiten. Darunter sind v. a. zu verstehen:
- Vorbereitung und Durchführung einer Solidaritätskampagne mit den von der Prozeßlawine bedrohten Kommilitonen und den politischen Repressalien ausgesetzten fortschrittlichen Lehrenden;
- Vorbereitung und Durchführung von Aktionen gegen die Angriffe auf das politische Mandat und die Verfaßte Studentenschaft; spezielle Vorbereitung von Kampfmaßnahmen im Wintersemester.

Die Einrichtung dieses Ausschusses bedeutet nicht, daß anerkannt wird, der suspendierte AStA sei nicht mehr existent; über den Fortbestand eines von Studenten gewählten AStA können nur die Studenten entscheiden und nicht die Kultusbürokratie. Sie bedeutet genau das Gegenteil: zur Zurückschlagung der Suspendierung des AStA sollen alle dazu bereiten Kräfte in eine gemeinsame Front einbezogen werden. Die unterzeichnenden Gruppen fordern alle demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der Universität auf, energisch gegen diesen neuerlichen Willkürakt der Landesregierung zu protestieren und die Zurücknahme der Suspendierung zu fordern.

Juso-HSG, SB-HSG, KHB, GIM, SBL-PH, SHB-SF, FG-FSR Geschichte, Fachkollektiv Geschichte, FSR Romanistik, FSR Anglistik, FSR Mathe/Physik, FRS Landwirtschaft, FSR Germanistik, FSR Sowi/Politik, Regionalkonferenz der ESG'n in Niedersachsen/Bremen.

ZENSUR BEIM STADTANZEIGER

LESERBRIEFE ZUR SCHLEYER–ENTFÜHRUNG UNTERSCHLAGEN

KÖLN
16. September

In der Nacht zum Freitag, 16. September, wurden im Pressehaus des „Kölner Stadtanzeigers" die Maschinen angehalten. 112.000 bereits gedruckte Leserbriefseiten (etwa die Hälfte der Auflage) wurden aus der Freitagausgabe entfernt und eingestampft, die Seiten neu gedruckt. Der Grund waren zwei Leserbriefe, die auf die Schnelle entfernt und ersetzt wurden. Sie gehörten zum Komplex „Ohne Härte geht es nicht" - Leser äußern sich zur Entführung von Hanns-Martin Schleyer. *Die beiden unterschlagenen Leserbriefe haben wir der „Kölner Stadtrevue" vom Oktober entnommen:*

„Ich bin Arbeitnehmer, 59 Jahre alt und verurteile wie jeder andere das scheußliche Verbrechen. Trotzdem ist das Geschehen für mich ein Spiegelbild unserer heutigen Gesellschaftsordnung: Vier Arbeitnehmer wurden brutal ermordet, ein Wirtschaftsboß sitzt in einer Zelle und wartet auf seine Befreiung. Alle Medien, ob Presse, Rundfunk oder Fernsehen, bringen jeden Tag nur den Namen Schleyer. Für die Angehörigen der ermordeten Arbeitnehmer hat man höchstens 20 Zeilen Blabla und zum Schluß heißt es, sie mußten mit dem Risiko rechnen.

Die Arbeitnehmer werden aufgerufen, nicht mit den Terroristen zu sympathisieren. Wer sind denn die Sympathisanten der Terroristen? Doch diejenigen, die heute wieder nach dem Polizeistaat und der Todesstrafe schreien, ohne zu überlegen, was das bedeutet. Und auch die, die nach dem Leistungsstaat mit Zucht und Ordnung rufen, sich gleichzeitig aber als Verfechter der sozialen Marktwirtschaft hinstellen. Einen größeren Widerspruch und Unsinn kann ich mir nicht vorstellen.

Wo kommt denn der harte Kern der Terroristen her? Zum überwiegenden Teil aus Kreisen der Theologen und Fabrikbesitzer. Weil sie von frühester Jugend an miterleben mußten, daß zwischen Wort und Tat ein verlogenes Etwas steht.

Wie sagte doch so schön Ministerpräsident Albrecht in jener Fernsehsendung: Die Jusos mit ihren Thesen tragen auch einen großen Teil dazu bei. Arbeitnehmer und Jusos brauchen keine Maschinenpistolen, unsere Waffe ist der Stimmzettel.

Franz Füllenbach, Lohmar"

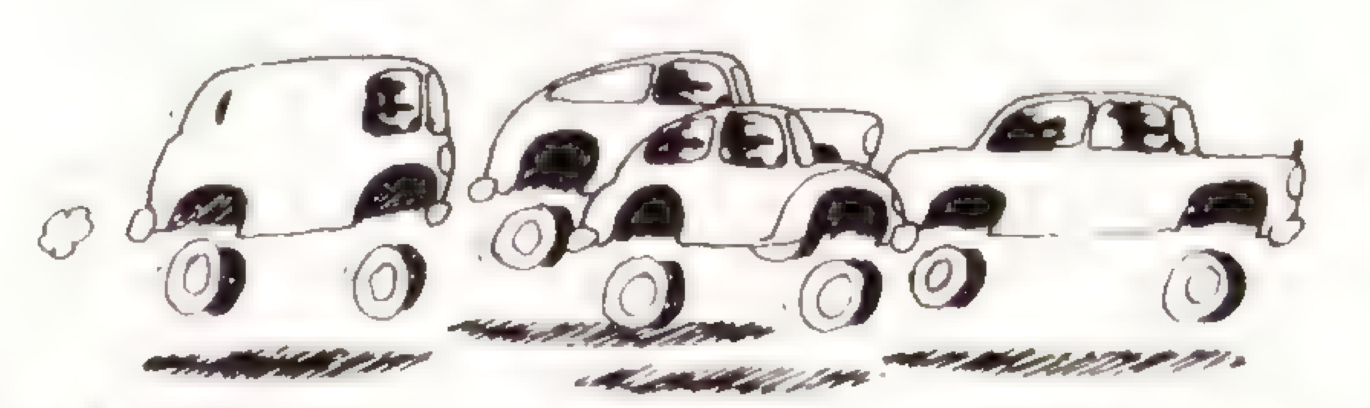
„Was einem in diesen Tagen in Kommentaren und Leserbriefen an blindem Haß, primitiven Rachegelüsten und Ignoranz entgegenschlägt, ist erschreckend. Solange dieser Sumpf nicht ausgetrocknet ist, muß man für die Zukunft dieses Landes das Schlimmste befürchten.

Obwohl wir alle in der Schule den „Michael Kohlhaas" gelesen haben, verdrängt jeder die Frage, was die Gewalttäter von Karlsruhe, Frankfurt und Köln auf ihren schrecklichen Horrortrip gebracht hat; stattdessen tut man so, als ob der Teufel persönlich in sie gefahren sei.

Solange sich die verantwortlichen Politiker weigern, sich mit den Ursachen des Terrorismus auseinanderzusetzen, muß ich davon ausgehen, daß dieser ihnen ebenso gelegen kommt wie den Nazis einst der Brand des Reichstages.

Ich möchte vorsichtshalber noch betonen, daß ich mir selbst dann ein Gefühl „klammheimlicher Freude" verkneifen könnte, wenn man mit Herrn Schleyer jenen Mann umbrächte, der Millionen von Arbeitnehmern in ihrem Begehren nach mehr Mitbestimmung als Verfassungsfeinde in Verruf bringen wollte.

Volker Neunkirchen, Köln 91



ERKLÄRUNG ZU FAHNDUNGSMETHODEN

FRANKFURT
September 77

Diese Erklärung, datiert vom 28.9.77 wurde uns am 29.9. zugeschickt:

"Wie schon im Rundfunk am Samstag — Morgenmagazin, Mittagsmagazin —. wurde am Samstag, Sonntag und Montag in fast allen Zeitungen in der BRD behauptet, die Genossen Dieter Salewski, Ursula Rothe und eine Holländerin Franziska Souren wären an der Schießerei in Utrecht, wo Knut Folkerts festgenommen wurde, beteiligt gewesen. Dabei bezogen sich die meisten Zeitungen auf holländische Berichte, besonders auf die Zeitung "de Telegraaf", einige Zeitungen - darunter die Frankfurter Rundschau - stellten die Beschuldigten als Tatsache hin; zusätzlich wurde behauptet, nach den Personen würde gefahndet. Beide Angaben und Behauptungen sind falsch. Nach Rückfrage beim Bundeskriminalamt liegt weder eine Fahndung noch ein Haftbefehl vor, ähnliche Informationen wurden in Holland bestätigt. Die Behauptung also, die Personen wären bei der Schießerei in Utrecht beteiligt gewesen, ist absolut unhaltbar, weil zwei Personen zu der Zeit nachweislich sich nicht in den Niederlanden aufgehalten haben. Die Berichte in Rundfunk und Zeitungen haben lediglich die Ursache:

Die Genossen wurden bei einem Wochenendaufenthalt in Holland am 18./19.9. sowohl bei der Einreise als auch bei der Ausreise genaustens gefilzt, das Auto wurde durchsucht, Personalausweise, Führerschein, KFZ-Papiere gründlichst überprüft. Da es bei Ursula Rothe sehr wahrscheinlich ist, daß sie unter "Beobachtender Fahndung" (BeFa) steht, kann davon ausgegangen werden, daß die Grenzübertritte der Genossen sicher vermerkt worden sind.
Warum gerade die Genossen?
Dem Staatsschutz ist bekannt, daß die Genossen politisch tätig sind, sich für die politischen Gefangenen in der BRD einsetzen, U. Rothe hat auch Besuche bei Gefangenen gemacht. Alle Versuche jedoch, sich heute noch für die politischen Gefangenen einzusetzen, die Situation im Knast öffentlich zu machen, für eine Änderung der Haftbedingungen tätig zu sein, wird kriminalisiert. Allein aus diesem Grund wurden bei U. Rothe und anderen Genossen Hausdurchsuchungen durchgeführt, erkennungsdienstliche Behandlung gemacht und sehr wahrscheinlich BeFa angeordnet, d.h. die Genossen werden verstärkt observiert, Telephone abgehört, Post überprüft.
Man/frau muß sich klarmachen: sich heute noch für die politischen Gefangenen in der BRD einzusetzen, hat zur Folge, Namen durch die Medien zu jagen, Personen zu kriminalisieren.
Das Ziel solcher Maßnahmen kann nur sein, die Genossen einzuschüchtern, und wenn das nicht gelingt, die Genossen bei der nächstbesten Gelegenheit festzunehmen, zu internieren, denn: Die Namen sind ja schon in einem solchen Zusammenhang aufgetaucht. Bestes Beispiel dafür ist Uwe Folkerts, der Bruder des in Utrecht festgenommenen Knut Folkerts, dessen Festnahme und Internierung ähnlich vorbereitet wurde.
Das Bundeskriminalamt (BKA) muß der Öffentlichkeit Fahndungserfolge vorzeigen, auch wenn diese auf Falschmeldungen, Lügen und Verdrehungen beruhen.
Die Knäste sollen dichtgemacht werden, niemand darf sich mehr um die Gefangenen kümmern, was zusätzlich noch durch das neue Blitzgesetz abgesegnet werden soll: Was jetzt nach der Schleyer-Entführung schon fact ist, nämlich das über 100 Gefangene total von der Außenwelt abgeschirmt sind, Nachrichtensperre, kein Kontakt untereinander, kein Besuch, nicht einmal von ihren Anwälten — soll durch das neue Blitzgesetz in Zukunft bei jeder Gelegenheit angewendet werden können. Gefangene können — wenn es dem Staatsschutz legitim erscheint — bis zu 30 Tagen total isoliert werden.
Die Berichterstattung in den Medien über die drei Genossen, überhaupt die Berichterstattung in den letzten Wochen zeugt von einer Situation, wo alles Erdenkliche getan wird, Linke zu kriminalisieren, die sich nicht "distanzieren", egal wie Einzelne zu Aktionen der Guerilla stehen, das zeigt u.a. die Amtsenthebung des Göttinger AStA, der angeblich einen Schleyer—Nachruf mit herausgegeben haben soll. Jeglicher Widerstand in der BRD soll also unmöglich gemacht werden. Die Diffamierung der drei Genossen in den Massenmedien beweist, daß — wenn es um die Interessen dieses Staates BRD geht — jegliche Skrupel, Reste von demokratischer Gesinnung immer mehr abhanden kommen".

FASCHISTEN—PROZESS: EINIGE FRAGEN BLEIBEN OFFEN

TÜBINGEN, September 1977

Der Prozeß gegen Faschisten und Antifaschisten in Tübingen (ID Nr. 194/95) geht weiter. Hier der Bericht der zweiten Woche:

"Vom 14.9. — 16.9. wurde der Prozeß gegen die 10 Faschisten und die drei mitangeklagten (!) Antifaschisten fortgesetzt. Am Mittwochmorgen begann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung der Zeugen. Bis Freitag wurden 14 von insgesamt über 30 Zeugen vernommen.

Die Rolle der Polizei:
Polizeihauptkommissar Vollmer berichtete über die Vorbereitungen und den Einsatz der Polizei am Abend des 4.12.: die Polizei wisse, daß Veranstaltungen des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS) "nicht reibungslos ablaufen" würden. Vollmer war sich offenbar schon darüber im Klaren, daß faschistische Hetzveranstaltungen in Tübingen nicht so leicht durchzuführen sind. Also hat er beim HTS einen Tag vor der geplanten Veranstaltung angerufen, und dem HTS Polizeischutz angeboten.
Der HTS hat jedoch abgelehnt, mit der Begründung, er werde diesmal sich selbst helfen können ...
Trotzdem richtete sich die Polizei darauf ein, dem HTS im Falle einer Störung zu Hilfe zu eilen!!! Das wäre auch geschehen, wenn nicht das Studentenwerk e.V. dem HTS die Räume im "Prinz Karl" vor Beginn der Veranstaltung gekündigt hätte. Vollmer sagte, er hätte schon am Donnerstag versucht, Diez als Vorsitzenden des Studentenwerks zu erreichen. Auch hatte er mit dem Bürgermeisteramt gesprochen. Am Samstagabend hätte er dann beim "Prinz Karl" mit ihm gesprochen und ihm empfohlen, die Raumzusage zurückzuziehen. Die Zeugen Diez, Klein und Vollmer sagten aus, daß die Raumzusage um 19.00 Uhr zurückgezogen worden sei.

Polizeihauptkommisar Vollmer sagte weiter aus, daß die Polizei bei den HTS'lern Personen beobachtet habe, die man sonst in Tübingen nicht kenne. Laut Vollmer hat die Polizei Vorermittlungen beim BKA über HTS, WSG, und die zu erwartenden Gegendemonstranten angestellt. Offenbar hat sie dann wegen Informationen vom Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz über die Wehrsportgruppe (WSG) gewartet!? !
Warum ist sie dann nicht früher gegen die WSG-Schläger vorgegangen? ? ? ?
Vollmer setzte in den Reihen der Antifaschisten (!) zwei zivile Beamte ein, um eventuelle Straftaten festzustellen. Der nächste Zeuge war einer dieser "Aufklärer", Pom Häusel.
Richter: "Wer hat als erster Gewalttätigkeiten begangen ? "
Häusel: "Hoffmann ... Ich hatte den Eindruck, daß Hoffmann mit einstudierten Schlägen in die Menge ging."

Der Hausmeister des "Prinz Karl" sagte aus, daß er, als er die bewaffneten Schläger auf die Antifaschisten zugehen sah, zuerst dachte, es sei die Polizei.

Der Polizeispitzel versuchte jedoch, Hoffmann zu entlasten: Hoffmann wäre nach seiner unbewaffneten Attacke von der Menge eingekreist und geschlagen worden. Außerdem habe Heinzmann nur mit den Armen gewedelt und nicht gezielt geschlagen. Auch wären die anderen Schläger nicht in Keilform vorgegangen, sondern seien erst einige Zeit später nachgekommen Genaueres hätte er nicht gesehen, denn dann hätte er sich aus dem Gefahrenbereich entfernt. Ansonsten ist auch aus dem anderen "Beobachter zur Feststellung strafbarer Handlungen" nicht viel herauszubringen. Er beruft sich, nach seinem eigentlichen Auftrag befragt, auf sein Dienstgeheimnis und schweigt. Die Antifaschisten waren anscheinend "interessanter", sodaß die Polizei ihre Beobachter in die Reihen derjenigen schickte, die sich gegen den offenen Aufruf zum Massenmord an der schwarzen Bevölkerung in Zimbabwe zur Wehr setzen. Ein Zeuge erzählte, er habe gesehen, wie vier WSG/HTS-Schläger ein Mädchen zusammenschlugen: " Ich glaubte, jetzt schlagen sie sie tot." Als die Polizei auftauchte, wollte er die Schläger anzeigen. Er wurde aber von den Polizisten festgehalten. Erst als einer der Schläger hinterrücks auf einen anderen Polizisten einschlug, ließ ihn der Polizist wieder los.

So bleiben einige Fragen offen
- Was haben die anderen vier zivilen Beamten gesehen ? ? ?
- Warum hat Vollmer anscheinend nichts von der WSG—Schlägertruppe gewußt ? ? ? Obwohl die WSG im Ver-

fassungsschutzbericht 1975 erwähnt wird und schon einige Verfahren gegen sie geführt wurden !!! Warum sagt Vollmer nichts über die Erkenntnisse, aus denen er schloß, daß Heinzmann die WSG einsetzen wollte ? ? ?

– Was ist mit dem am Abend des 4.12. sichergestellten Fahrzeug der WSG, das mit Waffen gespickt war ? ? ?
– Wo ist das Manuskript des geplanten Vortrags, das Hoffmann bei seiner Verhaftung aufessen wollte ? ? ?
– Warum wurde Heinzmann nicht wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt, nachdem er vier Polizisten zu Boden gerungen und beschimpft hatte, bevor er verhaftet wurde ? ? ?
– Warum hat die Polizei die Zusammenrottung der Faschisten nicht fotografiert ? ? ? Im Gegensatz dazu wurden streikende Arbeiter und demonstrierende Demokraten und Studenten immer und überall bespitzelt.
– Der Kriminalbeamte Fiete stand an der Ecke Hafengasse/ Neue Straße, ein anderer Zeuge stand an der gleichen Stelle. Dieser Zeuge sagte vor Gericht aus, daß er beobachtete, wie die Hoffmann–Truppe mit einer großen Tasche die Straße heraufkam, sich mit HTS.lern an der Postecke traf, sich über die Tasche beugte, kurz beriet und sich aufrichtete. Dann gingen sie mit gezückten Schlagwaffen auf die Menge zu. Warum hat Fiete dazu nichts gesagt ? ? ?
– Waren die Ermittlungen so ungenau, daß die Polizei nichts über Kontakte zwischen Dieterle und WSG und HTS und NPD in Erfahrung bringen konnte ? ? ? Oder sagt sie bloß nichts darüber ? ? ?

Es ist klar ersichtlich, daß die Polizei gegen die Faschisten nur sehr oberflächlich ermittelt hat, während die Antifaschisten bei den Zeugenvernehmungen am 4.12. stundenlang über ihr eigenes Verhalten vor dem "Prinz Karl" befragt wurden.
Da auf diese Weise gegen die Faschisten kein handfestes Beweismaterial gesichert wurde, kommt der Staatsapparat auch nicht in die Verlegenheit, sich mit den Taten und Zielen der Faschisten auseinandersetzen zu müssen.

Die Rolle des Gerichts

Auch das Gericht interessierte sich sehr für die sonstigen politischen Aktivitäten der Antifaschisten, während Gericht und Staatsanwaltschaft die faschistische Hetze von HTS und WSG nicht zur Kenntnis nehmen.
Sogar die politische Diffamierung von Zeugen durch entsprechende Fragen Heinzmanns wird zugelassen. Das Gericht spitzte die Ohren, als er z.B. einen Zeugen über dessen Einstellung zum GG, über dessen Parteizugehörigkeit und über frühere Tätigkeiten bei Demonstrationen befragte. Er beschuldigte dann den Zeugen der Parteilichkeit und versuchte, ihn auf eine Stufe mit den Schleyer-Entführern zu stellen.
Daraufhin fragte ein Richter den Zeugen, ob er überhaupt etwas zur Entlastung der Faschisten sagen würde. Über die Umstände, durch die die Antifaschisten zu ihrer politischen Überzeugung kamen, wollten die Richter und Staatsanwälte nichts wissen. Sie interessierte nur, ob der Zeuge vorhatte, die Veranstaltung zu verhindern, ob er in der Kette stand, ob die Antifaschisten Gewalt angewendet hätten, oder ob er sich nach dem 4.12. an Treffen der Antifaschisten beteiligt hätte.
Sie unterbrachen z.B. den Zeugen Wagner, als er die Zustände in Zimbabwe beschreiben wollte, die ihn veranlaßt hatten, den Lügen und der Rassenhetze des HTS entgegenzutreten.
Das täte hier nichts zur Sache, hier ginge es allein um die Tatbestände.

Die Tatbestände vom 4.12. sprechen jedoch ebenso wie die politischen Hintergründe gegen die Faschisten. Dies will das Gericht aber nur ungern wahrhaben. Einmal ist dem Staatsanwalt ein Zeuge unglaubwürdig, weil er zulange überlegt und zuleise spricht, ein anderes Mal unterstellt der Richter einem Zeugen, der sehr genau beschreibt, daß die Aussage abgesprochen sei. Auch Hoffmann hat im Verunsichern der Zeugen leichtes Spiel: so fragt er einen Zeugen, wie schnell er (Hoffmann) bei seinem Angriff auf ihn zugelaufen sei, wie er das Nunchaku gebraucht habe und auf wen er eigentlich eingeschlagen habe. Als der Zeuge sagt wie er es gesehen hat, wirft Hoffmann als Nahkampfexperte ihm vor, er könne nicht genau beobachten und sei deshalb unglaubwürdig.

Wiederum bleiben einige Fragen offen

– Warum werden unverfängliche Zeugen (z.B. Zeuge Scherbaum) der Phantasterei und Parteilichkeit verdächtigt, bloß weil sie präzise Aussagen gegen die Faschisten machen ? ? ?
– Warum greift die Staatsanwaltschaft bei offensichtlichen Widersprüchen in den Aussagen der Faschisten nicht ein ? ? ? (z.B. Aussagen der Faschisten Hoffmann, Roeßner, Kraus, Roth, Schoebe)
– Warum nimmt das Gericht die unzulängliche Ermittlungsarbeit der Polizei kommentarlos hin ?
– Warum nehmen weder Staatsanwaltschaft noch Gericht zur geplanten Sölnerwerbung Stellung ?
– Warum werden Erkenntnisse aus früheren Gerichtsverfahren zum paramilitärischen, faschistischen Charakter der WSG in diesem Verfahren nicht berücksichtigt ? ? ?

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf dieses Verfahren, daß der NPD-Vorsitzende Mußgnug, der hier in Tübingen als Rechtswahrer und Biedermann auftritt, in Osnabrück am 18.9.77 seine Jungnazis mit den Parolen: "Zerschlagt Rotfront und Reaktion" und "Volksfront verrecke" marschieren läßt.
Auf dieser Veranstaltung fordert der Mußgnug-Stellvertreter Schmitz die Zurückgewinnung der "Ostgebiete", von Elsaß-Lothringen und Österreich. Auf diese Weise wird den Völkern Europas wieder einmal die gewaltsame Unterdrückung angedroht, dann ein "Anschluß" ginge nur durch einen neuen Krieg.
Genauso sehen sich die Antifaschisten in der BRD auch weiterhin dem Terror durch faschistische Schläger gegenüber.
Gegen die brutale, heimtückische Gewalt der Faschisten, die sich z.B. am 4.12.76 auch gegen Wehrlose richtete müssen wir unsere Einheit und Solidarität entgegensetzen.

Kontaktadresse:
S. Lecompte, Stöcklestr. 19, 7400 Tübingen



AKTIONSEINHEIT GEGEN FASCHISTEN

NÜRNBERG
September 1977

Die neugegründete Antifaschistische Aktionseinheit in Nürnberg bittet in einem Brief um Mithilfe:

„Sicher haben Sie davon gehört oder gelesen, daß der neonazistische „Kampfbund deutscher Soldaten" am 6.8.77 einen „Ausschwitz-Kongreß" in Nürnberg durchführen wollte. Um diesen Kongreß zu verhindern, fanden sich in Nürnberg mehrere demokratische, antifaschistische Organisationen und Personen zusammen und gründeten die Antifaschistische Aktionseinheit.

Der Nazi-Kongreß wurde aufgrund massiver Proteste der Bevölkerung verboten. Für unsere Aktionseinheit war das jedoch kein Grund sich aufzulösen, um auf die nächste Nazi-Provokation zu warten. Wir haben uns vorgenommen, in dieser Aktionseinheit aktiv gegen den Neofaschismus vorzugehen.

Dabei drängt sich uns in Nürnberg die „Wehrsportgruppe Hoffmann" geradezu auf. Trotz vormilitärischer Ausbildung, trotz eindeutiger faschistischer Bekenntnisse des Bandenführers Hoffmann kann diese „Wehrsportgruppe" so gut wie unbehelligt ihr Unwesen treiben.

Wie es mit der Ausbildung der inneren Organe (Inhalte) bestellt ist, wird gerade von den Fachärzten der Free Clinic (Juristen, Politiker ...) abgeklopft.

Vorläufiges Untersuchungsergebnis (über den Daumen gepeilt): Mit sehr viel Mühe und Fleiß gezeugt, auch — für sich betrachtet — inhaltlich nicht unterentwickelt, allerdings nicht gerade auf dem neuesten Stand der Diskussion um Drogenarbeit. (Die Klage nimmt sich somit eher aus wie das Produkt einer Vergewaltigung der Free-Clinic-Arbeit.) Diese geringe Ähnlichkeit ist enttäuschend.

Aber dafür steht viel von Politik drin; die Zeit ist günstig. Es kommt nicht so drauf an, den einen oder anderen auch noch zu "opfern". Erst Verfassungsfeind, jetzt Terrorist — und das alles, weil berechtigte Kritik geübt wurde von der Free Clinic. Dabei hat die Stadt zu Beginn des Konfliktes noch ganz anders getönt:

"... angesprochen auf den Vorwurf des gesundheitspolitischen Ausschusses der CDU Heidelberg, die Free Clinic sei eine Nachfolgeorganisation des ehemaligen Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK), erklärte der Oberbürgermeister, daß der Free Clinic kein militantes Verhalten nachzuweisen sei. Zudem gehe es der Stadt nicht um die politische Ideologie der selbstverwalteten Jugendorganisation, sondern nur um die Vertragsverletzung. Politische Stellungnahmen seien Sache der Parteien." Aber was stört sie ihre Rede von gestern? Ran an den "Feind" — und sei er noch so imaginär — und drauf.



Über den anderen Hauptpunkt der städtischen Argumentation, die Free Clinic hätte ihre Arbeitsgebiete, ihre Konzeption so ausgeweitet, daß sie zwangsläufig den Mietvertrag brechen mußte, kann man sich eher streiten! Aber gerade die neuesten Vorstellungen z. B. des Bundesministeriums bezüglich eines wirksamen Konzeptes von Drogenarbeit bestätigen eindeutig die Vorstellungen der Free Clinic.

Es ist so, daß die Free Clinic Pionierleistungen für solche Vorstellungen und Konzeptionen geleistet hat. Aber Pioniere stehen bekanntlich oft an vorderster Front, wo der Wind am stärksten pfeift. Und wer will verheimlichen, daß der Wind gerade in Heidelberg besonders eisig ist !?

Die Entwicklung, wie sich jetzt zeigt, war vorauszusehen:

- im Sommer räumt die Stadtverwaltung das Haus in der Hauptstr. 69. Ihr ist es gleichgültig, was mit den "Leuten ohne Wohnung und Arbeit (LOWA) geschieht. Helfen tut sie jedenfalls diesen Drogen(Alkohol-)Abhängigen und -gefährdeten nicht. Aber sie wirft der Free Clinic gemeinsame Sache mit dem KBW vor, weil beide die Stadt auffordern, was zu tun. Aber es ist ja so leicht, solche Kritik "abzuwürgen";
- dann fängt die SPD an zu wackeln. Behauptet kühn, die Free Clinic stünde nicht mehr zu einstmals gegebenen Aussagen (daß die Free Clinic z. B. nichts gegen einen Beirat hätte). Dabei hatte sie sich selbst um Mitglieder bemüht. Aber Zusagen an die Free Clinic sind das eine, ein SPD-OB und Kommunalwahlen das andere. Und als die SPD ausgewackelt hat, steht da ein halbgares neues Produkt: 'ne neue Free Clinic (!) mit einem Teil der bisherigen Mitarbeiter (5 mit BAT-Gehältern), mit dem bewährten Konzept — mit der Gleichrangigkeit von prophylaktischer und therapeutischer Arbeit — aber, und das ist das "Schöne" — dieses Modell wird über eine Stiftung finanziert, mit Verwaltungsrat usw. Was sagste nun?
- die CDU kannste zu diesem Zeitpunkt vergessen; sie hält sich "vornehm" zurück, akzeptiert halbwegs den SPD-Vorschlag;
- aber dann platzt die "Bombe". Die FDP zieht nicht mit. Besteht darauf, daß die Free Clinic erhalten bleibt, so wie jetzt. Tja — und sozusagen als Zugabe beantragt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion den "Theodor-Heuss-Preis" für die Free Clinic!

Das ist nun unserem OB Zundel zuviel. Er schlägt wie wild los. In einem 'Offenen Brief' ("Man muß sich als Staatsbürger wundern") fightet er zurück. Und weil er so erbost ist und weil er wohl glaubt, jetzt mal seine "Stärke" zeigen zu dürfen, schickt er die Klage los — 4 Monate und 14 Tage nach der Ankündigung.

Aber gemeinsam werden wir in Heidelberg und anderswo das "Kind" schon schaukeln.

Natürlich sind hier nicht alle Geschehnisse in der letzten Zeit aufgeführt worden, so z. B. daß der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband die Free Clinic rauswerfen wollte (was er dann erst einmal verschoben hat), daß der OB frühere Falschaussagen zurückgenommen hat und z. Zt. 'ne Widerrufsklage gegen ihn durchgeführt wird — aber das ist alles nicht so entscheidend. Jetzt gilt es, den Angriff auf eine sinnvolle Drogenarbeit abzuwenden — und auf eine noch funktionierende Selbstverwaltung.

Als Fazit bleibt zu ziehen: ein systematischer, geplanter, öffentlich geführter Feldzug in den verschiedenen Medien hat seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Die dabei benutzten Verdächtigungen, Verdrehungen, Halbwahrheiten und Falschaussagen sprechen für ihre Verfasser. Es scheint, als ob die, die andere Personen angreifen und ihnen Verdrehungsjournalismus " à la Goebbels" (bezüglich der Aspekte-Sendung des ZDF aufgestellte Behauptung von OB Zundel) vorwerfen — wofür sie sich prompt einen Prozeß einhandeln — dies "nur" tun, um von der eigenen Methode abzulenken. Merke, wer im Glashaus ... "

BUNDESWEITES TREFFEN DER JUGENDZENTREN

FRANKFURT
20. September

Vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) Frankfurt erhielten wir den folgenden Bericht:

„Vom 9. bis 11. September trafen sich ungefähr 30 Leute aus zehn regionalen Jugendzentrumszusammenschlüssen im Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt zu einem zweiten Erfahrungsaustausch.
Dieser Termin wurde bei einem ersten Treffen am 23./24. April in Frankfurt, wo sieben Regionalzusammenschlüsse (RZ) beteiligt waren, ausgemacht. In der Zwischenzeit hat außerdem ein Landestreffen Baden Württemberg am 27./28. August in Sindelfingen stattgefunden (siehe ID 194). In Baden Württemberg

Unsere Öffentlichkeitsarbeit führte zu heftigen Diskussionen in Betrieben und Büros. Viele Sympathiebekundungen aus der Bevölkerung bestärkten uns auf unserem Weg.

Die Erfahrungen mit Stadtverwaltung, Gemeinderat und den örtlichen Parteien lehrten uns, daß wir uns nur auf unsere eigenen Kräfte verlassen können. Der vorläufige Höhepunkt unseres organisierten Widerstandes war die von ca. 300 Leuten besuchte, und sehr erfolgreiche Veranstaltung im Trachtenvereinsheim. Dort stellten wir fest: Bietigheim ist kein Einzelfall, sondern steht in einer Reihe vieler ähnlicher Vorfälle:

- brutales Vorgehen der Polizei beim Druckerstreik in Reutlingen und Aalen
- am 13. April wird der Schäfer Helmut Schlaudraff grundlos von einem Polizisten erschossen.
- am 9. Februar wurde bei Hanau der 14-jährige Schüler Peter Lichtenberg beim Spielen in einem leerstehenden Neubau von einer Polizeikugel getötet.

Diese in der letzten Zeit immer häufigeren Übergriffe der Ordnungskräfte gegen die Bevölkerung charakterisieren das allgemeine Klima in der BRD. Der massive Polizeiterror steht im Zusammenhang mit dem zunehmenden Abbau unserer demokratischen Grundrechte. Die Wirtschaftskrise und die gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Politik von Regierung und Opposition, drückt sich in einer wachsenden politischen unzufriedenheit der Massen aus.

Die Reaktion des Staatsapparates ist die Verschärfung bestehender, sowie die Schaffung neuer Gesetze, die sich nicht nur gegen terroristische Attentäter, sondern hauptsächlich gegen uns, die Bevölkerung richtet
uns, die Bevölkerung, richtet...

Wenn wir verhindern wollne
Wenn wir verhindern wollen, daß Vorfälle wie in Bietigheim, Reutlingen und Hanau legalisiert werden, müssen wir aktiv für unsere Rechte kämpfen. Wie die Erfahrungen aus der Anti–KKW–Bewegung beweisen, kann dieser Kampf nur erfolgreich sein, wenn wir uns zusammenschließen und uns auf unsere eigene Kraft stützen.
Deshalb ist es notwendig, daß sich alle, Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten und Unorganisierte über alle politischen und weltanschaulichen Differenzen hinweg zusammenschließen, um gemeinsam dieses Gesetz zu verhindern.
Wir rufen auf zur Demonstration am 8.10., 10^{00} Uhr ab Bahnhofsvorplatz
Kundgebung 11^{00} Uhr, Fußgängerzone (Unteres Tor)
Veranstaltung 16^{00} Uhr, FSV-08-Heim (Bissingen)

Aktionskomitee 3. Mai Bietigheim	Initiative gegen das neue Einheitliche Polizeigesetz

Kontaktadresse:
Ulrich Burkhardt, Riedstr. 1, Besigheim

GRABREDE FÜR EINEN GEFANGENEN, DER "SELBST"–MORD BEGING

HAMBURG
September

In der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel -"Santa Fu" - haben sich anfang August die die Gefangenen Wolfgang Janorschke (30 Jahre) und Edmund Ludewig (46 Jahre) kurz hintereinander das Leben genommen. Bei der Beerdigung von Wolfgang am 6. August sagte ein Vertreter der Insassen der Anstalt II:

"Als ich Dich kennenlernte hattest Du in Deinem Leben bereits keinen Sinn mehr gesehen. Mit fünfzehn Jahren unverstanden von Deiner Umwelt steckte Dich das unmenschliche System der DDR ins Gefängnis, weil Du in den, in Deiner Vorstellung goldenen Westen wolltest. Zehn Jahre trieb dieser Staat sein Spiel mit Dir, dann schob man Dich nach dem Westen ab, mit dem Stigma des Kriminellen.
Statt der erhofften Freiheit fandest Du Dich in einem Flüchtlingslager. Hier wurdest Du nicht vom SSD (Staatssicherheitsdienst) befragt aber die Fragen des BND (Bundesnachrichtendienst) waren die gleichen. Es war keiner da, der Dir Mut machte und half die bürokratischen Hürden zu überwinden.
Nach drei Wochen hattest Du es satt und Du wolltest Menschen suchen, die Verständnis für Dich finden. Du fandest sie auf dem Bahnhof einer Großstadt. Es waren gescheiterte Typen wie Du, die die letzte Zigarette mit Dir teilten, dieses ist unter Armen verständlich.

Das Schicksal schickte Euch einen betrunkenen Seemann über den Weg, der mit dem protzte, was Ihr nicht hattet, mit Geld. Unmenschlich war Eure Tat, weil Ihr ihn umbrachtet. Unmenschlich reagierte die Gesellschaft, in dem ein entmenschlichtes Gericht ein lebenslänglich aussprach.

Hier in Santa Fu hattest Du mit einem Vollzug fertig zu werden, der Dir zwar innerhalb des Hauses einige Freiheiten gewährte aber der genausowenig in der Lage,war Dir in Deiner Sehnsucht nach Freiheit zu helfen, wie der Vollzug in den übrigen Anstalten der BRD. Auf engstem Raum mit circa 180 Urlaubern, die Dir täglich von den Erlebnissen von draußen berichteten, ließ Deine eigene Lage immer hoffnungsloser erscheinen.
Du nahmst nocheinmal einen Anlauf, indem Du geheiratet hast. Gegen meine Bedenken habe ich Dir damals mitgeholfen, wie ich Dir half, als Du den Irrtum erkanntest und Dich scheiden ließt.
Wie damals, als wir uns kennenlernten, hast Du Dich wieder in einem Tablettenrausch geflüchtet. Die Verantwortlichen des Vollzuges sind nicht schuldlos, weil sie Versprechungen machten, die sie nicht einhielten. Auch waren Formalien wichtiger als die Erkenntnis, daß man Dir helfen müsse.
Wie oft hatten wir diskutiert über die Unmenschlichkeit des Systems. Du hast ein Testament geschrieben und wir haben geredet. Nun hast Du durch Deinen Tod jede Auseinandersetzung beendet. Wir, die zurückbleiben müssen Deine Entscheidung ohnmächtig akzeptieren, in der Hoffnung, daß Deine letzte Tat auf dieser Erde zum Tor einer besseren Dimension geworden ist. Es bedrückt mich Deine Einsamkeit, die wie ein Gitter Dein Inneres versperrte, so daß Du nicht mehr den Weg fandest um mit jemandem zu sprechen aber ich versuche Dich zu verstehen."

ROTE HILFE LÄDT ZUM FEST EIN

MÜNCHEN
September 1977

Das KOLLEKTIV ROTE HILFE MÜNCHEN veranstaltet auch in diesem Jahr wieder ein Herbstfest, und zwar **am 21. Oktober 1977 im Schwabinger Bräu, Leopoldstr. 82**, dessen Reinerlös den Gefangenen zugute kommen soll:

„Seit Jahren arbeitet das KOLLEKTIV ROTE HILFE MÜNCHEN, eine Vereinigung undogmatischer Linker, daran, die Isolation von Gefangenen zu durchbrechen, indem sie von aussen Kontakte zu Gefangenen knüpft und in der Auseinandersetzung mit ihnen Emanzipations- und Solidarisierungsprozesse unterstützt. Unsere Kontakte bestehen hauptsächlich zu Gefangenen der bayerischen Justizvollzugsanstalten Straubing, Kaisheim, Stadelheim, Aichach, Bernau, Landsberg, Bayreuth, Amberg, Memmingen, Nürnberg, Ebrach und Niederschönenfeld.

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit wurden mehrere Tribunale gegen den Strafvollzug in der BRD, die Isolationshaft, den Ausschluß der Verteidiger und den zunehmenden Po-

lizeiterror durchgeführt, außerdem wurde in verschiedenen bayerischen Städten Aufklärungsarbeit über die Mißstände in den Knästen geleistet und dabei viele Solidaritäts-Unterschriften gesammelt. In Zusammenarbeit mit der Münchner Stadtzeitung „BLATT" und Verlagen veröffentlichten wir einige Dokumentationen ('Ausbeutung im Knast' und 'Arrest in Kaisheim') und zahlreiche Artikel über besondere Härtefälle in den bayerischen Strafanstalten.

Außer einem intensiven persönlichen Einsatz sind auch finanzielle Mittel notwendig, um Rechtsbeihilfe, Pakete, Zeitungen, Bücher, Briefmarken etc. zu finanzieren. Ferner stellt sich in der Entlassenen-Gruppe ständig das Problem der Arbeits- und Wohnungsbeschaffung für entlassene Gefangene, die meist ohne jegliche finanzielle Mittel dastehen.

Um diese Mittel aufzubringen, wollen wir auch diesmal wieder ein Herbstfest veranstalten, und wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen, indem Sie uns Bücher, Schallplatten, Graphiken, Broschüren, Manuskripte, Drehbücher, Plakate, Poster und andere Gegenstände, die sich für eine Versteigerung, eine Tombola und einen Flohmarkt eignen, zur Verfügung stellen.

Die Postanschrift für die Sachspenden lautet:

Peter Schult, Hauptpostlagernd, 8 München 2

Außerdem laden wir Sie herzlichst ein, dieses Fest zu besuchen! Falls Sie für einen Besuch unseres Festes keine Zeit haben und auch keine Sachspende zur Verfügung stellen können, sind wir natürlich auch für eine Geldspende dankbar und bitten, diese auf das **Postscheckkonto 28 40 57 - 809 (Helmut Strobl, Sonderkonto) beim Postscheckamt München** zu überweisen."

KEINE INFOSTÄNDE IN DER FUSSGÄNGERZONE

DARMSTADT
15. September

In der Darmstädter Fußgängerzone sollen nach einem Beschluß des Magistrats der Stadt keine Informationsstände mehr errichtet werden. Dagegen haben sich in einem offenen Brief die Zivildienstleistenden des Sozialen Friedensdienstes der evangelischen Gesamtgemeinde (Kiesstr. 18, 61 Darmstadt) gewandt:

"Sehr geehrte Damen und Herrn des Magistrats der Stadt Darmstadt!

Das Plenum der Zivildienstleistenden des Sozialen Friedensdienstes in der evangelischen Gesamtgemeinde Darmstadt wendet sich einstimmig gegen die Absicht des Magistrats der Stadt Darmstadt die im Grundgesetz verankerten Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken. Dies ist eine grobe Verletzung des Artikel 5, Abs. 1, des Grundgesetzes: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemeinen zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten." Wir wehren uns dagegen, daß die Beziehungen der Menschen in der Innenstadt nur auf Kauf und Verkauf von Waren beschränkt werden, was allein im Interesse der Geschäftswelt liegt.

Warum wurden die Fußgängerzonen eingerichtet? Doch darum, damit die Innenstadt wieder menschlicher wird, d.h., daß das Zusammentreffen der Menschen (sich hinsetzen können, sich in Ruhe unterhalten können, informieren und diskutieren können) nicht durch Autolärm und Auspuffgase behindert wird. Obwohl die Fußgängerzone von Steuern von uns allen finanziert wurde, sollen jetzt nur noch einseitig Geschäfte und Kaufhäuser davon profitieren.

Die Informationsstände sind für Bürgerinitiativen, Jugendgruppen usw. die einzige Möglichkeit, an die Öffentlichkeit zu treten; im Gegensatz zu den großen Parteien, die z.Bsp. mit Millionen Steuergeldern ihre aufwendigen Werbebroschüren und -plakate finanzieren können.
Der Magistrat will laut "Darmstädter Eche" vom 9.September 1977 " in der Fußgängerzone mehr Raum schaffen". Wir finden es fadenscheinig, die Informationstische aus der Innenstadt zu verbannen und andererseits einen riesigen Betonklotz wie Karstadt a u f K o s t e n d e r Grünanlagen bauen zu lassen.

Dieser Tendenzbeschluß des Magistrats ist wahrhaftig eine Tendenz: er reiht sich ein in die Kette von Berufsverboten, Abhöraffären (Fall Traube), den "Maulkorb"-Paragraphen 88a und 130a, der bevorstehenden Einschränkung des Demonstrationsrechts, usw. ...
Der vielzitierte "demokratische Rechtstaat" wird wieder um ein Stück abgebaut."

VERBRECHEN IN LANDESKRANKENHÄUSERN

KÖLN
September 77

Eine neue Bürgerinitiative hat sich in Köln gegründet: Die „Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern". Sie hat folgenden Aufruf verbreitet:

"Allein im Rheinland werden jährlich ca. 40.000 Menschen eingefangen und in sogenannten Landeskrankenhäusern eingesperrt. Ein kleiner Teil von ihnen ist geisteskrank. Diese Menschen werden aber nicht geheilt, sondern für ihr Kranksein bestraft, gequält und wie Tiere behandelt. Der größte Teil aber besteht aus geistig gesunden Menschen. Ihre „Schuld" ist, daß sie zum armen Volk gehören und sich gegen Not und Verzweiflung, gegen schlechte soziale Verhältnisse und brutale Umweltbedingungen aufgelehnt haben. Als „Aggressive" verschwinden sie hinter den Mauern der Irrenhäuser. Oder es sind alte Menschen, die ihrer Umwelt lästig geworden sind, und durch hinterlistig betriebene Zwangseinweisung in ein LKH abgeschoben werden.

Es ist nicht die Justiz, die diese Menschen verurteilt, es ist der Landschaftsverband Rheinland, die allmächtige Obrigkeit über Landeskrankenhäuser und Heime. In seinen Einrichtungen werden Menschen eingeschlossen und mißhandelt aufgrund ärztlicher Willkürgutachten, die von den Gerichten niemals in Frage gestellt werden. Der Einzelne ist diesem Apparat wehrlos und rechtlos ausgeliefert. Täglich geschehen Eingriffe in seine körperliche und geistige Unversehrtheit, die es sonst nur unter Terrorregimen gibt.
Doch „FOLTER 77" Kapitel Landschaftsverband schreibt kein „Stern" und auch sonst keine Zeitung.

Wer Informationen hat, wer mitarbeiten will und wer seine Beschwerde loswerden will,wende sich an:
Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern
Beschwerdezentrum
Liebigstr. 25, 5 Köln-30
Tel.: 55 61 89

(Aus: Kölner Volksblatt, Nr. 9/77)

FREE CLINIC – DIE RÄUMUNGSKLAGE IST DA

HEIDELBERG
September 77

Der Kampf um die Free Clinic in Heidelberg (siehe ID 179 und ID 188/89) geht weiter. OB Zundel präsentierte nach 4 Monaten und 14 Tagen seine „Frühgeburt":

„Die Stadtverwaltung Heidelberg hat geboren: am 20.9. gegen 9.13 Uhr wurde das Produkt vom Briefträger zugestellt: Die Räumungsklage gegen die Free Clinic ist jetzt da.

Geburtsgewicht: 300 Gramm (59 Seiten).

Ein gesundes Gewicht.

Unserer Meinung nach liegt das vor allem daran, daß die Bevölkerung viel zu wenig über Hoffmann und seine Gesellen informiert bzw. aufgeklärt wird. Diese Lücke zu schließen ist unser Ziel.

Inzwischen verfügen wir über eine Reihe von Informationen, sind jedoch sicher, daß uns noch eine ganze Menge fehlt. Deshalb wenden wir uns an Sie. Unsere Frage: Haben Sie irgendwelches Material über die „Wehrsportgruppe Hoffmann" ?

Am wichtigsten sind uns Auskünfte zur ökonomischen Grundlage der Bande, über die Verbindungen zu Organisationen und Personen und zu den „Einsätzen" der Hoffmann-Bande außerhalb des Raumes Nürnberg.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihr vorhandenes Material schnellstmöglich zuschicken würden. Für evtl. Kosten kommen wir natürlich auf."
Antifaschistische Aktionseinheit, c/o Lioba Dicke,
Postfach 150473, 8500 Nürnberg

JAGD AUFS „WILDE HUHN"

SALZGITTER
September 77

Die Kneipe „Wildes Huhn" in Salzgitter steht auf der Abschußliste. Die „Hühner" sind nach ihren Erfahrungen in der letzten Zeit noch „wilder" geworden und schreiben:

„In Springers 'Welt' (20.9., Seite 2) konnte es jeder erfahren: 'So werden die Ziele der RAF propagiert. Das 'Wilde Huhn' ist ein Stützpunkt im Kommunikationsnetz der terroristischen Sympathisantenszene.'

Damit scheint die Sache perfekt, nachdem der 'Spiegel', ein paar Wochen vorher dem ‚Wilden Huhn' illegale Kontakte zur inhaftierten RAF unterstellte, war nun klar, das ‚Wilde Huhn' ist eine Terroristenhöhle oder wie es der Chef der Politischen Polizei Salzgitter preisgab: 'Die Befehle für Salzgitter kommen direkt aus Stammheim.'

Was ist das ‚Wilde Huhn' ?

Das ‚Wilde Huhn' wurde am 2. Juni 76 vom Trägerverein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e. V. als kommunikative Kneipe auf der Basis der Selbstverwaltung gegründet. Was im „Wilden Huhn" geschieht, wird ausschließlich von den Besuchern bestimmt. Es dient mehreren Arbeitsgruppen als Treff- und Kontaktzentrum.
Im November 76 konstituierte sich ein Vereinsbeirat (4 Pastoren, 1 Lehrerin, 2 Hausfrauen, 1 Arbeiter, 1 Rechtsanwalt), der uns in der Öffentlichkeit vor Übergriffen und Denunziationen schützen sollte. In unregelmäßigen Abständen wurde ein Info (bisher 5) erstellt, daß als Diskussions- und Informationsforum dient.

Die Auseinandersetzungen um's ‚Wilde Huhn' spitzten sich hauptsächlich am Info zu. Die Pastoren und die Lehrerin traten nach ein paar Monaten aus dem Beirat aus.

Anlaß: Ein Artikel im ‚Wilden Huhn 3' über Counterinsurgency und ein satirischer Artikel über Necrophilie. Sagen sie! (die Beiräte, Anm. d. Red.)

Auf Druck der Öffentlichkeit und ihrer Herren! Sagen wir!

Dann ging's Schlag auf Schlag! Der Lions-Club Ortsgruppe Salzgitter (ein internationaler Unternehmerverband, Mitglieder u. a. Strauß, Sachs, Goppel) kopierte das 'Wilde Huhn 3' und verteilte es unter den Honoren der Stadt. Das Ziel war klar.Wir sollten auf allen Ebenen isoliert werden. Einige Leute kamen auch nicht mehr, da bekannt wurde, daß die Besucher von der Polizei fotografiert werden. Ferner suchte die Polizei von einigen Besuchern die Eltern auf usw. In der Salzgitter-Zeitung erklärten die ehemaligen Beiratsmitglieder ihre deutliche Distanzierung ('offene Sympathiekundgebungen im 'Huhn' für die RAF'). Salzgitters Oberbürgermeister wollte Strafanzeige erstatten. Die Bundesanwaltschaft beschlagnahmte ein Info und wollte ein Ermittlungsverfahren gegen uns einleiten, wegen Verbreitung von gewalttätigen Schriften und Billigung von Straftaten (Diebstahl, Schwarzfahren).

Wir gaben das nächst Info heraus und erklärten nochmals, daß wir im Info alles drucken werden, was wir für diskussionswürdig und informativ halten. Kurz nach Herausgabe von Info 4 erschien der besagte Spiegel-Artikel. Auch die Lokalpresse meldete sich immer öfter zu Wort ("Wildes Huhn und die Pfarrer"). Polizei mit Offenbacher Kennzeichen quartierte sich in einer Nachbarkneipe ein und bespitzelte massiv die Besucher.

Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein ganzer Berg Infos beschlagnahmt. Nach der Schleyer-Entführung wurden in mehreren Wohngemeinschaften Hausdurchsuchungen vorgenommen, vier Leute wurden erkennungsdienstlich mißhandelt. Jugendliche, die durch irgendeinen Grund in die Klauen der Polizei geraten, werden über eventuelle Kontakte und Besuche zum ‚Wilden Huhn' ausgequetscht. Ausländischen Besuchern wird von der Politischen Polizei und der Ausländerbehörde angeraten, sich von uns fernzuhalten, sonst verlieren sie ihre Aufenthaltserlaubnis.

Wir rechnen damit, daß weitere Schüsse von der Presse (und nicht nur von denen) zu erwarten sind, solange, bis sie die Möglichkeit haben, das ‚Wilde Huhn' dichtzumachen. Einordnen kann man das wohl in die allgemeine Sympathisantenhatz bei der Fahndung nach der Guerilla und jeglicher Unterdrückung von Gegenöffentlichkeit.

Wir arbeiten gegenwärtig eine Dokumentation über die Aktivitäten der Polizei und der Presse in Salzgitter aus."
Das „Wilde Huhn 5" ist bereits erschienen. Zu beziehen bei Einsendung von Briefmarken (1,50 DM) bei:
Wildes Huhn c/o Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e. V., An der Schölke 5, Postfach 100 764, 332 Salzgitter 1

DEMO GEGEN POLIZEITERROR

Bietigheim,
September 77

Am 3. Mai 1977 kam es in Bietigheim-Bissingen zu einem umstrittenen Einsatz der Polizei gegen ca. 30 Jugendliche, die sich beim Polizeirevier nach dem Befinden eines Bekannten erkundigen wollten, der kurz zuvor bei einer Fahrzeugkontrolle von Beamten zusammengeschlagen und festgenommen wurde.
Die Beamten auf dem Polizeirevier waren nicht bereit, die Beschwerden der Jugendlichen anzuhören, sondern drohten mit dem Einsatz von 17 Streifenwagen. Obwohl sich die Jugendlichen nicht aggressiv verhalten hatten, machten die Beamten ihre Drohung wahr: 17 Streifenwagen riegelten das Gelände ab, die Jugendlichen wurden vor, und später in der Wache erbarmungslos zusammengeschlagen, ohne Widerstand zu leisten. Zeitungsbericht vom 10.5.77: "Jugendliche beschuldigen Polizisten: Wir wurden brutal mißhandelt".

Gegen mehrere Jugendliche wurde Anzeige erstattet wegen Widerstand, versuchter Gefangenenbefreiung sowie Hausfriedensbruch. Die Jugendlichen erstatteten Anzeige wegen Körperverletzung.

Wir waren uns schnell einig, daß wir dieses brutale Vorgehen der Polizei nicht widerstandslos hinnehmen woll
der Polizei nicht widerstandslos hinnehmen können, und verfaßten mehrere Flugblätter, in denen wir die Bevölkerung von Bietigheim—Bissingen über die Vorgänge informierten.

gibt es allein 12 der insgesamt 20 JZ-RZ in der BRD, die insgesamt etwa 1.200 JZ und Initiativgruppen fast ausschließlich in der „Provinz" repräsentieren.

Die Tendenz, daß sich JZ in Regionalzusammenschlüssen zusammentun, ist seit ca. zwei Jahren zu beobachten. Sie sind zum einen auf den zunehmenden Druck von „außen" zurückzuführen, wie ihn die JZ durch Mittelsperrungen, Schließungen, Polizeieinsätze etc. erleben, und eine Reaktion auf die Gebietsreformen, die zentralisierte Verwaltungen geschaffen haben, die nun für die Jugendarbeit, d.h. was Staat und Parteien darunter verstehen, zuständig sind. Auf der anderen Seite sind sie ein Ansatz zur bewußten Überwindung der inneren Krise der JZ-Bewegung: mit der Zeit sind die politisch arbeitenden Kerngruppen der JZ-Bewegung in der Provinz zunehmend in die Isolation geraten. Der regionale Zusammenschluß kann den Aktiven helfen, die festgefahrenen Diskussionen um politische Arbeit in der Provinz aufbrechen und neue Handlungsperspektiven finden zu können.

Die RZ sind durch ihre Praxis (Provinztreffen, Seminare, Koordination der in der Region vorhandenen Produktionsmittel der JZ, Regional-Info...) wichtig für den Aufbau eines Koordinations- und Kooperationsnetzes, das es den in den Jugendbewegungen politisierten Gruppen und Leuten ermöglicht, in der Provinz nicht nur überhaupt zu überleben, sondern mit dem politischen Anspruch der Selbstverwaltung alternative Lebens- und Arbeitszusammenhänge aufzubauen.

Einigkeit herrschte darüber, das Bundestreffen zu keinem Zentralverband auszubauen, sondern vielmehr die regionalen Zusammenschlüsse als die Basis der JZ-Bewegung anzusehen und zu stärken. An diesem Punkt kam es zu einer längeren Auseinandersetzung mit der Vertreterin des „Koordinationsbüros für Initiativgruppen aus der RZ-Bewegung e.V.",Hagen, dem vorgeworfen wurde, Stellvertreterpolitik im Namen „der" JZ-Bewegung zu betreiben. Nachdem klargestellt war, daß das Koob Hagen von diesem Anspruch runtergeht und seine gesammelten Adressen rausrückt, damit Gruppen, die noch nicht über die RZ erreicht werden, in den Verteiler der bundesweit vierteljährlich erscheinenden Wandzeitung einbezogen werden können, wurde beschlossen, das Koob Hagen weiterhin in den Erfahrungsaustausch der RZ einzubeziehen. Als ein weiterer Schwerpunkt wurde die Möglichkeit der Gründung und Förderung weiterer RZ diskutiert. Da wir das selbst kaum leisten können, woanders Entwicklungsarbeit zu machen, verbreiten wir auf diesem Weg die Adressen der bestehenden RZ. Leute aus der Provinz, die ihr in JZ oder sonstigen Initiativgruppen und Projekten arbeitet, nehmt mit der nächstliegenden Adresse (d.h. natürlich mit den Leuten, die dahinterstecken) Kontakt auf und macht eventuell Termine aus.

Zu einem weiteren bundesweiten Treffen, die in Zukunft ca. halbjährlich stattfinden sollen, wollen wir uns vom 10. bis 12. 2.78 im UJZ Kornstraße in Hannover treffen. Dort soll jeder RZ seine Aktivitäten in Form von Wandzeitungen, Filmen, Dia-Schauen etc. dokumentieren und Projekte aus den Basisgruppen vorstellen."

ADRESSENLISTE (von Norden nach Süden):

Koord.büro der JZ-Initiativen Schleswig Holstein, c/o Eckhard Marwitz, Stormannstr. 14, 2070 Ahrensburg

Jugendzentrumskoord. Bremen, BDP Bremen, Heinrichstr. 28, 28 Bremen

JZ-Provinz Lüneburger Heide, Tiedecke Heilmann, Haus Nr. 25, 3141 Barnstedt

Redaktionskollektiv für JZ in Köln, Ben Bausch, Königstr. 43, 5040 Brühl

Kontakte NRW auch über W. Hippe, Stammstr. 92, 5 Köln 30

Verband saarl. JZ in Selbstverwaltung, Feldmannstr. 92, 6600 Saarbrücken

Rheinland-Pfalz: E. Porz, Junkermühle, 6534 Stromberg

Kontakte Hessen: W. Hätscher, BDP Hessen, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt

JZ-Koord. Landkreis Marburg, Berthold Happel, Am Mühlenstück 8, 3557 Ebsdorfergrund-Dreihausen

Arbeitskreis JZ Lahn-Dill, Ostanlage 41, 63 Lahn-Gießen

Arbeitskreis JZ Kreis Offenbach, Frank Unrein, Friedensstr. - Teestube, 6054 Rodgau 3

JZ-Dachverband Heidelberg, Jo-Hannes Bauer, Seminarstr. 2, 69 Heidelberg 1

JZ-Ak Unterfranken, c/o Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 6980 Wertheim

Franken-Hohenlohekreis, Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim 1

Koord.büro der oberfränkischen JZ, c/o Carola Gold, Hussengutstr. 55, 8580 Bayreuth

Dachverb. JZ Rems-Murr-Kreis, Reinhard Witschel, August-Lämmle Str. 56, 7064 Geradstetten

Dachverb. der JZ Karlsruhe Land, Joachim Griesbaum, Postfach 1523, 7520 Bruchsal

AG der JZ des Zollernalbkreises, Manfred Bühlmeier, JZ Albstadt, Grüngrabenstr., 7470 Albstadt 1

DFG-VK Referat Jugendarbeit, Erwin Eisenhardt, Goethestr. 16, 7253 Renningen

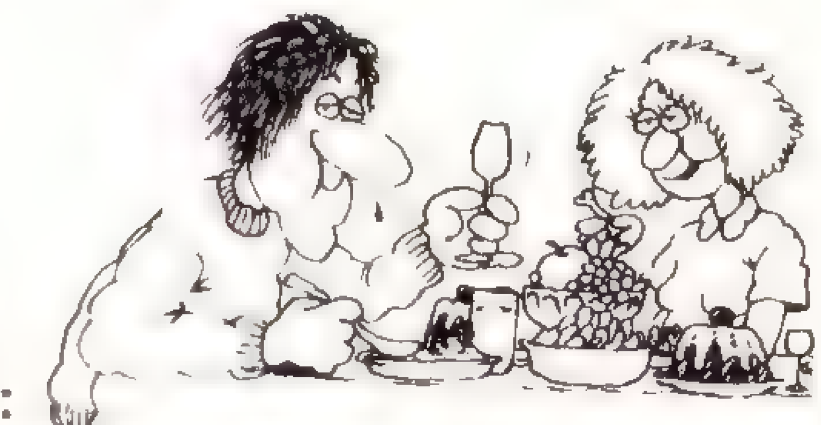
Dachverband Ostwürttemberg, Kurt Drxler, Bühlstr. 4, 7920 Heidenheim 1

JZ-Verein Mittleres Kinzigtal, Postfach 1273, 7620 Wolfach

Region Bodensee/Allgäu/Oberschwaben, Jugendhaus Kreßbronn, c/o Dieter Koschek, Hemigkofenerstr. 8, 7993 Kreßbronn

JZ Koord. Südbaden, JZ Müllheim, Hauptstr. 78, 7840 Müllheim

Kreisverband JZ Emmendingen, Westend 12, 7830 Emmendingen



500 JAHRE UNI TÜBINGEN:

DIE STUDENTEN FEIERN AUCH

TÜBINGEN 28. September *Aufruf zum Gegenjubiläum des Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Tübingen, deren 500jähriges Bestehen gefeiert wird:*

Vom 7. bis 15. Oktober 1977 findet die Festwoche zum Jubiläum der Eberhard-Karls-Universität Tübingen statt. Diese Festwoche wird von Veranstaltungen eingerahmt, die eine Universität darstellen sollen, die dem Glanz der Freiheit von Lehre und Forschung cer
der Freiheit von Lehre und Forschung verpflichtet ist, aber nicht Aufschluß darüber geben, wie die Situation der Studenten derzeit aussieht. Die AStA-Abschaffung in Baden-Württem- →

berg und die zunehmende politische Unterdrückung der Studentenschaften sind Grund genug für die Tübinger Studenten, dagegen massenhaft zu protestieren.

Am 8. Oktober, an dem der offizielle Festakt unter Beisein von Bundespräsident Scheel und Ministerpräsident Filbinger stattfinden soll, wird die Tübinger Studentenschaft mit bundesweiter Unterstützung fortschrittlicher Studentenorganisationen, des VDS, ASten und weiteren Bündnispartnern ihren Protest in einer Demonstration zum Ausdruck bringen. Begleitend zu dieser Massendemonstration sind Veranstaltungen vorgesehen, die die Probleme und Bedürfnisse der Studentschaft
dürfnisse der Studentenschaft und anderer Bevölkerungsschichten aufzeigen, die dem verlogenen Volksfest der Herrschenden die Kultur der Protestbewegung entgegenstellen wollen.

Am Freitag (7.10.) wird um 20 Uhr in der neuen Mensa die Rockoper „Pariser Commune" von „Oktober" (Hamburg) gespielt, dazu ein Demonstrationsbasar mit Unterbringungsmöglichkeiten für Auswärtige. Samstag (8.10.) Teilnahme am offiziellen Festakt in der Stiftskirche (9 Uhr), 11 Uhr Großdemonstration und im Anschluß Kundgebung. 14 Uhr Teilnahme am Bevölkerungsfest mit Agitations- und Diskussionsgruppen, 21 Uhr Kulturveranstaltung mit Chilenen. Sonntag (9.10.) wird dem offiziellen Jubiläumsball ein „Ersatzgeldball" der Tübinger Studentenschaft entgegengestellt. Am Montag drauf ist um 20 Uhr die erste „Ernst-Bloch-Gedächtnis-Veranstaltung" vorgesehen; weitere sollen - von der Studentenschaft selbst organisiert - während des Semesters folgen. Am Dienstag (11.10.) sind „workshops" zu aktuellen politischen Themen; Berichte, Videofilme und anderes zu: 1;

und Anderes zu: 1. Ernst-Bloch-Veranstaltungsreihe, 2. Terrorismus an den Hochschulen, 3. Antikernkraftbewegung, 4. Schüler- und Studentenstreiks, 5. Berufsverbote.

Der Asta der Universität Tübingen lädt ein, an dem Gegenjubiläum teilzunehmen. Setzt euch mit ihm in Verbindung. Tel.: 07071 - 293361.

BUNDESWEIT GEGEN DEN NUMERUS CLAUSUS

MÜNCHEN
18. September

In München gibt's eine Numerus clausus Initiative (e.V.), die ihr Büro in der Anglerstraße 17, München 2 hat und telefonisch unter der Nummer 75 77 15 zu erreichen ist. In einer Pressemitteilung schreibt die Initiative:

"Die Numerus Clausus Initiative e.V. aus München ruft alle Schüler-, Studenten- und Bürgerinitiativen gegen den NUMERUS CLAUSUS zum gemeinsamen Kampf auf! Wenn Ihr Euch für humane Schule, für freien Hochschulzugang, für streßfreies Lernen engagiert und gegen Zulassungsbeschränkungen, normierte Lehrpläne und Konkurrenzkampf an der Schule eintretet, fordern wir Euch auf, mit uns umgehend in Verbindung zu treten!

Bei der Numerus Clausus Initiative e.V. handelt es sich um eine zwei Jahre alte Schüler- und Studenteninitiative im Raum München, die mit politischer Aufklärungsarbeit für die Bevölkerung, gemeinsamen Aktionen der NC-Gegner und pragmatischer Hilfe für die Betroffenen versucht, mehrdimensional gegen den Numerus Clausus und seine Auswirkungen vorzugehen. Wir sind jedoch der Meinung, daß gerade bei unserem Bildungszentralismus, wo Kultusminister landesweit und KuMi-Konferenzen bundesweit verbindliche Entscheidungen fällen, örtlich begrenzte Gegenaktionen kaum wirksam werden können. Daher streben wir an, einen "Bundesverband der NC-Gegner" zu gründen. Zielsetzung, Strategie und Organisationsstruktur müßten wir noch besprechen, Vorschläge liegen bereits vor.

Wir könnten uns diese Gründung eines Bundesverbandes im Rahmen unserer "Herbstaktion gegen den NC" vorstellen, die Mitte November, ein Jahr nach der Bundestagswahl, zu der man uns von allen Seiten die Öffnung der Hochschulen versprach, stattfindet. Dabei wäre es wichtig, daß die Aktionen nicht auf München beschränkt bleiben, sondern andere Gruppen zur gleichen Zeit ebenfalls aktiv würden. Ab 10.9. führen wir bereits eine Unterschriftsaktion gegen den NC durch; unterstützt uns und fordert Listen an!

Also, Arbeitsgruppen, Initiativen, Vereine und Einzelkämpfer, gebt uns ein Lebenszeichen, schreibt möglichst bald an die

Numerus Clausus Initiative e.V.
Anglerstr. 17
8 München 2

Gemeinsam können wir unsere Ziele durchsetzen, vereinzelt bleiben wir unbeachtet. Alle Leute, die in ihren Städten eigene Anti-NC-Gruppen aufbauen wollen, haben unsere volle Unterstützung, alle, die sich bei uns engagieren wollen, sind herzlich willkommen (auch Mitglieder außerhalb Münchens)! Übrigens: Jetzt gibt es die 2. Ausgabe unserer Zeitschrift "Numerus Clausus" mit 20 Seiten über Zulassungssystem, Schleichwege wie Klagen, Auslandsstudium, Quereinstieg, Studienplatztausch, Herbstaktion gegen NC. Bestellungen bitte mit DM 2,- in Briefmarken.
Telef. Sprechstdn: jeden Freitag 17.30 - 18.30 h,
Tel. 50 22 95 5 (089)"



GEGEN–BUCHMESSE

FRANKFURT
September 1977

Die Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage (AGA V-Verlag) lädt alle lieben Leute, Kollegen, Leser & Freunde der Alternativpresse zur 1. Alternativen Gegen-Buchmesse nach Frankfurt ein (vom 10. bis 16. Oktober im Volksbildungsheim, neben dem Theater am Turm (TAT), Eschersheimer Landstraße). Die AGA Vler stellen ihr Programm vor und schreiben dazu:

„Wir laden Euch hiermit alle ein zur 1. Alternativen Gegenbuchmesse 1977! Neben einer ständigen Verkaufsmesse im Kleinen Saal des TAT/Volksbildungsheims laufen ständig Lesungen/Musik & Aktionen bekannter und unbekannter Musiker (Folk/Rock/Jazz/Polit-Action-Rock) und Autoren aller Stilrichtungen!

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

Dazu Straßenaktionen an den Mittagen und Nachmittagen, Parallelveranstaltungen in Jugendzentren/Kellertheatern und beim Buchschlager 2. Art Point... dazwischen mittags bis abends Einzelaktionen von 'Gastarbeitern' (von der Vorführung des Druck- und Bindevorgangs der Bücher bis hin zum Ausdruckstanz und der Verleihung des 1. Alternativen Friedenspreises (für ein Buch, das offensichtlich dem Frieden dient) und des Alternativen Antons (diesen Cup kann derjenige Autor sein eigen nennen, der den bis dato blödsinnigsten Bericht über die AGAV verfaßt hat). Die Verleihung findet am Eröffnungsabend (10. Oktober, 19 Uhr) statt.

Angeboten werden in unserer Halle außerdem - billig! - zum Messe-Sonderpreis: Umweltschutzpapier und Zubehör, preisgünstige Schreibblocks, und natürlich Poster, Platten, Drucke, Bücher, Zeitschriften, Postkarten, Plakate usw. von über 50 Verlagen der 'scene'.

Übrigens: Am Donnerstag, 13. Oktober, ab 19 Uhr im Großen Saal (nebenan), werfen wir unsere heiße Literatur & Musik-Maschine an! Die Gruppen CHECKPOINT CHARLY (polit-action-rock) und MOIRA (rock-jazz) und der Folk-Musiker Hugh Blyth bringen uns die Flötentöne bei. Dazu Satiriker, Ironiker mit Hinterhältigem und —listigem, Bös- und Ernsthaftem, u.a. von Hausin, Zimmermann, Ney, Tesaro, und unserem Kohlenpott-Original Alfred ('muhamiersch ali') Miersch (stöhn!).

Auch sonst ist ne Menge los: Am Eröffnungsabend lesen z.B. Anette Dröge/Verlag Frauenpolitik und Volker Elis Pilgrim/Trikont-Verlag ('Das Manifest für den befreiten Mann') zum aktuellen Stand der Diskussion über die Frauen- und Männergruppen und -probleme. Diskussion anschließend erwünscht! Motto: Konfrontation - oder Kommunikation?

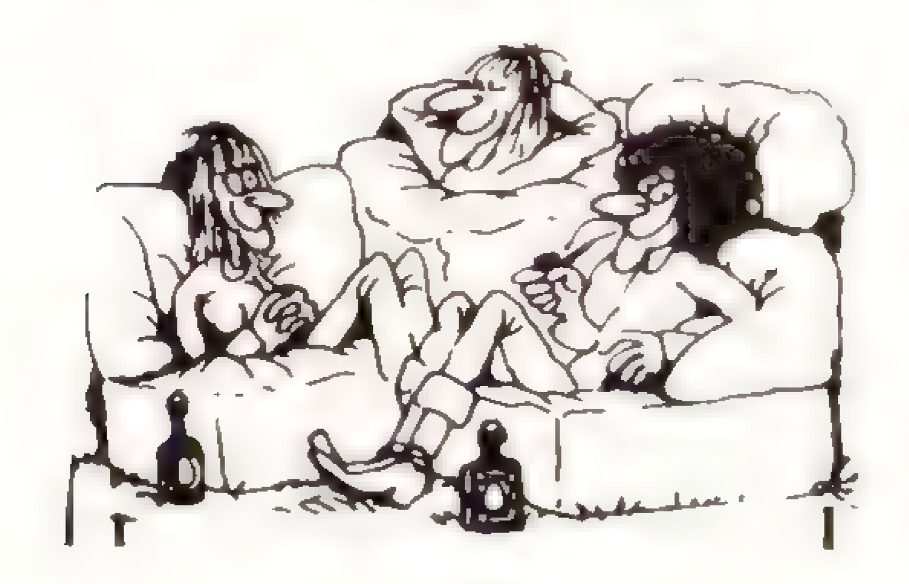
Am Freitag, 14. Oktober, ab 17 Uhr, ist zudem das 1. Große AZ-Lyriker-Treffen in unseren heiligen Hallen, organisiert von der Redaktion 'Die andere Zeitung'. Samstagabend nochmal eine große Veranstaltung - zusammen mit der 'Gesellschaft zur Förderung des New-Orleans-Jazz' - im Großen Saal, u.a. mit den Autoren Kelter, Salomon, Peter Engel, H.G. Gensch, Ulrich Waller und Ortlieb.

Von Dienstag bis Sonntag lesen dazu weitere ca. 20 Autoren, u.a. Bittner, Bronokowski, Bicknaese, Tammen, Meier-Lenz, Kotarski, Perfahl, Gnam, Schneider, Bernhard Hoffmann, J. Monika Walther, Bulla, Pemsel, Stelling, Stühr, Bernarding, Guben, Jan Schulz, Peter Lober, Jürgen Lodemann, Kress, Uwe Peinemann... Musik gibts die Woche durch u.a. von Klaus Rohmig, Thommy Bayer, Peter Traiser und der Gruppe Oleron.

Die Messehalle im TAT ist täglich ab ca. 10 Uhr morgens geöffnet - bei freiem Eintritt - bis ca. 23 Uhr abends. Eingeladen ist - natürlich! - jede und jeder, die sich aktiv mit eigenen Beiträgen beteiligen können und wollen!

Eine interessante Ergänzung des AGAV-Bücher- und Zeitschriftenprogramms: ca. 20 Stadt(teil)zeitungen zeigen ihre neuesten Ausgaben! Und: Wer sich weitergehend informieren will: Es gibt einen 300-seiten starken (sehr starken) Messekatalog, der während der Messe für fünf Mark zu haben ist (hinterher soll er sieben Mark kosten), außerdem ein 1. AGAV-Reader mit Beiträgen von fast 50 AGAV-Autor(innen).

Kontaktadresse: AGAV-Verlag-Zentrale: Norbert Ney, Postfach 4606, 75 Karlsruhe 1, Tel.: 0721/44247



INTERNATIONALES

WEIL WIRBEL SICH GEGEN DIE STRÖMUNG DREHEN

"Manche glauben, die Beine der Bewegung wären abgehackt. Aber die Bewegung läuft weiter: auf vier Pfoten".

(Aus einem Brief an die "Lotta Continua", 15. September 1977)

BOLOGNA September — Zum 'Kongress gegen die Repression' in Bologna vom 23. — 25. September wurden 20 000 Menschen erwartet, am Ende waren es 40 bis 50 000. Das "Movimento", die (römische) Studentenbewegung, hatte dazu aufgerufen. Teilnehmen wollten fast alle Gruppierungen der neuen linken Italiens, dazu auch Franzosen und Bundesdeutsche.

Exkurs: In Italien regieren die Christdemokraten, die Democrazia Christiana (DC).

Die während dreißig Jahren fast zur stärksten Partei erwachsene kommunistische Partei (PCI), deren Mitglieder und Anhänger für die Veränderung und Überwindung des Multi—Kapitalismus Italiens und Systemveränderung gekämpft haben, sind verunsichert: Seit einem Jahr ermöglicht die PCI der DC das Weiterregieren. Das sei, so die PCI—Politiker, der "historische Kompromiß", der eingegangen werden müsse, um an die Macht zu gelangen (und irgendwann später würde wohl auch die DC überwunden). Der PCI gelingt es, zumindest bisher, große Teile ihrer wenn auch verunsicherten Anhänger mit dieser Politik bei der Stange zu halten.

Bologna ist eine Hochburg der PCI. Kommunistisch regiert, kann sie auf Durchsetzung sozialer Leistungen hinweisen (z.B. städteplanerische). Sie ist Zentrum der kommunistisch regierten Region Emilia. Daß das "Movimento" seinen Kongreß in Bologna einberuft, gilt PCI—Chef Berlinguer und anderen kommunistischen Politikern als Provokation.

Nicht zu unrecht: Romano Canossa von der linken Zeitschrift "Quaderni Piacentini" redet von Gulag—Italia. Zum erstenmal träfen in Italien alle jene Bedingungen zusammen, die die BRD und die USA als "Gesicherte Demokratien" erscheinen lassen: Die Arbeiterklasse ist "ohne Konfliktbewußtsein". ein Großteil sozialer Unruhen geht von den neuen Gesellschaftsschichten aus (Studenten, Arbeitslose, Unterbezahlte). Die Linke (vor allem die PCI) ist institutionalisiert, hat das Konzept der Marktwirtschaft aufgesogen. Eine Situation, in der die Tendenz zur Errichtung "Öffentlicher Ordnung" einer neu entstandenen Handvoll Stadtguerilla als geeigneter Moment erscheint, den bewaffneten Kampf aufzunehmen.

Nach Auffassung des "Movimento" spielt die PCI bei der Anpassung von Maulkörben die erste Geige. Die "Autonomia". die sich für die Organisation der Linken links von der PCI einsetzt, hat keine Zweifel: Die PCI ist für sie kein Partner an der Macht, sondern Teil der kapitalistischen Machtausübung und der Gegenoffensive der Arbeitgeber. Und daher ein "Klassenfeind", der ohne Zögern zu bekämpfen sei.

Das hat unter anderem die Propaganda ausgelöst, das "Movimento", die "Alternativa", der Kongreß gegen Repression seien "faschistisch", was von Links— und Rechtspresse auch in der BRD gerne aufgegriffen wurde. Häufig wurde gefragt: Ist die PCI der Hauptfeind des "Movimento"?

Der Bologneser Francesco Berardi (Bifo genannt), der in Paris lebt, seit den Kämpfen des 20. März in Bologna, seit dem Tod Francesco Lorussos, der Inhaftierung zahlreicher bologneser Linker und der Schließung von Radio Alice auf Betreiben der bologneser PCI—Spitze, sagt: "Es ist nicht das Problem der einen oder anderen Partei. In den letzten Jahren herrscht die

begründete Meinung, daß der Staat der multinationalen Konzerne folgende Aufgabe gefunden hat und ausführt: mal gebärdet er sich reformistisch, mal setzt er repressive Mittel durch.
Die PCI ist ein organischer Teil dieser Aufgabe, dieses Vorhabens. Der Hauptfeind ist aber dieses Vorhaben".

Die großen Themen des Kongresses:
- Repression und Aufbau des autoritären Staates
- Veränderung der Arbeitsbedingungen, für allgemeine Arbeitszeitverkürzung ("weniger Arbeit, aber für alle"), Mobilisierung der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz
- Kampf gegen Atomkraftwerke, Forschung bezüglich alternativer "sauberer" Energieformen, Einberufung einer internationalen Konferenz zur Energiefrage
- Presse, Öffentlichkeit und Kommunikation (u.a. gegen Verwendung der stereotypen Sprache der Macht, für eine "befreite Sprache" – Einrichtung einer internationalen Presseagentur, eines internationalen Radiosenders.

Bürgermeister Zangheri und sein bolognesischer Apparat erwarteten die Kongressteilnehmer in Gesellschaft von 6000 Polizisten und Carabinieri, 50 Panzerwagen und der Propaganda, die Demokratie sei in höchstem Maße gefährdet. Sie riefen die Bevölkerung zur höchsten Zurückhaltung auf. Andere PCI–Stimmen meinten: "Wir wollen während der drei Tage keine Kämpfe mit dem Movimento ausfechten, wir wollen nur die politische Konfrontation".

Die Angstmache von anstehenden bewaffneten Kämpfen und Plünderungen füllten die ersten Seiten der Tageszeitungen. Anonyme Anrufer, die Überfälle und Plünderungen vortäuschten, riefen Polizei und Feuerwehr zu nutzlosen Einsätzen.

Andererseits riefen Bar– und Restaurantbesitzer im Sekretariat des "Movimento" an: sie wollten während der Tage die Preise senken. Die Arbeiter von "Sasib", der größten Industrie Bolognas, die im März hart gegen die Studenten gekämpft hatten, sprachen sich für die Teilnahme am Kongreß aus.

Die römischen 'Autonomi' der "Via dei Volsci", die härtesten und offensten Verfechter von militanten Kampfformen in Fabriken, Stadtteilen und Universität, auch bewaffnet, ließen wissen: "Weder die Autonomia operaia noch das Movimento haben Interesse an der Entstehung eines harten, heissen Klimas in Bologna".

Am 23. September, dem ersten Tag des Kongresses, kam dann eine Zahl von 20 000 Genossen zusammen. Ein breites Spektrum: das Movimento (darunter als wohl stärkste Fraktion "Lotta Continua"), die Autonomi (die "Harten" organisierten), französische Intellektuelle, das Subproletariat aus der Peripherie der Metropolen, die Gruppen der "alten Politik" wie Avanguardia Operaia und marxisti–leninisti, Anti–Nukleare, "Soldaten für die Demokratie", Gruppen proletarischer Jugend/ Jugendzentren Kommitees der Hausbesetzer., 130 linke Eisenbahner, Mao–Dadaisten, 25 Richter der "Magistratura democratica", Rote Hilfe, Familienmitglieder–Organisationen der gefangenen Stadtguerilla (Napisten und Brigatisten), freie Radios der revolutionären Linken, Publizisten der Opposition, Film– und Videogruppen der Gegeninformation, Theater–Basisgruppen, Arbeiter von Pirelli, Alfa Romeo, vielen Bologneser und auswärtigen Unternehmen, nicht zuletzt tausende von Feministinnen, die allerdings nicht "offiziell" zur Teilnahme aufgerufen hatten.

Die "Politischen", die "Kreativen", die "Kulturellen", die Gruppen namens "circolo Zangheri fans" oder "club Zangheri for pepsodent": sie sind verschiedenster Herkunft, haben unterschiedliche Erfahrungen, verschiedene Standpunkte, keine einheitliche soziale Konstitution. Gemeinsam ist die Suche nach Identität.

Grob lassen sich zwei große Gruppen unterscheiden: die Autonomi (großes A) und die (klein a)utonomi:

"A"utonomia (operaia): seit 1972/73 (in Rom: Abspaltung von Manifesto – "Via dei Volsci"/ Mailand: aus den Resten von Potere operaio, Gruppen um die Zeitschriften "Rosso" und "senza tregua", die MLS/Mailand: Movimento dei lavoratori per il Socialismo, und die "vereinigte ML, hervorgegangen aus einer früheren ML–Spaltung). Es ist der harte Flügel des "Movimento": darunter militante Arbeiter; Organisation und Konfrontation in Auseinandersetzungen, wenn nötig, bewaffnet.

"a" – autonomi – "die von der proletarischen Revolution enttäuschten" – Jugendliche der Vorstädte, in Opposition zu "Leadern", kein Delegiertenprinzip, keine Organisation im Sinne von Partei. Waffen der Ironie & Kreativität. Libertäre, Radikale, ein Spektrum von Homosexuellen über Stadtindianer bis zu dem Ökologen.

Eine Bestimmte Theorie der Bewegung ist nicht vorhanden und wird auch nicht als erforderlich erachtet – aber verschiedene politische, kulturelle Muster und Bezüge überschneiden und ergänzen sich.

Diskutiert werden Widersprüche manueller und intellektueller Arbeit (gelesen und bekannt sind Alfred Sohn–Rethel: "Hand- und Kopfarbeit" o.s.ä., Negts "Sfera pubblica borghese e sfera pubblica proletaria", Frühschriften von Karl Marx: Agnes Heller "Theorie der Bedürfnisse (Marx)"; Semiologie, Informatik, Psychoanalyse (Jaques Lacan, Francois Deleuze, Felix Guattari). Heller: "Nicht in einem heruntergekommenen Haus wohnen müssen, keine verschmutzte vergiftete Luft einatmen müssen, keine Scheißarbeit verrichten, keine vergiftete Nahrung essen müssen". Harte Kampf um die Qualität des Lebens, " der Körper, die Sexualität, das Verlangen auszuschlafen, Befreiung von Arbeit."

Circolo Proletario giovanile di Milano: "Die Privilegien, die sich die Bourgeoisie vorbehält, sind unsere, wir bezahlen dafür. Weshalb wir sie erobern möchten. Die Mittel dazu spielen keine Rolle, dies kann keine prinzipielle Frage sein".

KALEIDOSKOPISCHER NACHTRAG:
Das Movimento ist gegen Institutionen, gegen den historischen Kompromiß, gegen heutige Arbeitsbedingungen, gegen fragwürdige Werte.
Auf der Suche nach einem neuen Modell der Kommunikation ("attraverso": "Quer durch, quer zum System") entstehen Wandgemälde und Wandzeichnungen, das Radio der Bewegung, die neue Sprache, verschiedene Zeitschriften. "Es wird ein Reispudding sein, der begraben werden wird" (Jugendlicher, Mailand).
In einem Artikel der "Lotta Continua:: über "germanizziazione": "Die (linke) Opposition in der Bundesrepublik opponiert nicht mehr, sie verschleißt sich".
Der Saal an der Piazza Maggiore faßt am Freitag und Samstag 5000 Leute. Dort läuft die Diskussion der Arbeiter mit den Studenten. 4000 müssen draußen bleiben.

Nochmals Bifo zu den "bisogni", den Bedürfnissen: "(Wir haben) das Bedürfnis, uns entgegen der Strömung zu bewegen: weil Wirbel sich entgegen der Strömung drehen".

DIE VERANSTALTUNG ÜBER "GERMANISAZIONE'

Das erste, was mir einfällt, sind die Berichte in deutschen und auch in italienischen Zeitungen über diese Veranstaltung im Kino Capitol. Sowohl die Frankfurter Allgemeine Zeitung als auch die "Republica" schrieben, daß näm

lich zwei Anwälte der Stuttgarter Gefangenen der RAF, Karl Heinz Roth und Arnd Müller gesprochen hätte.
Republika:"Unter den vielen Deutschen,die in Bologna eingetroffen sind um dem Kongress gegen die Repression beizuwohnen,sind auch zwei Rechtsanwälte,die die RAF betreuen.(..) Karl Heinz Roth und Hans Müller,die beiden Anwälte besuchten eine Veranstaltung über die Repression in der Bundesrepublik."
Doppelter Unsinn.Nicht nur,daß K.H.Roth kein Anwalt der RAF ist.Die beiden politischen Positionen waren so unterschiedlich,daß sich der Verdacht ergiebt,der Artikelschreiber war erst garnicht anwesend.
Allerdings,für eines scheint mir diese Falschmeldung symptomatisch,jedenfalls,was die italienische Seite angeht. Das ist ihre Ahnungslosigkeit über die Realität der Bundesrepublik.(Natürlich,keine Frage des Vorwurfs,wir wissen nicht viel mehr über die italienischen Verhältnisse.)
Wir,die wir als kleine Gruppe ein Interesse hatten,an diesem Defizit an Informationen zu arbeiten,haben aber doch das Ausmaß der Nichtinformiertheit unterschätzt.
Dazu kommt, daß die Redner(innen), die die Position des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik vertreten haben, ein fundamentales Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ahnungslosigkeit haben. Die Logik: Je stärker bei den Linken in Italien, insbesondere bei den Militanten, das einfache - und falsche Bild - vom braunen Deutschland gestützt und bestätigt wird, so plausibler erscheint ihnen die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs jetzt. Die Beiträge von Arndt Müller, Verteidiger von Gudrun Ensslin, scheinen mir dafür Beleg genug. Seine Bemerkung, natürlich können jeder an seinem Platz Widerstand leisten, war reines Zugeständnis an die Form einer solchen Veranstaltung. Auf den Beitrag von K.H. Roth, der vor ihm gesprochen hatte, ging er nicht ein.
Auch die Frankfurter Rundschau bastelte sich ein passendes Bild. So wurde die Vorbemerkung von K.H. Roth an die Zuhörer nämlich, daß er die letzten Jahre im Gefängnis habe verbingen müssen, also nicht selbst an den Kämpfen, von denen er sprechen wolle, direkten Anteil habe nehmen können, und somit aus der Sicht eines Gefangenen berichten würde, zu dem Eingeständnis der "Ahnungslosigkeit" verdreht. Zitat FR:"Karl Heinz Roth etwa ("Ich bin wohl über die letzten politischen Entwicklungen nicht im Bilde") berichtete über seine Gefängniserfahrungen..."

Zu den anderen Beiträgen. Ohne jetzt im Einzelnen auf die Inhalte einzugehen, es drehte sich fast ausschließlich um die finsteren Gemälde des Deutschland des "neuen Faschismus" und um den Versuch wenigstens soviel zu informieren, das die italienischen Genossen an ihrem eigenen Deutschlandbild zweifeln und sich künftig besser informieren. Der Begriff der "Germanisierung" im Sinne von realem Faschismus, von Export der Repression, drückt mehr die (berechtigten) Ressentiments gegenüber der BRD aus, als er als analytischer Begriff im Moment noch konkrete Inhalte vermitteln würde.

Dazu noch einen Eindruck: Mir kam es vor, als seien wir für viele Italiener die Chilenen des Europa, was soweit geht, daß Fröhlichkeit nach kurzer Zeit auffällt.
Wie kann man als Deutscher noch so lustig sein?

FRAUENDEMONSTRATION AM 23./24. 9.

Wir kommen von einer Diskussion aus der Uni. Es ist kurz nach Null Uhr. Die Straße ist voller Menschen, für den Kongreß ein gewohntes Bild, auch um diese Uhrzeit.
Aber die Stimmung ist anders, es liegt was in der Luft, mehr Gedränge, Rufe. Ein deutscher Genosse berichtet uns von einer Schießerei in Turin - ein toter Genosse - die Organisationen seien bereits bei der Diskussion über eine direkte Reaktion. Das Gedränge wird stärker, links von uns sammeln sich Feministinnen, rufen Parolen, die wir wegen unserer schlechten Sprachkenntnisse zunächst nicht verstehen. Bruchstücke: wir blicken nicht durch.
Plötzlich ziehen die Frauen auf die Straße, rufen "Via, Via, Via la falsa Autonomia" (Weg, Weg Weg mit der falschen Autonomie).

Wir hören jetzt, daß die Demonstration nichts mit dem Turiner Ereignis zu tun hat. (was in Turin geschah ist uns jetzt noch unklar)
Bei einer Auseinandersetzung zwischen Frauen und Autonomi haben diese zugeschlagen, haben körperliche Gewalt gegen die Frauen angewendet. Die Antwort der Feministinnen:"La vostra Potenza e sala Violenza." Eure einzige Stärke, alles was ihr könnt, ist Gewalt auszuüben.
2000 bis 3000 Frauen kommen zusammen und ziehen in die Innenstadt zur Piazza Maggiore. Die meisten Männer zeigen keine Reaktion, viele Frauen schauen zu, es stehen oft mehr am Straßenrand als gerade an ihnen vorbeiziehen. Einige kleine Gruppen von Männern provozieren, höhnische Zurufe und darauf heftige Attacken der Frauen aus der Demonstration heraus. Knäuel von Menschen und Schreie, Ketten trennen die Wütenden,der Zug geht weiter. Auf der Piazza angekommen bilden die Frauen einen großen Kreis und nehmen sich so den Platz, tanzen herum und rennen plötzlich aufeinander zu. Kleine Gruppen bilden sich, diskutieren, tanzen, Auflösung.

La citta e la nostra - Die Stadt gehört uns

Am Donnerstagabend bewegen sich nach jeder Ankunft eines Zuges Demonstrationen von giovanni zum Piazza Maggiore, der auch für die nächsten Tage das Kommunikationszentrum bleibt. Ein dauerndes Nebeneinander von Diskussionen, Kampfspielen, Theater, Musik, Treffpunkt...
Eigentlich aber ist der Convenio in der ganzen Stadt, mit Schwerpunkten Uni, Sportpalast. Piazza Maggiore.
Die Bullen stehen am Bahnhof Spalier; Gepäckdurchsuchung, gezielte Kontrollen auf der Autobahn.
Das Gefühl, wir sind unglaublich viele, ist von anfang an spürbar.
Schon im Zug aus Rom fast nur Genossen. Wir Deutsche ertränken uns zunächst einmal in diesen Massen, saugen die Atmosphäre auf. Selbst das Schlafen im überfüllten Hörsaal, auf einer Treppenstufe, nehmen wir (den alltäglichen Luxus einer Wohngemeinschaft gewohnt) am ersten Abend eher als angenehme Nähe - im Sammelbecken der Ströme, die sich bis tief in die Nacht und schon wieder am frühen Morgen durch die Stadt bewegen.

Bis wir Fragen stellen, Probleme der italienischen Bewegung, den Unterschied zur westdeutschen neuen Linken formulieren können, Kritik ersuchen, subjektiv neue Erfahrungen festhalten, objektive Tendenzen diskutieren, all das entwickelt sich in den nächsten Tagen.

Szenenbilder - Gedanken aus Gesprächen - Veranstaltung: 'Germanisazione'

Es gab ein Programm, doch die Versammlungen fanden jeweils mit Zeitverschiebungen bis zu zwei Stunden statt. Kurzfristige Ortsverschiebungen waren normal. Dennoch, jeder/jede, der/die einem Treffen mit bestimmten Interesse hinterher war, fand Gelegenheit, es zu artikulieren.. Auf verschlungenen, scheinbar auf Zufälligkeiten beruhenden ,Connections', entstand ein Termin, eine Diskussionsgruppe.

Piazza Raggiore gegen 9 Uhr

Für Freitagabend waren Theater- und Musikgruppen auf dem Piazza angesagt. Wer dabei das wohlgemanagte Kulturprogramm des SB-Kongresses im Kopf hatte, mußte sich umorientieren. Sich auf nichts Festes beziehen zu können, sich frei machen von Konsumerwartungen und gerade deswegen ständig das eigene Verhältnis zur Situation jeweils neu zu klären - mitmachen.
Von den Indiani-Metropolitani (Stadtindianern) wurden in den Straßen, auf den Plätzen ständig Sketches, eher Spektakles, aufgeführt, Leute, die Musik machen, gruppiert ums Feuer, einzelne auf der Treppe. Den breitesten Raum nahmen die Tanz-Kampfspiele ein. Du kriegst nicht mit wie, aber plötzlich fangen zehn, zwölf Leute an, im Kreis zu rasen, bewegen sich in Schnecken-Schlangenlinien, bilden einen Kreis in der Mitte des Platzes, haben inzwischen hundert, fünfhundert einbezogen. In diesem Spiel spürst du die Agressivität, den viel weniger gebrochenen Kampfgeist des ‚Movimento'. Neid auf die Art, wie sie die Fäuste ballen können, mit welcher Kraft und Energie sie sich auf „ihre Macht" beziehen. Es kommt der Gedanke auf, daß darin die vielen Fragen und Probleme, die erlebte Defensive (noch) nicht enthalten sind
Aus dem Frankfurter Häuserkampf haben wir das Gefühl, die bewußte Erfahrung, faszinieren zu können und zu wollen.
In Bologna stehen wir am Rande und betrachten voller Sympathie den Einklang von Aktion, Spiel und Provokation. In diese Gedanken mischen sich Antizipationen, Brüche , die die italienische Bewegung wird verarbeiten müssen. Ich denke an die Konflikte zwischen Frauenbewegung und der Linken, an die Infragestellung von Militanz als Kampfform und hoffe dennoch, daß wir ein Stück dieser Spontanität für uns zurückerobern können.
Noch scheint diese Bewegung die Stärke und ihren Ausdruck aus der Geschichte, der Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiter zu beziehen; obgleich sich ständig in den Parolen der Protest gegen den kommunistischen Vater, der was geleistet, was aufgebaut hat und nun seine Ruhe haben will, gegen den Historischen Kompromiß, von den Ausgestoßenen (den arbeitslosen Jugendlichen der Vorstädte, den Studierten ohne Arbeitsplatz, den Studenten ohne Raum, die entwickelten Bedürfnisse leben zu können) in diesem Land, dessen traditionelle Linke zur Macht greift, ausdrückt. Dieses „Spiel" enthält das Bedürfnis nach neuen Lebensformen genauso wie den Anspruch auf politische und ökonomische Macht. Freiheitlicher Kommunismus, der Kampf von Arbeitern und Studenten taucht in den Parolen auf, die Freude, die Lust am Kämpfen ist durchgängig, Teil der Identität.

„Germanisazione"

Mit diesem Begriff, der für die aktuellen Formen staatlicher Repression in der Bundesrepublik steht, wurde auch eine Veranstaltung zu den bundesdeutschen Verhältnissen angekündigt. Mit „Germanisazione" werden in Italien hauptsächlich Berufsverbot - das symbolisch als deutsches Wort stehen bleibt - und die Situation in den deutschen Knästen assoziiert.. Für die Qualität der Repression (Gesetzeswerk und Isolation) gilt die BRD als Vorreiter, für die sich momentan in den italienischen Gefängnissen verschärfende Lage.
Für die meisten deutschen Genossen, die der italienischen Sprache nur wenig oder gar nicht mächtig waren, war diese Veranstaltung einer der wenigen Termine, bei dem wir über das bloße Beobachten, Aufnehmen von Atmosphäre, hinauskamen und die ständig individuell gestellten Vergleiche und Fragen Ansatzweise Ausdruck fanden
In einem Kinosaal schätzungsweise 200 Deutsche und 2.000 italienische Genossen: die Veranstaltung beginnt mit einem Beitrag von Karl Heinz Roth. Insgesamt mit Sicherheit der informativste, auch für uns auf ungewohntem Abstraktionsniveau entwickelte Vortrag.
In dieser Situation, „draußen", ohne direkten Handlungsdruck, gelingt es leichter, sich auf Einschätzungen einzulassen, in denen wir uns als „Frankfurter Szene" nur teilweise wiederfinden. Karl Heinz Roth beschäftigt sich in seiner Analyse mit Begriffen wie Demontage und Neuzusammensetzung des „Gesamtarbeiters", mit dem neu zu bestimmenden Klassenbegriff, den Parallellen zwischen 1941-44 und 1974-77, nachgewiesen an Aufrüstungspolitik, ideologischer Anbindung der Arbeiter an den Staat etc. Gedankengänge und Kategorien, in denen ich entweder noch nie gedacht hatte oder die tief in die hintersten Zellen des Gehirns gerutscht waren. Nicht nur die Frage: was hat sich mit uns verändert, sondern warum und in welchem Zusammenhang steht die Niederlage der Neuen Linken mit spezifisch deutscher und internationaler Staats- und Wirtschaftspolitik, was haben wir als Teil der Linken aus dieser Situation entwickelt?
Ein Beitrag, der Definitionen findet, die über die zudeckende (wie Karl Heinz selbst sagte) Kategorie „Neuer Faschismus"' hinausgeht. Die Teilbereiche, in denen in den letzten Jahren Widerstand aufgekommen ist (Frauen, Schüler, Studenten. Ökologie) erwähnte Karl Heinz Roth ohne sie genauer zu bestimmen. Eben gerade das hätte unsere, d.h. die Aufgabe der Genossen, die in der BRD noch politische arbeiten, sein sollen. Dann wäre die Chance größer gewesen, die verbreitete Uninformiertheit über die bundesdeutsche Wirklichkeit zu durchbrechen.
Unangenehm berührte mich der starke Beifall, den der Verteidiger von Gudrun Ensslin, Arnd Müller, mit seinem eindimensionalen Vortrag bei den italienischen Genossen hervorrief. Verständlich nur durch ihre Begeisterung für militante Aktionen. Seine Aufzählungen und Entwicklungsgeschichte staatlicher Repression in der BRD mit der einzig wirksamen Konsequenz: Stadtguerilla, schlug auf den Magen und machte erst recht wütend, als er auch noch die Frechheit besaß, den Satz „Widerstand als bewaffneter Kampf, aber jeder an seinem Platz, wie er eben kann", hinterherzuwerfen. Zusammen mit mehreren ähnlichen Äußerungen sollte das Bild entstehen, die Linke in der BRD sei eine geschlossene Einheit mit einem RAF-Kopf.
Auch in den übrigen Beiträgen ist es uns kaum gelungen, unser Verhältnis zur Stadtguerilla als Extrempunkt einerseits, zur Ökologiebewegung andererseits in seiner zerrissenen, widersprüchlichen Realität darzustellen.
Aus der Spontigeschichte in Frankfurt versuchte ein Genosse unsere Haltung zur Ökologiebewegung (die nicht aus uns gewachsen ist) zu vermitteln. Er erzählte von bestehenden Alternativansätzen, um diesen immer wieder aufkommenden Eindruck der Totalität unserer Handlungsunfähigkeit aufzubrechen. Fragestellungen wie: ist das italienische „Movimento" gerade dabei, sich in eine ähnliche Isolation wie die Scene zu begeben? Welche neuen moralischen Qualitäten haben sich bei uns nach dem Bruch mit der Interventionspolitik herausgebildet? wurden bei Terminen zur Zusammenarbeit von deutschen und italienischen Zeitungsprojekten, in Kneipen, wo sich Teilnehmer der Veranstaltung trafen, bis tief in die Nacht diskutiert.
Die Ahnung davon, daß sich für mich und andere Genossen, für die Internationalismus und internationale Solidarität bisher nicht Begriffe politischer Identität und Erfahrung waren, durch solche und ähnliche Begegnungen (schließlich können wir 68 nicht nachholen) füllen könnten, ist ein Aspekt, der den „Politreisen" mehr an positiver Bedeutung geben könnte.

Karl Heinz Roth

BOLOGNA – REDE, 24.9.1977

Genossinnen und Genossen,
ich ergreife das Wort im Bewußtsein, daß ich es wesentlich Euch verdanke, wieder in Freiheit an Euren Diskussionen teilnehmen zu können. Hätte es nicht im Zusammenhang des Prozesses gegen Roland Otto und mich eine breite und entschiedene Kampagne gegeben, dann wäre ich mit Sicherheit weiter in Gefangenschaft.

Indem ich Euch danke, denke ich gleichzeitig mit Trauer und Hoffnung an die Mitgefangenen der vergangenen zweieinhalb Kerkerjahre. Mit Trauer, weil der Freispruch von Roland und mir noch eine Einzelerscheinung ist und keinerlei Kräfteverschiebung zugunsten der revolutionären Seite ausdrückt. Mit Hoffnung, weil ich mich als Teil einer neuen sozialrevolutionären Basisbewegung in den westdeutschen Gefängnissen weiß, die an der Überwindung der Kluft zwischen sogenannten politischen und gewöhnlichen Delinquenten arbeitet. Diese Gefangenenbewegung versteht sich mit ihrem Widerstand als Antwort auf die Tendenz des kapitalistischen Machtstaats, gegenüber allen Gefangenen eine einheitliche Strategie mit unterschiedlichen Taktiken der Machtergreifung über ihre einzelnen Teile zu entwickeln.

Die Folgen der Haft machen es mir noch schwer, zu Euch zu sprechen. Aber ich bin von der Notwendigkeit überzeugt worden, mich in den Auseinandersetzungen dieses Kongresses zu engagieren. Ich bin noch nicht über die gesamte Breite der Analysen informiert, die innerhalb der revolutionären Linken Süd- und Westeuropas über die aktuelle Entwicklung des ‚Modell Deutschland' zirkulieren. Aber ich habe den Eindruck, daß sich teilweise historische Vereinfachungen breitmachen, die große Gefahren in sich bergen. Ich halte es für vordringlich, das Problem der Repression in der BRD mitsamt seinem europäischen Kontext vor der Szenerie der Klassenrealität, der inneren Klassenverschiebungen und des daraus resultierenden Widerstands gegen den kapitalistisch-staatlichen Angriff zu erörtern. Ich möchte im folgenden ein paar Hypothesen zu den Komplexen

1. Die kapitalistisch-staatliche Restrukturierung der westdeutschen Gesellschaft als ‚Modell Deutschland'
2. Die Klasse und die Bewegung des Widerstands
3. Die Repression

in die Debatte werfen.

1.
Der Kampfzyklus zwischen 1967/68 und 1973 hatte auch in Westdeutschland alle modernen Schichten der Klasse ans Licht gebracht: alle Vorphasen und Folgeerscheinungen des proletarischen Reproduktionsprozesses hatten sich in ihren Kämpfen gegenüber den klassischen Mehrwertproduzenten konstituiert. Innerhalb von fünf Jahren war eine Massenbewegung von Schülern, jungen Industriearbeitern und Studenten bis zur Arbeitsemigration und zu den Frauen hindurchgegangen. Ganze Generationen und Sektoren der Klasse waren für den Kontunitätsanspruch einer bigotten Arbeits- und Leistungsgesellschaft unwiderruflich verloren. In der Zeit der Reformpolitik war es nicht gelungen, durch gigantische Lohnkonzessionen (die Jahre '68 – '73 brachten den Massen einen Einkommenszuwachs von 40 Mrd. DM) und durch die Kombination von Teilreformen und Polizeirazzien die Bewegung zum Stillstand zu bringen und aufzurollen.

Der erste ernsthafte Gegenangriff etablierte sich im internationalen Kontext der sog. Energiekrise. Er artikulierte sich 1974 in seiner institutionellen Spitze. Die Fusion der Machtzentren von Großkapital und Ministerialbürokratie repräsentierte sich offensiv im Duo der Charaktermasken Schmidt-Schleyer. Es ging fortan nicht mehr um ‚mehr Lebensqualität', sondern um die Reorganisation aller Knotenpunkte der Disziplinarmacht des Systems als Hebeln der Arbeitsmoral. Das ‚Modell Deutschland' war geschaffen. Es zielte offen darauf ab, die Massenbewegung über Lohn, Arbeitsmarkt und neue Entwicklungssprünge von technologischer Gewalt auseinanderzureißen, ihre Minderheiten herauszulösen und zu vernichten und ihre Basis stufenweise zu reintegrieren. Die Zentren, von denen aus die Rückeroberung der Klasse und deren Beschränkung auf schrankenlos kontrollierbare Kollektivarbeitskraft eingeleitet wurde, waren schnell sichtbar. Ein paar Stichworte müssen genügen, um das Ausmaß dieses Prozesses sichtbar zu machen.

Sprechen wir zuerst über die Fabriken – im weitesten Sinne übrigens, von den klassischen Kombinaten der Basisproduktion über die Verarbeitungssektoren bis zu den Zentren der reinen know-how-Erzeugung und den riesigen nationalen Transport–, Kommunikations– und Medienbranchen. Die Rationalisierung konzentrierte sich auf die arbeitsintensiven Sparten der Metallverarbeitung, denn sie waren es ja gewesen, von denen aus 1973 die Widerspenstigkeit multinational zusammengesetzer Belegschaften tendenziell auf die neuen teilautomatisierten Kernsektoren übergriff. Mit Brachialgewalt wurde die Arbeitsintensität vom Lohnzuwachs entkoppelt, wurden die Arbeitsschichten in Teilgruppen an ‚Inselarbeitsplätzen' auseinandergerissen, wurde die Arbeitsmoral mittels neuer Pensumlöhne in diese Gruppen hineinverlagert, wurden den Arbeitern die betrieblichen Gewerkschaftseinrichtungen als taktische Widerstandshebel entzogen. Gleichzeitig wurden ganze Sparten, in denen der Produktivitätssprung einen zu riskanten Zuwachs an fixem Kapital erforderte, regional zersplittert. Das Projekt der multinationalen Konzerne mit westdeutscher Basis reichte von der eben geschilderten ‚Überwindung' des Fließbands und des Kreisförderers über die Neuaneignung von unterwerfungsgebreiten Arbeitskräften in südbayrischen, hessischen und niedersächsischen Landgebieten bis zur Kama und bis nach Brasilien. Der breite Verfall der Arbeitsmoral auch in der Bundesrepublik hatte einen bedingungslosen Hunger nach disziplinierten Mehrarbeitern ausgelöst, der selbst unter westdeutschen Bedingungen keine vergleichbare historische Basis hat. Neben der geographischen Zersplitterung und Neuzusammensetzung der Klasse wird dabei der Versuch, innerhalb der rationalisierten Sektoren an den inneren Widerstandsstrukturen der Belegschaften (informelle Gruppen) anzusetzen und die daraus resultierenden neuen Technologien mit maximaler Auspressung über standardisierte vorbestimmte Zeiten usw. zu koppeln, in jeder Beziehung Schule machen. Die bisherige relative Trennung des Massenarbeiters der arbeitsintensiven Sektoren von den neuen Schichten der teilautomatisierten Prozeß-Branchen wird weitgehend aufgehoben. Ein neuer komplexer Massenarbeitertyp ist im Entstehen, der von den Autofabriken bis in die Großraumbüros und in die Konstruktionsetagen reicht.

Nicht weniger bedeutsam sind die Reorganisationsversuche an Schulen und Universitäten. Die neue Bildungsstrategie hat die Reformkonzeptionen der Jahre vor 1973/74 mit zynischer Offenheit unter ihre Fittiche genommen. Die Ambivalenz ihrer Inhalte, die neue Formen der Gruppensolidarität im Lernprozeß mit höherer Effizienz zu verbinden suchte, wurde unter dem Druck gezielter Geld- und Arbeits/Ausbildungsplatzverknappung auseinandergebrochen. Die zunehmende Zerteilung der kognitiven Lernstrukturen wurde mit einer fein verästelten Hierarchisierung der Ausbildungsgänge gekoppelt. Die Moral des neuen komplexen Massenarbeiters, der innerhalb der zu Puffern des Arbeitsmarkts transformierten Bildungseinrichtungen erzeugt wird, zielt auf die Selbstaufgabe aller individuellen wie gruppenbezogenen Subjektivität zugunsten eines abstrakten und geschichtslosen Leistungswillens. So sind auch hier innerhalb weniger Jahre völlig neue Voraussetzungen des Widerstands entstanden.

Ein Bilck auf die jüngsten Umwälzungen der Gefängnisstrukturen mag verdeutlichen, mit welcher bedingungslosen Konsequenz die herrschende Macht ihr Disziplinarnetz gegen das Aufbegehren der Massen neu zu knüpfen trachtet. Die oben angedeutet ‚Humanisierung des Arbeitslebens' ist ohne die gleichzeitige ‚Humanisierung des Strafvollzugs' undenkbar – die Humanisierung, die die herrschende Macht dabei meint, ist die sprachliche Umkehrung eines Projekts, das mit dem ‚humanisierten' Menschen ein aller Subjektivität entkleidetes und entmenschtes Arbeitstier meint, eine neue teutonische Bestie, die alle ihre Bedürfnisse und Utopien in einen abstrakten Disziplinarkodex übersetzt hat. Dafür ist der ‚neue' Strafvollzug der schlagende Beweis. Die Gefangenen sollen sich in Zukunft, intensiv psychologisch betreut, in ‚homogenen' Gefangenengruppen an ihrer Feindschaft gegen die herrschende Arbeitsmoral abarbeiten. Das alles ist verbunden mit verschärfter Zwangsarbeit innerhalb der aller Wirklichkeit entkleideten Betonknast-Paläste. Wer seine Strafdauer verkürzen oder Urlaub von der Haft erreichen will, muß Übernormen an Arbeitsintensität vorweisen. Die neue Isolationsarchitektur geht auf die Zerstörung der bisherigen Gegenkultur der subproletarischen Delinquenten. Renitente Gefangene, die diese Anpassungsprozesse nicht zu leisten vermögen, werden gezielt selektiert und verdämmern immer häufiger unter psychiatrischer Kontrolle in neuen Sondertrakten.

Diese drei Schlaglichter müssen hier genügen. Sie sollen für alle anderen Knotenpunkte stehen, über welche die herrschende Macht in das gesellschaftliche Leben eingreift wie nie zuvor. Die Parallelität der Angriffsinhalte ist überdeutlich, sie reicht buchstäblich von den Kindertagesstätten bis in die Krankenhäuser und Altersheime.

Die hier skizzierten Inhalte des ‚Modell Deutschland' haben eine nicht weniger systematisch entwickelte formale Basis. Sie sind auf formell-institutioneller Ebene gekoppelt mit einer ‚neuen Wirtschaftspolitik' als Mischung von Friedman (Milton Friedman, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, berät zur Zeit die chilenische Junta) und Keynes. Da die Inflation der Jahre vor 1973/74 als Instrument gesamtkapitalistischer Eindämmung in Westdeutschland genauso versagt hatte wie im übrigen Europa, wurde sie seit Schleyer-Schmidt gekoppelt mit einer dosierten Arbeitslosigkeit. Die Krisenökonomie des Mangels wurde zweiseitig. Sie hat zweifellos Effekte gezeitigt. Als Resultante von kontrollierter Inflation und gezielter Arbeitslosigkeit gegen die Brennpunkte der Aufsässigkeit wurde die Arbeitsproduktivität in den letzten drei bis vier Jahren um über die Hälfte gesteigert. Die Klasse hat inzwischen schwer dafür bezahlt, daß sie gegen die Einschränkung ihrer vielfältigen Reproduktion zum Vorteil ihrer Auspressung als Arbeitskraft keine breiten Widerstandsformen zustandegebracht hat. Ihre physisch-psychische Zerstörung nimmt bedrohliche Ausmaße an. Ihre Lebenserwartung ist rapid gesunken. Die Frühinvalidität nimmt zu. Wo früher Absentismus und Krankfeiern praktiziert wurden, steigen gegenwärtig die Unfallziffern und Selbstmordraten. Es scheint, als käme nicht nur bei der Arbeitsemigration über eine differenzierte Reorganisation der Arbeitsmärkte und der Arbeitslosigkeit eine beträchtliche soziale Entwurzelung in Gang, die weit über das klassische Subproletariat hinausreicht.

2.

Niemand wird in Abrede stellen, daß die Klasse trotz aller Tendenzen zur Neuaneignung ihres sozialen Lebens in der Vergangenheit seit einigen Jahren vor der Initiative des kapitalistischen Machtstaats zurückweicht. Der Bruch, den wir hier zu konstatieren haben, reicht weit in die Linke hinein.Die meisten politisch definierten Strömungen und Organisationsansätze der Massenbewegung sind zerfallen oder befinden sich in einer schweren Krise. Es gibt unverkennbar Tendenzen zur Resignation, zur Abkapselung von der Realität der Klasse, aber auch zu abstrakt existentialistischen Lösungen. Umso überraschender mag es für die süd- und westeuropäischen Genossen klingen, wenn ich behaupte, daß sich trotz dieser schweren Krise in der bisherigen neuen Artikulation der Massenbewegung in- und außerhalb der Knotenpunkte des neuen Disziplinarnetzes auch neue Übergänge und Alternativen entwickeln. In den Sicherheitsbulletins der Kapitalisten ist seit Ende 1975/ Anfang 1976 von einer ansteigenden Sabotagewelle in den Fabriken die Rede, die von erzwungenen Stillstandszeiten im unmittelbaren Produktionsablauf bis zu gezielten Falschkodierungen in den Datenzentren reichen. Daneben hat es auffälligerweise an den regionalen und unternehmensspezifischen Peripherien der Konzerne immer wieder auch offene Abteilungsaktionen und Streiks gegeben. Wir sind genauso Zeugen einer minotären Bewegung gegen die Schulen, die im tendenziell gemeinsamen Handeln von Schülern, Lehrern und Eltern gegen die Politik der Knappheit, der neuen Leistungsbarrieren und der abstrahierenden Lerninhalte neue Qualitäten angedeutet. Seit 1976 gibt es Ansätze zu einer neuen Studentenbewegung, die innerhalb des Widerspruchs zwischen sich auflösender Mittelklassenperspektive und verschärften Zulassungs–, Selektions– und Wissenskriterien heranreift. Die Gefängnisrevolten der frühen siebziger Jahre entwickeln sich unter den neuen Bedingungen des Widerstands weiter und setzen völlig neue Formen der Selbstorganisation frei. Eine neue Frauenbewegung ist entstanden und hat es vermocht, die Frauen der neuen Linken fast vollständig auf sich zu beziehen. Aus dem Häuserkampf der Jahre 1972 und 1973 haben sich Jugendzentren entwickelt, an denen sich nicht nur innerhalb der vergangenen Aktionszentren der neuen Linken eine wichtige Minderheit der arbeitslosen Jugendlichen beteiligt. Wohlgemerkt entwickeln sich diese neuen Ansätze weitgehend jenseits traditioneller politischer Ansprüche und ohne erkennbare Zwischenbeziehungen, ganz zu schweigen von homogenisierenden Utopien und Verbindlichkeiten.

Wenn es für sie gegenwärtig so etwas wie einen gemeinsamen Nenner gibt, so ist es die Ökologiebewegung gegen die Kernkraftwerke. Während ich dies sage, demonstrieren 40 000 Menschen in Kalkar am Niederrhein gegen den Bau eines schnellen Brutreaktors. Sie sind dort nicht etwa primär versammelt, weil es ihnen darum geht, den Reorganisationsprozeß des kapitalistischen Machtstaats an seinem augenfälligsten und neuralgischsten Punkt, der Energiepolitik, anzugreifen und zu blockieren. Es wäre sogar verfehlt, von einem politisch bewußten Vorgehen gegen eine neue Welle regionaler Gesellschaftszerstörung durch das Kapital zu reden. Von Zerstörung, von Kampf gegen einen neuen Produktivitätssprung der Ausbeutung von Arbeitskraft usw. ist so gut wie nichts zu hören. Der gemeinsame Nenner ist vielmehr positiv. Die zersplitterten autonomen Bewegungen treffen sich hier punktuell, weil es ihnen um unmittelbar wirksame positive Lebensalternativen geht. Sie stellen sich dem Projekt des Kapitals, die Reproduktion des sozialen Lebens mehr und mehr auch durch die Zerstörung der Umwelt zu beschränken und seinen Zielen gemäß zu kanalisieren, entgegen, weil in ihnen eine neue soziale Utopie umgeht, die sie praktizieren, obwohl sie noch nirgends wirklich theoretisch antizipiert ist.

Diese neuen Tendenzen enthalten viele Sackgassen, Ungereimtheiten und Widersprüche. Sie sollen hier keineswegs bagatellisiert werden. Dennoch dürfen sie uns nicht die Erkenntnis verbauen, daß eine neue, vielschichtige und selbstorganisierte Basisbewegung im Entstehen ist, die inzwischen die gesamte soziale Reproduktion der Massen ergreift und instinktiv jede Art von Hegemonisierung durch andere autonome Teilansätze ablehnt. Die neue Massenautonomie ist gerade aufgrund ihrer Vielschichtigkeit ungeheuer expansiv. Sie reicht tief hinein in die Bürgerinitiativen und ist in der Lage, erstmals ein Licht auf die Funktion der Sozialdemokratie als reformistischem Feigenblatt in der westdeutschen Geschichte zu werfen. Sie hat aber auch die Lern- und Er-

fahrungsprozesse der überlebenden Reste der neuen Linken tief getroffen und gezwungen, ihre sozialrevolutionären Projekte erst einmal auf ihren eigenen sozialen Alltag zu beziehen.

Sicher wäre es verfrüht und falsch, den hier skizzierten neuen Pluralismus der Massenautonomie als genuinen Beginn des Widerstands gegen das ‚Modell Deutschland' zu interpretieren. Unabhängig davon sind aber zwei Aspekte für die weitere Auseinandersetzung hervorzuheben.

Erstens koppelt sich die Tendenz zur Negaitivität, zur Zerstörung des neuen Rationalisierungsnetzes im Kampf gegen die Arbeit , mit einer neuen Positivität der Bewegung, der es um unmittelbar wirksam werdende alternative Bedürfnisse geht. Die westdeutsche neue Linke ist mit einer neuen Masseninitiative konfrontiert, die den Kampf gegen die Arbeitsmoral der herrschenden Disziplinarmacht neu definiert als Eroberung neuer Sphären der sozialen Selbstverwirklichung bei der Reproduktion ihres Lebens. Der Kampf GEGEN die Arbeit und FÜR befreite Selbsttätigkeit erscheint wechselseitig vermittelt, und dies wohlgemerkt nicht etwa im theoretischen Diskurs, sondern im praktischen, alltäglichen Leben. Der ‚Kämpfer' tritt plötzlich in der Gestalt des ‚Nichtkämpfers' auf. Er bleibt dabei auf bestimmte Sektoren der sozialen Reproduktion beschränkt, er legt Wert auf die altersmäßigen, geschlechtsspezifischen, regionalen Differenzen innerhalb der Breite einer neuen Massenbewegung einer ausgeweiteten und neu zusammengesetzten Klasse. Er lehnt organisatorische Modelle ab, die Hegemonie-Ansprüche, von welcher Seite auch immer, auf welcher Ebene der Auseinandersetzung um das große Projekt der Klassenautonomie gegen das Kapital und einer neuen sozialrevolutionären Offensive zur Macht gehen werden.

Zweitens hat die neue Massenautonomie bei aller gegenwärtigen Beschränktheit die Tendenz, selbst die am meisten erstarrten politischen Fraktionen der Massenbewegung von vor 1973 in Frage zu stellen. Im Gegensatz zur italienischen außerparlamentarischen Massenbewegung haben sich die traditionellen leninistischen Gruppen genauso wie der militante Existentialismus aus der wimmelnden Breite der neuen Massenbewegung entfernt. Dies gilt jedoch nicht für die gesamte neue Linke. Auf das vielfältige neue Geflecht der Aufsässigkeit haben die linkskommunistischen und operaistischen Gruppen sich genauso zu beziehen begonnen wie Teile der Bürgerinitiativen.

Wenn es zutrifft, daß diese beiden Momente von negativer Positivität und hegemonielos vielschichtiger Massenautonomie wesentliche Alternativen zum ‚Modell Deutschland' darstellen, dann werden sich NUR aus ihr, von innen heraus, die Dimensionen einer neuen sozialrevolutionären Perspektive ergeben. Es gibt keine Legitimation mehr für den Versuch, ihr von außen gegenüberzutreten.

3. Die Repression

Ich brauche nicht zu betonen, daß die Diskussion über die Repression in Westdeutschland nur im Zusammenhang des bisher Gesagten sinnvoll ist. Diese Vorgehensweise ist aufgrund ihrer notwendigen Differenzierungen zweifellos schwierig. Aber genauso unbezweifelbar steht es für mich fest, daß Begriffe wie „neuer Faschismus" und „counterinsurgency" mehr zudecken als aufhellen, daß die präzise Bestimmung der Zusammenhänge zwischen dem ‚Modell Deutschland', der Klassenwirklichkeit und der neuen Despotie des Machtstaats unverzichtbare Voraussetzung für die Neudefinition des Massenwiderstandes als Einheit von Zerstörung und Aufbau ist.

Unter dieser Voraussetzung erscheint es mir dringlich, über einige Grundzüge der Repression innerhalb des ‚Modell Deutschland' zu reden. Das ‚Modell Deutschland' hat zweifellos seine Vorgeschichte. Sein Ziel, die revoltierenden Minderheiten der Klasse abzusondern und zu vernichten, während das Geflecht der Klasse über Soziallohn, Arbeitsmarkt, Umwälzungen der Arbeitsorganisation und Rassismus neuen Hierarchisierungsprozessen unterworfen wird, entspricht dem Erfahrungspotential einer herrschenden Klasse, das auf europäischer Ebene einmalig ist. Die Strukturen dieses Modells der Ära Schleyer-Schmidt haben ihre personellen wie institutionellen Vorläufer in einer Variante des Nationalsozialismus, die zwischen 1940 und 1943/44 einen realen europäischen ‚Großwirtschaftsraum' koordinierte. Die Kontrolle der europäischen Arbeiterklasse mit dem deutschen Proletariat als Spitze der Mehrwertproduzenten lief über die Europa-Organisation der Reichsgruppe Industrie, die. SS–‚Sozialingenieure' um Heydrich und das gemeinsame Planungsamt der Rüstungs- und Zwangsarbeitsminister Speer und Sauckel. Ihre Methode, der europäischen Klasse ihre Zusammensetzung und ihre Reproduktionsverhältnisse bis in die Details zu diktieren, und jeden entschiedenen Widerstand präventiv zu liquidieren, hat im Verlauf von Jahrzehnten – über die Spaltung Deutschlands und die EWG-Gründung – fortgewirkt. Seit 1974 hat sie erstmals, von allen ‚Verunreinigungen' wie Judenvernichtung, Hinrichtung von Zwangsarbeitern in ‚Arbeitserziehungslagern' und direkter Okkupation geläutert, die gesamte herrschende Macht in Westdeutschland wieder majorisiert. Die Technokraten Heydrichs, Speers und Sauckels kommandieren heute unangefochten in den Personalchefetagen, in der Ministerialbürokratie, im Generalstab und in der Polizeiführung. Sie haben den DGB endgültig als Nachfolgeorganisation der „Deutschen Arbeitsfront" fixiert. Die Querbeziehungen zum Herrschaftsprogramm der Sozialdemokratie sind seit 1974 unwiderruflich geknüpft – zu jener Arbeiterorganisation, die seit 1914 konstant Minderheiten der Klasse kriminalisiert und die Mehrheit über Lohn, Produktivitätsfetischismus und Institutionalisierung spaltet und zu entpolitisieren sucht. Mit dem ‚Modell Deutschland' ist in der Tat der Alptraum vom spätnazistisch-sozialdemokratischen Machtstaat des Kapitals verwirklicht. Seine Barbarei ist auf allen Ebenen offensiv. Bis in die Alltagssprache hinein reichen seine Versuche, die Massen-Subversion der vergangenen zehn Jahre wieder auszulöschen und einen Zustand zu restaurieren, der nur für die Seite der herrschenden Macht historisch ist.

Das wichtigste Ergebnis des ‚europäischen Wirtschaftsraums' von 1940 bis 1944 war für die herrschende Macht zweifellos die Eroberung des gespaltenen Arbeitsmarks als Motor zur Stimulierung von ‚Leistungsbereitschaft' und Arbeitsmoral. Wir wissen, daß sie in den sechziger Jahren gierig darauf zurückgegriffen hatte: der gespaltene Arbeitsmarkt war das wichtigste Resultat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Daß sie gerade an diesem Punkt angriff, signalisiert die Phantasie und Subversivität der Klasse bis 1973. Die Repression des ‚Modell Deutschland' läßt sich ganz wesentlich an diesem Punkt festmachen. Seit 1974 bekommen die ausländischen Arbeiter wieder Stempel mit Hinweisen auf Zuzugsverbote usw. in die Pässe, arbeitet die Repression fieberhaft an der Auflösung der multinationalen communities. Vom Angriff auf die Arbeitsemigration ausgehend erhofft sich die herrschende Macht neue Instrumente zur Differenzierung und Regionalisierung des Arbeitsmarkts für die gesamte übrige Klasse.

Erörtern wir schließlich, wie sich die Repression auf die Linke als Teil der Klasse auswirkt. Am meisten wird darüber geredet, daß und wie der Machtstaat alle Erscheinungsformen von Dissens bis weit in die Gewerkschaften hinein aus seinem institutionellen Geflecht eleminiert. Es sollte auch darüber diskutiert werden, warum er dabei so kompromißlos vorgeht, warum er keinen status quo beispielsweise mit intellektuellen Minderheiten zuläßt, um sich bei Bedarf mit ihnen zu schmükken. Es wird sich dann zeigen, daß das ‚Modell Deutschland' bis heute noch jeglicher Massenloyalität entbehrt und daß es fieberhaft daran arbeitet, ALLE Formen der Massenautonomie in die Projektion des terroristischen Untermenschentums hinabzudrücken. Die Demoralisierung, die sich gegenwärtig

bei vielen Linken abzeichnet, ist gleichwohl nicht in erster Linie Resultat der Offensive des neuen Machtstaats. Sie ergibt sich vielmehr aus der Ohnmacht gegenüber politischen Sackgassen, die den Zusammenhang mit der Klassenwirklichkeit immer mehr hinter sich lassen. Wie dringend die Auseinandersetzung an diesem Punkt geworden ist, zeigt sich exemplarisch in der Bewegung der Gefangenen. Die Initiativen etwa, die auf einen Sonderstatus für sog. politische Gefangene als ‚Kriegesgefangene' hinarbeiten, torpedieren den Prozeß der Selbstorganisation innerhalb und gegen einen zentralen Knotenpunkt des ‚Modells Deutschland.'

Zuletzt ein paar Bemerkungen über den europäischen Kontext des ‚Modell Deutschland'. Es gibt seit jüngstem eine Diskussion über eine neue ‚Germanizzazione' Europas. Sie wird ohne Zweifel für die Zukunft große Bedeutung haben. Es scheint mir aber notwendig, vor einer zu großen Schematisierung zu warnen. Wir sollten nicht so sehr auf jene historischen Knobelbecher starren, mit denen sich die deutsche herrschende Klasse demonstrativ wie brutal zwischen 1939 und 1944/45 in Europa in Szene gesetzt hat. Denn die herrschende Klasse hat aus der Geschichte gelernt. Ihre Brutalität ist zweifellos, die Verschärfung der Klassenauseinandersetzung in Europa vorausgesetzt, wahr und sogar potenzierbar. Aber sie ist gleichzeitig außerordentlich diskret geworden, fast unsichtbar. Italien stehen keine neuen Kapplers bevor, sondern massive Krediterpressungen durch die westdeutsch Bundesbank. Das ‚Modell Deutschland' wird in Europa vielleicht Schule machen, aber nicht über deutsche Besatzungsverwaltungen, sondern durch die Aneignung seiner zentralen Inhalte durch die herrschenden Klasse Frankreichs, Englands und Italiens.

Ich komme zum Schluß. Die Ansätze von Massenautonomie in der BRD machen gerade eine kritische Phase durch. Es ist möglich, daß sie das Gewaltsystem des ‚Modell Deutschland' bald überholt. Das Problem der Koordinierung der differenzierten Ansätze einer neuen Massenbewegung ist überaus akut. Zu Optimismus ist kein Anlaß. Gerade deshlab sind sich viele Genossen mit mir der Notwendigkeit eines neuen Kontakts und neuer Diskussionen mit den italienischen Genossinnen und Genossen bewußt. Wir haben viel voneinander zu lernen. Das ‚Modell Deutschland' hat eine direkte Beziehung zum‚compromesso storico'. Indem wir die westdeutsche Realität analysieren und bekämpfen, analysieren und bekämpfen wir gleichzeitig, was für Italien droht.

GEGEN EINE NEUE DOLCHSTOSSLEGENDE– TEIL II

Luanda/Berlin August 77

"Es ist sicher richtig, daß die Situation in Angola zur Zeit sehr bedrohlich ist für dessen Unabhängigkeit(imperialistische Interventionspläne für den kommenden Winter). Den Putsch vom 27.Mai aber deshalb zu einem Dolchstoß zu erklären, verkehrt die Verhältnisse: die erste Voraussetzung dieser neuen Legende ist die Gleichsetzung von 'antiimperialistischem Kampf' und MPLA. Spätestens seit dem 27.5.77 müssen wir aber fragen dürfen, was 'die MPLA' denn eigentlich ist, ob es sie als solche Einheit überhaupt je gab. Wir wollen lieber nach den sozialen Inhalten des 'Antiimperialismus der MPLA' fragen, als mit Schlagwörtern vom 'antiimperialistischen Kampf' die Guten ('die MPLA') von den Bösen(die Putschisten) zu unterscheiden suchen. Wen repräsentiert die MPLA, wo hat sie ihre soziale Basis, ist dabei eine entscheidende Frage. Zuerst offenbarte der 27.Mai noch einmal den Graben, den die MPLA, seit sie die Volksmilizen 1975 entwaffnete, zwischen sich und die Volksmachtorgane zog. Er setzt sich bis in die Armee hinein fort. Auch bestätigen die Kämpfe am 27.5. noch einmal die Schwieriegkeiten, die die MPLA damit bekommen hat, daß sie das in Angola wichtige Problem der strukturellen Unterschiedlichkeit zwischen Stadt und Land(Die Stadt beutet das Land aus) bisher nur über repressive Maßnahmen gegen das Land angegangen ist.

Es sind die Folgen der MPLA-Politik selbst, die die Stärke der MPLA zerstören und - was schlimmer ist - den Volkswiderstand gegen eine mögliche Invasion verhindern können. Denn ihre Stärke lag immer nur in ihrer Unterstützung durch verschiedene Teile der Bevölkerung, die sie inzwischen wohl verloren zu haben scheint. Auf diesem Hintergrund scheint eine effektive Verteidigung nach außen nur möglich durch eine verstärkte Repression nach innen.

Von all dem spricht der ID-Artikel nicht. Darüberhinaus verschweigt er noch bekannte Tatsachen, z.B. daß am Aufstand vom 27.5. neben militärischen Einheiten auch Teile der Bevölkerung in den Provinzen, die Slum-Bewohner von Luanda, die OMA(Frauenbewegung der MPLA), Teile der Jugendorganisation und der UNTA(Gewerkschaftsorganisation) beteiligt waren. Dies hätte Anlaß zum Nachdenken geben können. Stattdessen werden die Ursachen für den sozialen Konflikt, der (wieder) aufgebrochen war, und der tatsächlich stark militärische Züge trug, (das macht seine Denunziation so einfach) der geschickt aufgebauten Person Nito Alves' zugeschoben.

Nito Alves, dessen Person und politische Ausrichtung sich sicherlich dafür eignen, daß man ihn zum Putschisten par excellence aufbauen kann, mag der "militärische Kopf" d Putsches gewesen sein. Er mag auch "rassistische Vorurteile" aus der Kolonialzeit angeheizt haben...Doch eine In-Frage-Stellung der Person von Alves' erklärt mitnichten die Unterstützung, auf die der Putsch vom 27.Mai in Teilen der Bevölkerung traf.– Um der Legendenbildung um Alves'Person und einem neuen Dolchstoß-Märchen entgegenzutreten, wollen wir kurz die Hintergründe des Aufstands aufschreiben:

(der Teil eins über die Poder Popular (Volksmacht) stand im ID Nr. 196):

ZUM STADT–LAND–PROBLEM / TEIL II

Die poder popular war als Stadtbewegung nur eine 'Antwort' auf die koloniale Struktur Angolas. Die Kolonialisierung hatte nicht nur das Industrieproletariat und die marginalisierten Zuwanderer gegen die Bosse und die Verwaltung entwickelt, sondern auch die Städte gegen das Land. Auf dem Land gab es keine der poder popular vergleichbaren Strukturen, die sich im Zusammenhang des Befreiungskrieges entwickelt hätten.

Die 'europäische' Geschichte Angolas ist von zwei verschiedenen Arten der Kolonialisierung gekennzeichnet. Die 'alte' Kolonialisierung, die im 15. Jahrhundert begann, hatte in Angola selbst eine Struktur zur Folge, die das gesamte Land den Städten v.a. Luanda unterwarf. Sie war von zwei Zentren, Luanda und Sao Tomé ausgegangen und hatte den großen Teil des heutigen Angolas erst viel später erreicht.

Vor allem als Lieferanten für Agrarprodukte wurden die übrigen Gebiete ausgebeutet. Dabei hatte das Zentrum des Kolonialismus, Luanda, wegen seiner frühen Kolonialisierung eine sehr alte 'Mischlingsgesellschaft' hervorgebracht, während die übrigen afrikanischen Gesellschaften Angolas noch sehr viel von ihrer traditionellen Lebensweise erhalten konnten, auch wenn sie stark unter den Sklavenraubzügen litten, an denen sich - wie in ganz Afrika - verschiedene afrikanische Gruppen beteiligten.

Die zweite Kolonialisierung wurde durch die späte salazaristische Kolonialpolitik geprägt, die die afrikanische Schatzkammer ausländischen Investoren öffnen mußte. Dadurch wurde die Kolonialisierung zum einen etwas mehr über das ganze Land ausgebreitet. Gleichzeitig entwickelte die 'fortschrittliche' Kolonialisierung die Widersprüche in den Städten, indem sie immer größere Teile der Stadtbevölkerung proletarisierte und/oder marginalisierte. Zum anderen nahmen ärmere Portugiesen,

die zu dieser Zeit stark zum Auswandern nach Angola ermuntert wurden (Arbeitslosigkeit in Portugal), den gebildeten Mischlingen in Luanda ihre sozialen Positionen, und die weißen Siedler enteigneten die afrikanischen Einwohner des Nordens in großem Maßstab zum Plantagenanbau. In einem dritten Gebiet, der Baixa do Cassanje, war aus Gründen internationaler Konkurrenz der zwangsweise Anbau von Baumwolle verordnet worden, was auf großen Widerstand der Bevölkerung traf.

An diesen drei Stellen und aus diesen drei Motiven heraus kam es 1961 zu Aufständen, von der MPLA als Beginn des Befreiungskrieges datiert.
Die differenzierte koloniale Unterdrückung aber war es, die keine einheitliche antikolonialistische Bewegung zustande brachte. Die Tributärsysteme (die eigenständigen afrikanischen Gesellschaften) litten darunter, von einem Zentrum, Luanda, aus selbst noch einmal ausgebeutet zu sein, die Mischlinge waren immer privilegiert im Vergleich zu den Schwarzafrikanern. Damit wollen wir nicht sagen, daß die drei Bewegungen, die es in Angola gab, MPLA, UNITA und FNLA nun Ausdruck der obengenannten Interessen sind. Die Vorstellungen und die Interessen, die hinter der FNLA und der UNITA standen, waren viel zu offensichtlich, um sie nicht als Instrumente west-fern-östlicher Machtpolitik erkennen zu können. Worauf wir vielmehr hinweisen wollen, sind die offensichtlichen Schwierigkeiten, die die MPLA da bekam, wo sie sich als Vertreterin des ganzen angolanischen Volkes legitimieren wollte, es aber nicht konnte: Die Entkolonialisierung ging von Luanda aus, und stützte sich somit auf ehemalige koloniale Strukturen. Das alte koloniale Ausbeutungsverhältnis zwischen Stadt und Land reproduzierte sich. Die Bauern protestierten dagegen mit Verweigerung ihrer Produkte. Oft genug mußten die Soldaten der MPLA mit Waffengewalt die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Provinzen eintreiben.

Die Aufstände in den Provinzen am 27.5. und danach lassen sich also nicht als bloße Folge der Tatsache denunzieren, daß Alves seine Leute auf die Gouverneursposten gesetzt hätte. Was diese Aufstände hervorbrachte waren gerade die oben genannten sozialen Gründe in ihrem Zusammentreffen mit den putschenden Militärs.

MILITÄRISCHE OPPOSITION

Außer der poder popular wurde der Charakter des 27. Mai durch die Opposition, die sich die MPLA in den eigenen Streitkräften, den FAPLA, geschaffen hatte, stark bestimmt. Die Entscheidung, die Auseinandersetzung in Angola 1975 möglichst schnell auf militärischer Ebene zu beenden, und die damit verbundene Notwendigkeit, Kubaner ins Land zu holen, schuf diese Opposition.
Noch bevor die militärischen Auseinandersetzungen zugunsten der MPLA entschieden waren, gab es Berichte über unzufriedene afrikanische Kompanien, die Kubanern unterstellt waren. Die Kubaner führten eine wesentlich härtere Militärdisziplin in den FAPLA ein; Dinge, die bei den Soldaten vorher die Regel waren, wurden auf einmal als Delikte geahndet, so z.B. das Durchziehen eines Pfeifchens. Die Kubaner in ihrer bornierten Macho-Kultur verboten den Soldaten, Amulette und Schmuck zu tragen. Jeder, der mal in Afrika war, weiß um die soziale Bedeutung solcher 'Kleinigkeiten'. Die Kubaner zeigten keine Bereitschaft, sich zu integrieren, und die FAPLA bekamen immer mehr den Charakter eines normalen Heeres anstelle einer Volksbefreiungsarmee.
Auch auf höherer militärischer Ebene gab der Einzug der Kubaner Anlaß zu Zwistigkeiten. Dies ist eine wichtige Tatsache, wenn man den militärischen Charakter des Aufstands vom 27. Mai bedenkt. Die Militärs, die über Jahre hindurch die abgeschlossene 1. Militärregion verteidigt hatten, hatten sicher auf eine Konsolidierung ihrer Positionen in der Armee nach Beendigung des Krieges gehofft. Stattdessen blieben die Kubaner und nahmen wichtige militärische Ränge ein. Die Beteiligung Jose van Dunens, der der politische Kommissar der FAPLA war, und der zur zweiten Schlüsselperson des 'Putsches' gemacht wird, ist auf diesem Hintergrund zu sehen.

KEINE ALTERNATIVE ZUR REGIERUNGSPOLITIK ?

Die MPLA treibt ihr Entkolonialisierungskonzept sehr rigide voran: Arbeiterkommissionen mußten Technologen 'geopfert' werden, Volksmachtstrukturen einer zentralen Verwaltung, regionale Autonomiebestrebungen einer zentralistischen Versorgungsstruktur. Die Schreiber des ID-Artikels (Nr. 188/189) nennen das „der politischen Bildung..., Verbesserung der Arbeitsmoral (!), der organisatorischen und ideologischen Festigung der MPLA... den Vorrang geben".
Von jemandem, der seine Überlegungen so stringent an von der MPLA-Regierung geschaffenen Tatsachen ausrichtet und sie ständig zu legitimieren sucht, können wir auch nicht erwarten, daß er merkt, wie praktische Alternativen liquidiert werden."

INTERVIEW MIT DEN NAPAP

PARIS
4. August

Im folgenden bringen wir ein Interview, das Mitarbeiter der französischen Tageszeitung Liberation mit zwei Mitgliedern einer neuen französischen Untergrundgruppe hatten, die sich NAPAP (Noyaux Armes pour l 'Autonomie Populaire= „Bewaffnete Kerne für die Volksautonomie") nennen. In einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 23. März hatte die Öffentlichkeit zum ersten Mal von der Existenz dieser Gruppe erfahren. Hierin hieß es: „Antoine Tramoni, ehemals Privatpolizist der Renault-Werke, der im Februar 1972 Pierre Overney erschossen hatte, ist am Mittwoch in Limal-Brevannes getötet worden. Für den Mord übernimmt der „Bewaffnete Kern für die Volksautonomie Pierre Overney" die Verantwortung." In einer Nachricht versichern die NAPAP: ..Tramoni ist das Symbol des unbestraften Unternehmerterrors geblieben. Während die sogenannten revolutionären Organisationen unfähig gewesen sind, den Schwur, Pierrot zu rächen, den zweihunderttausend Leute über seinem Grab ablegten, zu halten, zeigen wir heute, daß neue revolutionäre Kräfte erwachsen, die entschlossen sind, ihren Worten Taten folgen zu lassen und nichts unbestraft zu lassen".
Fünf Jahre nach dem Geschehen (Tramoni als Symbol des 'Unternehmerterrors' tötet Overney, einen jungen maoistischen Arbeiter, Symbol 'des Widerstand leistenden Linksradikalismus') hatten die NAPAP also auch Zuflucht beim Symbolismus genommen, indem sie Tramoni erschossen und versuchten, mit dieser Aktion den Beginn eines neuen Kampfes zu machen. Eine Art Verbindung zwischen dem Höhepunkt der Kämpfe, die von 'Maos' der ehemaligen 'Gauche Proletarienne' geführt wurden, und ihrem Versuch der Verlängerung und der 'Aktualisierung' dieser Bewegung. Andere Aktionen, die von den NAPAP verantwortet werden,waren der Versuch, ein Autolager bei Renault-Flins zu zerstören, ein Plastik-Attentat auf die faschistische Gewerkschaft CFT, Schüsse auf das Verwaltungsgebäude von Citroen und das Attentat gegen die Anstellungsbüros von Simca-Chrysler (nach dem Mord an Pierre Maitre in Reims - Mord eines Betriebspolizisten an einem streikenden Arbeiter).

Libe: Erste Frage: Wer seid ihr, woher kommt ihr?

- Es gibt viele unter uns, die aus der 'Gauche Proletarienne' (GP) und der Gruppe 'Vive la Revolution'(VR) hervorgegangen sind, dennoch kommen wir nicht alle aus diesen Organisationen nen oder den Bewegungen, die sie manchmal fortgesetzt haben (Cause du Peuple etc.). Was uns vereinigt hat, ist die gemeinsame Krise der linksradikalen Gruppen nach dem Mord

an Pierre Overney, den wir wie eine Niederlage des Linksradikalismus und einen Sieg der Repression empfanden. Wir haben dem Ende der Bewegung beigewohnt, einem Ende, das über die Selbstauflösung der GP und der VLR und der Unwirksamkeit anderer linksextremer Gruppen verlief.

Libe: Aus welchem sozialen Milieu kommt ihr?

- Wir kommen aus dem Teil der Jugend, die arbeitet, aber es gibt unter uns einige Studenten. Er war Gymnasiast, er hat die Schnauze voll und hat sich daran gemacht, in einer Fabrik zu arbeiten. Ich bin Student, aber ich bin die Ausnahme ... Wenn wir von den 'Jungen Arbeitern' reden, dann ist im weitesten Sinn gemeint: Arbeiter, Angestellte oder junge Leute, die sich so durchschlagen, um zwischen einem kleinen Job und der Arbeitslosenunterstützung zu leben.

- Wir sind so in etwa das, was sie in Italien 'emarginati' nennen.

Libe: Habt ihr außerhalb eurer Untergrundaktivitäten direkten Kontakt mit den Protestbewegungen? Seid ihr da politisch aktiv? Nehmt ihr an diesen Bewegungen teil?

- Wir sind keine Voyeure, wir betrachten die Bewegungen nicht von oben. In den Grenzen unserer eigenen Sicherheit sind wir in den Massenbewegungen integriert. Alle Leute, die sich in eine Gruppe oder in irgend ein Komitee einschalten können, sollen es tun, das ist eine Anweisung. Für uns ist es eine Notwendigkeit, und wenn einige noch nicht in Gruppen sind, werden sie es bald sein. Es geht hierbei nicht darum, die Augen überall zu haben, aber es geschieht, um gewisse Abweichungen zu vermeiden, die im allgemeinen durch den Untergrundkampf verursacht werden; man darf nicht zum totalen Militaristen werden, von der Realität abgeschnitten, andernfalls wird man zu Ungeheuern, zu absolut unverantwortlichen Gruppen im Stil Bader-Meinhof oder Rote Birgaden.

Libe: Wie funktioniert ihr? Wie werden Entscheidungen getroffen?

- Wir haben kein ZK, weder zwischenzeitliche Kader noch Wortführer ... Die Entscheidungen werden nach internen Diskussionen gefällt, die sehr lang sein können. Wir sind weder die künftige Rote Armee noch das Generalkommando der Revolution, wir sind ganz einfach Leute, die sich organisieren, um zu kämpfen und die Gesellschaft sehr stark zu treffen.

Libe: Wie funktioniert ihr finaziell?

- Wir praktizieren die 'Enteignung', d.h. daß wir Einbrüche machen; aber so selten wie möglich ...

Libe: Kommen eure individuellen Einkommen alle aus den Jobs die ihr macht?

- Das erste Prinzip ist, daß jede(r) arbeitet, das zweite, daß jede(r) sich in irgendeine Bewegung einbringt und das dritte ergibt sich aus den beiden ersten: niemand erhält für seine persönlichen Bedürfnisse Geld von der Organisation, also wird niemand für die Operationen, die wir machen, individuell entlohnt. Falls es einen harten Schlag gegeben hat und jemand gezwungen sein sollte, ganz im Untergrund zu leben, müßte er, soweit es geht, versuchen, zu arbeiten, z. B. 'schwarz' ...

Libe: Bereiten euch eure Untergrundaktivitäten und damit euer Lebensstil Freude?

- Wir sind entschlossen, mit Wirksamkeit gegen diese Gesellschaft zu kämpfen, die uns davon abhält, zu leben, um 'besser und sofort' leben zu können. Von heute an. Wenn wir 'Enteignungen' machen, dann ist es um 'besser und sofort' leben zu können, wie wenn man selbst die Mietpreise reduziert oder den Akkord in der Fabrik ... Wir fügen das alles der Bewegung bei. Wir lieben das Leben und es macht uns Spaß, wirksam gegen die Gesellschaft zu kämpfen. Ja ... das macht uns glücklich. Ich glaube, wenn ich diese Art zu leben nicht hätte, würde ich viel schlechter leben. Und jetzt zur Frage, ob uns Einbrüche oder andere Aktionen Freude bereiten. Falls eine Lösung existieren würde, die Gesellschaft zu verändern, ohne einen einzigen Tropfen Blut zu vergißen, ohne eine P. 38 zu ziehen oder eine andere Waffe, wenn man wirklich andere Mittel hätte, nähmen wir sie in Angriff ...

- Wir sind keine Revolverhelden. Wir sind nicht Tag und Nacht bewaffnet. Wir sind keine Typen, die mit 36 verschiedenen Papieren leben. Wir versuchen, so gut es geht, ein 'normales' Leben zu haben.

- Und dann gibt es Leute, die Angst haben, wenn sie jemand niederknallen und sie machen es trotzdem ... Bei Tramoni z.B., selbst wenn er ein Dreckskerl war, hätten wir es vorgezogen, ihn nicht töten zu müssen. Doch stehen wir ganz einfach auf einem gewissen Standpunkt und wir waren gezwungen, es zu machen. Aber zu töten ist kein Vergnügen ... Es mußte getan werden, das ist alles. Im Gegensatz dazu: Als der Hauptsitz der CFT fast völlig zerstört worden war, da ja ... als das Verwaltungsgebäude von Citroen angegriffen wurde, dort ja ...

Libe: Kommen wir zu präziseren Fragen: Nach dem Mord an Antoine Tramoni wurden drei Personen verhaftet. Zwei von ihnen verneinen es ganz (Maurice Marais und Egbert Slagouis), einer scheint gestanden zu haben, den NAPAP anzugehören (Henry Savoullan). Außerdem wurden drei Jugendliche im Besitz von Waffen ergriffen, die zur gleichen Zeit beim Mord an Tramoni und bei anderen Attentaten, die von einer zweiten Untergrundgruppe, den Internationalen Brigaden, verantwortet wird, gebraucht worden sein.
NAPAP, BI ... handelt es sich um die gleichen Personen, die verschiedene Namen je nach dem 'nationalen' Aspekt ihrer Aktivitäten benutzen?

- Die NAPAP haben politische und logistische Beziehungen mit den BI, was erklärt, daß die letzteren drei verhafteten Personen mit Objekten gefunden wurden, die den zwei Organisationen gemeinsam gehören. Es handelte sich einfach um Sympatisanten, die uns einen Dienst erwiesen. Was die drei ersteren betrifft, so arbeiten sie überhaupt nicht mit uns. Es sind wirklich nur Geiseln der Regierung ...

Libe: Dennoch scheint Henry Savouillan seine Zugehörigkeit zu den NAPAP zugegeben zu haben?

Wir waren nicht am Quay des Orfevres, als er verhört wurde; aber wenn er tatsächlich bestätigt hat, daß er den NAPAP a[illegible] hören würde, so stimmt das nicht. Er ist vielleicht ein aufrichtiger Genosse, aber keiner der NAPAP. Andererseits gehört Christian Harbulot auch nicht zu den NAPAP, er ist Sympathisant.

- Wir benutzen diese Frage auch dazu, zu präzisieren, daß die vom France Soir herausgegebene Geschichte, hinsichtlich eines Zeugen, den wir sozusagen bedroht hätten, eine erfundene Geschichte ist, die Polizei weiß es übrigens sehr gut. Wir haben niemals wirklich jemanden bedroht.

Libe: Sprechen wir über die Aktionen, die ihr gemacht habt. In einem an die Presse geschickten Text heißt es: "Die NAPAP sind in die Bewegung eingebettet und wollen darin nicht die Spitze übernehmen." Worin besteht der Mord an Tramoni in einer Aktion, die "in die Bewegung eingebettet" ist?

- Für uns soll die Hinrichtung Tramonis dazu dienen, die Bewegung aus der Sackgasse zu führen, in der sie seit dem Tod von Pierre Overney ist. Dieser Tod ist eine große Niederlage und wir haben zeigen wollen, daß man gegen die Leute, die Overney getötet haben, kämpfen kann. Es war nötig, dem Volk die Gewalt zurückzugeben. Man mußte die 'Lust' an der Gewalt finden.

- Bevor wir Tramoni hinrichteten, machten wir eine ziemlich ernsthafte Untersuchung. Übrigens waren 50 Leute auf dem laufenden, und das stellt einen guten Teil der Bewegung dar. Tramoni hinzurichten bedeutete, die Diskussion über die Gewalt zu eröffnen. ...

Libe: Das ist eine autoritäre Art in dieser Diskussion Stellung zu beziehen ...

- Es ist ein Pflasterstein in der Pfütze.

Libe: Ihr sagt, daß ihr nicht die Spitze der Bewegung einnehmen wollt, aber ihr habt trotzdem entschieden, ihr als kleine Gruppe, kurzen Prozeß zu machen ...

- Es gibt ein historisches Moment, in dem ...

Libe: Ihr gebt vor, in die Bewegung eingebettet zu sein ... Ist es nicht absolut äußerlich ihr durch eine sehr gewaltsame Form — die gewaltsamste, die existiert — denn es gab ja einen Toten — einen Standpunkt über die Gewalt aufzudrängen?

- Wir fühlten auch, daß es letztlich ein Ansteigen der Gewalt gab. Das ist auch der Grund, daß es entschieden wurde. Wenn unsere einleitende Untersuchung absolut negativ gewesen wäre, nun, dann hätten wir unser Projekt aufgegeben. Wir haben wirklich für unsere Untersuchung unsere Gesprächspartner gewählt. Wir haben nicht irgend jemanden besucht ...

Libe: Ja, das kann man sich vorstellen.

- Es muß auch gesagt werden, daß wir uns 'ein wenig außerhalb' der Bewegung ja selbst 'ein wenig an die Spitze' gesetzt haben, damit die Bewegung Fortschritte macht. ... Wir glauben, daß es nötig ist, daß Initiativen ergriffen werden, die dann von der Bewegung diskutiert und kritisiert werden. Es stimmt, daß es von einem bestimmten Standpunkt aus gesehen, autoritär ist, aber wir wollten herausfordernd sein. Eine Reaktion provozieren ... Um unsere Ziele zu erreichen und eine Diskussion über die Gewalt entstehen zu lassen. Eine Diskussion, die nun schon seit drei Jahren in Vergessenheit geraten war.

Libe: Ihr behauptet, daß die Bewegung in Frankreich seit 1974 in eine Sackgasse geraten ist, manchmal sagt ihr auch seit 1968. Dennoch passieren viele Sachen. Die Gewalt wurde nicht vergessen, sie drückt sich in verschiedenen Formen aus.

- Sie wurde von der Presse total erstickt. Niemand spricht mehr darüber ...

Libe: Es gab Plogoff vor einem Jahr und es gab vor kurzem Chaix-en-Retz (Massenkämpfe gegen AKWs).

- Wir sagen nicht, daß die Gewaltfrage total in Vergessenheit geraten war, es gab immer Leute, die Gewalt praktizierten; aber für uns ist es wichtig, daß, wenn Leute, die Gewalt anwenden, es eine politische Sache ist. Man muß kein schlechtes Gewissen haben, sie auszuüben.

Libe: Habt ihr nicht das Gefühl, daß es wünschenswert ist, zu überlegen, und neue Formen der Gewalt zu finden, die nicht autoritär sind?
Meint ihr nicht, daß ihr ein autoritäres Verhältnis zur Gewalt habt?

- Es ist wahr, daß das autoritär ist. Unsere erste Intervention war autoritär. Außerdem ging es darum, sich "einen Namen zu machen", denn um sich im Moment einen "Namen zu machen" muß man ...

Libe: Das ist eine kostspielige Werbung ...

- Wir haben das nicht aus Werbegründen gemacht. Wir haben es für viel bedeutendere Sachen getan ...

- Das ist auch eine Warnung. Ein Schlag der Zurechtweisung für die Bourgoisie. Lecomte, der Mörder von Reims, der zur Zeit im Knast sitzt, weiß jetzt, daß, wenn er den Knast verläßt, er von dieser Reise nicht enttäuscht sein wird.

(II. Teil im ID 198)

SPANISCHE ZIGEUNER MELDEN SICH ZU WORT

MADRID 25-8-77 *Nachfolgend drucken wir Auszüge aus der Übersetzung eines Papiers der 'Asociacion de Desarrollo Gitano' (Vereinigung für den Fortschritt der Zigeuner, bei der nicht ganz klar ist, ob sie von/mit oder für die Zigeuner gegründet worden ist), das verschiedenen Ministerien und Parteien überreicht worden ist:*

...Seit 1949 sind mehr als hundert Gesetzesbestimmungen und Dekrete erlassen worden, die sich gezielt gegen die Zigeuner richten. Das Datum des letzten zeigt uns, daß wir nicht von einer weit zurückliegenden Vergangenheit reden, sondern von einer Gegenwart, die sich noch fortsetzt.
...
Die Haltung gegenüber den Zigeunern bestand immer in der dauernden Zurückweisung, sowohl in der Schule und auf der Arbeit als auch im nachbarschaftlichen Zusammenleben, und ließ damit dem Zigeuner keine andere Möglichkeit, als im Nachtleben der Hochbourgeoisie zur Vergnügung beizutragen. Dabei wurde außer Acht gelassen, daß wir Zigeuner allmählich und unter großen Schwierigkeiten die Aufgaben der Arbeiterklasse übernehmen.

...Auf diese Art ist es zur gegenwärtigen Situation gekommen, in der von den 300 000 Zigeunern, die in Spanien ansässig sind, 75 % in Baracken lebt, 84 % keine feste Arbeit hat, 73 % der Personen, die älter als 14 Jahre sind, Analphabeten sind, und die Indices der vorzeitigen Alterung und Rachitis der Kinder sind 3,5 beziehungsweise 5 mal so hoch wie in der übrigen Bevölkerung. Diese Situation ist das Ergebnis der grausamsten und beständigsten Margination (Bildung von Außenseitern), die in Spanien besteht....

(Die ADG fordert:) (stark gekürzt, aber wörtlich; d.Ü.)

- Anerkennung der Verschiedenheit der Zigeuner, nicht als Teil des Subproletariats, sondern als eine Kultur, mit eigenen sozialen Werten und Normen
- Die Aufnahme von genauen Vorschriften in die Verfassung, um den spanischen Staat als anti-diskriminatorisch zu bestimmen
- Die Außerkraftsetzung aller Gesetze, die direkt oder indirekt die Randgruppen angreifen, konkret, das Gesetz gegen die Gemeingefährlichkeit
- Eine nationale Kampagne für soziale Entwicklung auf nahe und weite Sicht, in den Bereichen Erziehung, Wohnungsbau, Berufsausbildung usw.
- Beteiligung der Betroffenen an der Planung
- Es dürfen keine neuen Zigeunerghettos in den neugebauten Stadtteilen geschaffen werden
- Es sollen nicht von Anfang an spezielle Erziehungseinrichtungen für die Zigeunerkinder gebildet werden, sondern der Zugang zu den bestehenden soll erleichtert werden
- Einrichtung von Kindergärten in den Wohnvierteln, wo Zigeuner wohnen, die von Zigeunerkindern gemeinsam mit anderen besucht werden
- Die Lehrer in den Schulen mit Zigeunerkindern müssen die Eigenarten der Zigeunerkultur kennen und ihr Aufmerksamkeit widmen
- Der Alphabetisierung der Zigeuner, die älter als 14 Jahre sind, muß besondere Energie zukommen.

REDAKTION

Das ist die Kinderfront von Kalkar (Photo ID-Bilderdienst)

INTERNATIONALES



tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung", „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.